

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 4. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung findet am

Dienstag, 29.06.2021, 17:00 Uhr,

im Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 20.04.2021
2. Fragestunde
- 2.1 Hinzuziehung von Vertreter/innen von Schulen in freier/ kirchlicher Trägerschaft
- Anfrage der Volt-Fraktion
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
- 3.1 Diverse Essensangebote für Mittagsmahlzeiten in Schulen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.2 Erweiterung des Beratungskreises SIT
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
4. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen
- mündlicher Bericht
5. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -
6. Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien -
7. Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kinder-tagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Elternbeitragssatzung)
8. Entlastung der Eltern von Kostenbeiträgen für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder sowie für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen im Zuge von COVID-19 für die Monate Februar bis Mai 2021 -
9. Gemeinsames Lernen in Grundschulen im Schuljahr 2021/2022

10. Anmeldeverfahren an der Hauptschule, den Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen für das Schuljahr 2021/2022

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 20.04.2021
2. Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Realschule Am Oberen Schloss in Siegen

3. VERSCHIEDENES

4. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 16.06.2021

Der Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

vom: **29.06.2021**

von: **16:00 Uhr**

bis: **18:00 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Schule und Bildung:

| | |
|--------------------------------|--------------------|
| Stv Kraft, Florian | - als Vorsitzender |
| Stv Bell, Achim | - bis 17.55 Uhr |
| Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie | |
| AM Flohren, Angelika | |
| Stv Heilmann, Martin | |
| AM Heupel, Michael | |
| AM Hörnberger, Kevin-Lee | |
| Stv Köckritz, Anja Alexandra | |
| AM Langemeyer, Susanne | |
| Stv Pfeifer, Joachim | |
| Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth | |
| AM Schloos, Ulrich | |
| Stv Stahl, Peter H. | - ab 16.25 Uhr |
| Stv Thimm, Heiko | |
| AM Weber, Frank | |
| Stv Wittenburg, Samuel | |

Beratende Mitglieder:

AM Becker, Monika

AM Briel, Wieland
AM Göckus, Ernst
AM Henrichs, Christoph
AM Dr. Jänicke, Karin
AM Jüngst, Werner
AM Katz, Heike - für N.N.
AM Käuser, Rüdiger
IntRM Lübke, Lada - ab 16.50 Uhr
AM Lutz, Alexandra
AM Schneider, Martina - ab 16.50 Uhr
AM Utsch, Michael

Aufgrund besonderer Einladung

AM Utsch, Michael

Als Zuhörer:

AM Dietrich, Eric
AM Engelbert, Holger - bis 17.55 Uhr
AM Hellwig, Raimund - bis 17.55 Uhr
Stv Heupel, Rüdiger - bis 17.55 Uhr
AM Katz, Reinhilde - bis 18.10 Uhr
AM Dr. Vallana, Mario

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt
VA Uhr
VA Dr. Matzner - bis 17.55 Uhr
VA Mockenhaupt - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Zöller, Klaus
N. N. Behindertenbeirat, vertreten durch AM Katz, Heike
AM Sziburies, Peter

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist Herr Kraft auf die aktuell gültigen Corona- Regeln.

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um die nachgereichten Punkte zu.

Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 20.04.2021

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

4. AfSuB 29.06.2021

2. Fragestunde

**2.1 Hinzuziehung von Vertreter/innen von Schulen in freier/ kirchlicher Trägerschaft
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 42/2021

Vorlage Nr. AF 42/2021 A

Die Beantwortung der Anfrage wurde den Ausschussmitgliedern im Rahmen der Ergänzungsvorlage vorab zur Verfügung gestellt.

Zum Vorwurf von Herr Wittenburg, warum das Thema verschleppt werde, entgegnet Herr Dezernent Schmidt, dies sei nicht der Fall, die Verwaltung halte sich an alle Absprachen mit dem Arbeitskreis und den Fraktionen.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.*

4. AfSuB 29.06.2021

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

**3.1 Diverse Essensangebote für Mittagsmahlzeiten in Schulen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AT 103/2021

Frau Pflogsch erläutert kurz den Antrag.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, bei den Schulen und den OGS- Maßnahmeträgern abzufragen, welche Alternativen bei den Mittagsmahlzeiten zur Auswahl stehen hinsichtlich individueller Ernährungsgewohnheiten (vegetarisch, vegan, koscher, halal, Allergien konform) und Ausgewogenheit. Das Ergebnis soll dem Schulausschuss zeitnah präsentiert werden.

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen

4. AfSuB 29.06.2021

3.2 Erweiterung des Beratungskreises SIT - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage Nr. AT 102/2021

Frau Pflogsch erläutert kurz den Antrag.

Herr Dezernent Schmidt bestätigt, dass zwischen den Schulen und den IT- Dienstleistern müsse eine gute Kommunikation gewährleistet sein müsse. Dies habe man auch bereits im Ausschuss für Schule und Bildung zugesagt. Ein erstes Gespräch zwischen der SIT und den ersten Schulen habe stattgefunden, das Gespräch sei konstruktiv gewesen, es gebe noch nicht für alles Lösungen, aber in Zusammenhang mit der IT- und Digitalisierungsproblematik müsse daran auch kontinuierlich gearbeitet werden. Es sei vereinbart, dass die IT- Adminis- tratoren aus den Schulen mit den Mitarbeitern der SIT regelmäßig zusammenkommen, die Fragestellungen aufarbeiten und ein regelmäßiger Austausch stattfinde, um auch die Erwar- tungen an die SIT gemeinsam zu formulieren. Insofern sehe die Verwaltung den Antrag als erledigt an. Formal weise er aber darauf hin, dass eine Beteiligung von Schulvertretern in den Gremien der SIT nicht möglich sei, die Intension des Antrages sei aber dennoch erreicht.

Aufgrund der Ausführungen der Verwaltung zieht Frau Pflogsch den Antrag zurück.

4. AfSuB 29.06.2021

3.3 Finanzierung von Betreuungsangeboten an Grundschulen - Antrag der Volt- Fraktion und der UWG- Fraktion

Vorlage Nr. AT 111/2021

Herr Wittenburg zieht den Antrag zurück, da Gespräche anstehen und man diesen durch den Antrag nicht im Wege stehen wolle. Man behalte sich jedoch vor, den Antrag erneut zu stel- len, sollten die Gespräche scheitern.

4. AfSuB 29.06.2021

4. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen - mündlicher Bericht

Die Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern vorab zur Kenntnis gegeben.

Die Präsentation ist der Original- Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Do- kument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.

Aus der Präsentation gehe hervor, dass die Verwaltung viele schulträgeruntypische Tätigkei- ten zu erledigen habe, so Herr Heilmann. Er frage, ob man dies im Blick habe und im An- schluss aufsummieren könne, was der Verwaltung an „Schaden“ an Personal- und Material- kosten entstanden sei.

Die FDP- Fraktion wolle wissen, wie viele Klassenräume mit dezentralen Lüftungssystemen ausgestattet worden seien, so Herr Hörnberger.

Es würden keine Stundenzettel oder Abrechnungen des angefallenen Aufwandes geführt. Wie die Aufgaben priorisiert würden, hänge originär damit zusammen, dass man z. B. bestimmte Beschaffungen, wie die der 400.000 Masken, nicht schieben könne. Es sei ein immenser Aufwand. Dies könnten auch die Schulleitungen bestätigen, so Herr Dezernent Schmidt. Am Beispiel der „Lolli- PCR-Tests“ an den Grundschulen informiert er über die Ausschreibungs- und Abrechnungsverfahren sowie die erforderliche Logistik, um täglich diese Tests in die Schulen und die Labore zu bringen. Man habe eine kleine Schulverwaltung, aber trotz des großen Aufwandes hätten sich die Schulverwaltungen in NRW im Sinne der Schulen bereit erklärt, diese Aufgaben zu übernehmen. Ein Dauerzustand könne dies allerdings nicht sein.

Zur Frage der Belüfter habe die Verwaltung bereits mehrfach geantwortet. Die Richtlinien lauteten immer noch so, dass eine Förderung nur dann erfolge, wenn die Klassenräume nicht natürlich gelüftet werden könnten. Solche Klassenräume seien in Siegen nicht vorhanden.

Die Schulleitungen und Verbände erledigten ebenfalls eine Vielzahl von Tätigkeiten, die nicht in ihrem Aufgabenkatalog stünden und die an das Ministerium weitergeleitet werden müssten, so Herr Dr. Vallana. So sei man zukünftig nicht mehr bereit, z. B. Bescheinigungen über Tests auszufüllen.

Man könne nur hoffen, dass diese Aufgaben nicht weiter zunehmen. Diese Verwaltungsaufgaben noch zusätzlich zu übernehmen, stelle einen erheblichen Aufwand für die Schulleitungen vor Ort dar, so Herr Kraft.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht über die Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis.*

4. AfSuB 29.06.2021

5. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs - kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -

Vorlage Nr. VL 391/2021

Formal verweist Herr Kraft darauf, dass der Rat am 23.06.2021 den Beschluss bereits gefasst habe. Im Rat sei festgestellt worden, dass es auch eine dauerhafte Lösung geben müsse und habe der Verwaltung hierzu einen Prüfauftrag erteilt.

Herr Bell macht deutlich, die Reihenfolge sei unglücklich gelöst, aber seitens der Verwaltung sei zugesichert worden, dass dies keine Dauerlösung sei.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt aufgrund der Dringlichkeit und mit Blick auf die Beratungsfolge den Beschluss des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs*

der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.

4. AfSuB 29.06.2021

**6. Schulentwicklungsplanung 2020/2021 -2024-2025
- Teilplanung Gymnasien -**

**Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/25 Teilplanung Gymnasien
-Geschäftsordnungsantrag der FDP- Fraktion auf geheime Abstimmung -**

Vorlage Nr. AT 117/2021

Der Antrag der FDP- Fraktion auf geheime Abstimmung wird zurückgezogen.

4. AfSuB 29.06.2021

**Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/25 Teilplanung Gymnasien
1. Änderungsantrag der FDP- Fraktion**

Vorlage Nr. AT 114/2021

Die FDP- Fraktion sieht seitens der Verwaltung kein Entgegenkommen und hält den 1. Änderungsantrag aufrecht.

4. AfSuB 29.06.2021

**Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/25 Teilplanung Gymnasien
2. Änderungsantrag der FDP- Fraktion**

Vorlage Nr. AT 115/2021

Die FDP- Fraktion verschiebt den 2. Änderungsantrag auf die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung, in der dieser Tagesordnungspunkt erneut beraten wird.

4. AfSuB 29.06.2021

**Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/25 Teilplanung Gymnasien
3. Änderungsantrag der FDP- Fraktion**

Vorlage Nr. AT 116/2021

Die FDP- Fraktion sieht sich in der Lage, den 3. Änderungsantrag auf die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung zu verschieben, in der dieser Tagesordnungspunkt erneut beraten wird.

4. AfSuB 29.06.2021

Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien -

Vorlage Nr. VL 413/2021

Zum Antrag der FDP- Fraktion auf geheime Abstimmung, beantragt Frau Bialowons- Sting für die CDU- Fraktion, die Abstimmung nicht geheim durchzuführen.

Es sei das gute Recht der Schüler und Eltern ihre Argumente einzubringen und für oder gegen ihre Schule zu demonstrieren. Aufgabe des Schulträgers sei es jedoch, den Fokus auf alle Schulen zu richten, so Herr Dezernent Schmidt. Seit Jahren sei allen Beteiligten bekannt, dass es notwendig sei, Einschnitte im Gymnasialbereich zu machen. Es sei zu viel Oberstufen- und Gymnasialkapazität vorhanden. Der Verwaltung sei immer vorgehalten worden, in diesem Zusammenhang keine Vorschläge zu unterbreiten. Die Entwicklungen aller weiterführenden Schulen hätten im diesjährigen Anmeldeverfahren keine Überraschungen gebracht und bestätige die langjährige Entwicklung. Wer sich die Anmeldungen am PPR in den letzten 10 Jahren ansehe, erkenne einen massiven Rückgang an Schülern. Es sei allen Schulleitungen klar gewesen, dass es bei Einschnitten jeden treffen könne. Damit müsse man sich auseinandersetzen. Es bestehe auch die Aufgabe, sich an Recht und Gesetz zu halten. Es gelte das Schulgesetz NRW, wo Verfahren zur Zügigkeit, Klassengrößen usw. beschrieben sei. Seit mindestens zwei Anmeldeverfahren habe man sich darüber hinweg gesetzt und sei eigenverantwortlich davon abgewichen. Es sei jetzt an der Zeit, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Wer sich in der Schulpolitik auskenne, erkenne den notwendigen Handlungsbedarf und benötige dazu eigentlich keine Ermahnung der Bezirksregierung. Der Hinweis der Bezirksregierung sei aber erfolgt und er bitte, dem Beschlussvorschlag zu folgen und am PPR das Anmeldeverfahren für das nächste Schuljahr auszusetzen.

Zur Frage des Ganztages führt Herr Dezernent Schmidt aus, diese sei seitens der Bezirksregierung beantwortet worden. Wer sich seinerzeit bewusst für den Ganzttag an dem Gymnasium entschieden habe, behalte diesen Anspruch bis zum Ende seiner Schullaufbahn. Dieser Anspruch werde dann auch ermöglicht.

Erfolgten keine Anmeldungen mehr, stelle sich die Frage nach der sofortigen Schließung oder des Auslaufens der Schule. Die Schulverwaltung habe die Verantwortung, den Blick auf die gesamten Schulen zu richten. Beweggrund zur sofortigen Schließung und Ausweisung des Standortes Rosterberg als Teilstandort des Löhrtorgymnasiums sei, dass die 10 benötigten Züge an den verbleibenden Gymnasien auch raummäßig dargestellt werden müssten. Bisher sei man davon ausgegangen, dass das Gymnasium Löhrtor räumlich einen vierten Zug nicht realisieren könne. Es gebe jedoch jetzt Signale von der Schulleitung, möglicherweise den vierten Zug am Standort einrichten zu können. Sei dies der Fall, würde die Argumentation, das PPR werde als Teilstandort des Löhrtorgymnasiums zur Einrichtung des vierten Zuges benötigt, entfallen. Die Verwaltung werde dies als Schulträger gemeinsam mit der Schulleitung und der Schulaufsicht über die Sommerpause prüfen und schlage daher einen geänderten Beschlussvorschlag vor. Sei die Realisierung möglich, werde dies dem Ausschuss in einer weiteren Sitzung dargelegt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Zweiter Beweggrund für den Verwaltungsvorschlag sei gewesen, dass das Auslaufen eines Systems dieses immer kleiner und schwächer mache bis hin zu dem Zeitpunkt, wo es nicht mehr funk-

tioniere, vor allem, da das PPR bereits ein kleines System sei. Dem habe man mit dem Vorschlag der Gewährleistung des Ganztages am Standort, aber als Teilstandort des Gymnasiums Löhrtor entgegenwirken wollen. Werde das Raumprogramm nunmehr überprüft, wolle man dies aus Gründen der Fairness auch für das Gymnasium Auf der Morgenröthe tun. Auch deren Schulleitung habe Stellung genommen. Auch hier müsse das Ziel die Dreizügigkeit des Gymnasiums Auf der Morgenröthe sein. Aufgrund des bestehenden Raumprogrammes sei die strittige Frage, ob das Gebäude und die vorhandenen Optionen auch für eine Übergangszeit diese Möglichkeit biete. Eine Abstimmung zwischen Schulleitung, Schulträger und Schulaufsicht werde über die Sommerpause erfolgen. Sollte die Möglichkeit bestehen, würde das FJM dreizügig, das Gymnasium Löhrtor vierzügig und das Gymnasium Auf der Morgenröthe dreizügig und die Ausgeglichenheit sei erreicht.

Herr Dezernent Schmidt stellt anhand einer Präsentation die geänderten Beschlussvorschläge vor.

⇒ *Die Präsentation ist der Original-Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Ratsinformationssystem ist sie unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt zu sehen.*

Mit einem Auslaufen des Systems sei den derzeitigen Schülern des PPR eher gedient als mit einer sofortigen Schließung, so Herr Heilmann. Die Verwaltung habe den Auftrag des Rates erhalten, die Auswirkungen einer 4. Gesamtschule auf die gesamte Schullandschaft zu prüfen. Die Ergebnisse lägen noch nicht vor. Es stelle sich für ihn die Frage, ob die heutige Entscheidung diese Prüfung überflüssig mache.

Die Einrichtung einer vierten Gesamtschule werde eine große Umwälzung der Schullandschaft in Siegen bedeuten. Dieser Prüfauftrag lasse sich nicht über die Sommerpause abarbeiten. Das Ergebnis, sowohl ob das Potential dafür vorhanden sei oder man es räumlich realisieren könne, sei offen. Die vorgelegten Beschlussvorschläge der Verwaltung für die Gymnasien verbauten nichts, so Herr Dezernent Schmidt. Die Zustimmung zu den FDP-Anträgen verhindere die vierte Gesamtschule, da diese Vorschläge große Umwälzungen, nämlich vier Schulschließungen und zwei Neugründungen mit den entsprechenden Umzügen beinhalten. Auch diese Anträge könnten nicht über die Sommerpause abgearbeitet werden. Wenn es eine vierte Gesamtschule gebe, werde der Standort des PPR benötigt. Es mache keinen Sinn, dort etwas anderes zu etablieren und dann die neugegründete Realschule nach zwei Jahren wieder ausziehen zu lassen.

Nach 15 Jahren gebe es endlich eine Lösung, so Herr Pfeifer, und er hoffe, dass diese funktioniere. Bereits damals sei festgestellt worden, dass ein Gymnasium zu viel vorhanden sei. Die Zeit sei weitergelaufen, die sich daraus ergebenden Erkenntnisse seien geblieben. Aus dieser Lage heraus müsse gehandelt werden. Natürlich hätten die Eltern der Schüler des PPR Sorgen und Fragen, wie es für ihre Kinder weitergehe. Diese Fragen seien schwieriger zu beantworten, wenn das PPR Teilstandort des Löhrtorgymnasiums werde und eine direkte Übernahme erfolge. Bei einem Zeitraum von z. B. 3 Jahren, laufe das PPR ganz normal aus und das Gymnasium Löhrtor habe Zeit sich auf die Synthese der beiden Systeme einzustellen. Er halte dies für eine vernünftige Lösung, die auch das Löhrtor entlaste. Nach der Übergangszeit sehe man weiter. Richtig seien 10 Gymnasialzüge, Standorte im Norden, in der Mitte und im Süden sowie die Dreizügigkeit. Unter einer Dreizügigkeit verliere ein Gymnasium

die fachliche und sachliche Qualität. Die SPD- Fraktion befürworte den Vorschlag und bitte Schüler und Eltern um eine gewisse Akzeptanz.

Herr Schloos ist skeptisch, für ihn ist eine Eingliederung des PPR in das System des Löhrtor-gymnasiums aus organisatorischen und pädagogischen Gründen ausgeschlossen. Entsprechende Zeitungsveröffentlichungen der Schulleitungen hätten deutlich gemacht, dass beide Schulen dies auch nicht wünschten. Der Ganzttag sei am Gymnasium Löhrtor nicht gewollt. Er glaube nicht, dass dies dann an der Schule, auch wenn es nur für eine Übergangszeit sei, funktioniere. Das Gymnasium Löhrtor habe ein anderes Profil und eine anderes Bild von seiner Elternschaft und habe in seiner Geschichte deutlich signalisiert, welches soziale und pädagogische Konzept ihm vorschwebt.

Die FDP- Fraktion unterstütze das dreigliedrige Schulsystem, so Herr Hörnberger. Man sei der Auffassung, dass eine vierte Gesamtschule aufgrund der vorhandenen Kapazitäten nicht benötigt würde und der Prüfauftrag negativ ausfallen werde. Die FDP handle im Sinne dessen, dass die aktuelle Schullandschaft gestärkt und gesichert werde. Vieles von Herrn Pfeifer könne er bestätigen, auch der geänderte Beschlussvorschlag der Verwaltung enthalte Neues. Aufgrund der Wendungen und der möglichen Variablen beantrage er eine Sitzungsunterbrechung, um sich mit den Änderungen des Beschlussvorschlages zu beschäftigen und mit den Anträgen abgleichen zu können. Die Problematik des Ganztages, der auslaufen müsse, werde gesehen, der Ganzttag müsse aber sichergestellt werden, so dass verschiedene Modelle von vorneherein nicht funktionieren, auch seien bestimmte Versionen von den Schulen nicht gewollt.

Die Volt- Fraktion unterstütze den Antrag der FDP- Fraktion auf Sitzungsunterbrechung, so Herr Wittenburg.

Mit Ziffer 2 b sei er nicht glücklich, so Herr Heilmann. Die Standorte seien räumlich getrennt, die Organisation stelle er sich schwierig vor, auf der anderen Seite verbaue man damit doch den Standort Rosterberg.

Herr Dezernent Schmidt nimmt zu den Wortmeldungen von Herrn Schloos und Herrn Heilmann Stellung. Die Entscheidung, ob eine Schule in Ganzttag oder nicht geführt werde, entscheide der Schulträger. Die Entscheidung werde nicht gegen die Schule getroffen, diese stehe aber heute nicht zur Diskussion. Die Verwaltung bitte dem Rat drei Beschlüsse zu empfehlen,

- dass das PPR nicht mehr am Anmeldeverfahren teilnehme,
- dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt,
- dass die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge festgelegt wird.

Alles andere seien Prüfaufträge. Die Vierzügigkeit des Gymnasiums Löhrtor betreffe eine Übergangszeit, bis die Prüfung der Gesamtschulfrage abgearbeitet sei. Man wolle nicht erneut in die Situation kommen, eine neue Schule zu gründen und keine Konsequenzen für die restlichen Schulen zu ziehen. Seitens der Verwaltung habe man einen ausgewogenen Vor-

schlag einbringen wollen, der den Prozess, sowie Anregungen der Schulen und der Schulleitungen beinhalte, um den Prozess sinnvoll zu Ende zu bringen.

Frau Bialowons- Sting führt aus, die CDU- Fraktion werde dem geänderten Beschlussvorschlag und den Prüfaufträgen folgen.

Die UWG habe sich vor 30 Jahren aufgrund der Schulproblematik gegründet. Ein Gymnasium mit weniger als drei Zügen bringe keine Qualität. Die UWG- Fraktion werde kein Gymnasium zugunsten einer vierten Gesamtschule opfern. Drei Gesamtschulen in Siegen seien ausreichend. Werde eine vierte Gesamtschule gegründet und von Schülern aus dem Umland gespeist, was nicht zulässig sei, sei dies problematisch. Er befürworte die Sitzungsunterbrechung, um noch einige Fragen zu klären, so Herr Bell.

Auf Antrag der drei Fraktionen FDP, Volt und UWG wird die Sitzung von 17.00 Uhr bis 17.10 Uhr unterbrochen.

Herr Wittenburg kritisiert, dass man entscheidende Informationen erst in der der Sitzung erhalten habe und grundsätzlich die Art und Weise, wie die Vorlage, die man offensichtlich nicht mit den Schulen abgestimmt habe, in den Ausschuss und die Öffentlichkeit gekommen sei. Dies habe zu großer Unruhe in der Siegener Schullandschaft geführt. Die Volt- Fraktion werde zum heutigen Termin der Vorlage nicht zustimmen. Im Rahmen der Prüfung, müssten folgende Fragen vor einer Entscheidung noch mit berücksichtigt werden:

- Wer übernimmt die Schulleitung und was passiere mit der jeweiligen anderen Schulleitung?
- Wie lassen sich die unterschiedlichen räumlichen und personellen Konzepte zusammenführen?
- Das PPR sei derzeit das einzige Gymnasium des gemeinsamen Lernens. Welches Gymnasium übernimmt diese Aufgabe bei einer Zusammenführung?
- Wie werden die Klassen der beiden Standorte aufgeteilt (horizontal oder vertikal)?
- Der Verwaltungsvorschlag besage, dass Siegener Schüler bevorzugt behandelt werden müssten bzw. auswärtige Schüler abgelehnt werden sollten. Bei den Gesamtschulen werde nicht gleichartig verfahren. Wie bringe man diese Haltung zusammen? Schwäche man damit nicht das Gymnasium Auf der Morgenröthe, wenn Lernende aus dem Umland abgewiesen würden?

Die Volt- Fraktion stimme nicht über ein Wenn/ Dann- Szenario ab und er wolle die anderen Fraktionen ermutigen, dies ebenfalls nicht zu tun.

Ergänzend stellt Herr Wittenburg den Änderungsantrag:

- Das PPR erarbeitet ein Konzept unter der Überschrift „Gymnasium mit Aufbauzweig“ und legt dieses Konzept dem Ausschuss für Schule und Bildung in der nächsten Sitzung vor. Der Ausschuss entscheidet darüber, ob dieses Konzept über die Verwaltung nach Düsseldorf gegeben wird, damit dort über einen möglichen Schulversuch entschieden wird.

Leider könnten Schulen mit Aufbauzweig nur noch über die Möglichkeit eines Schulversuches gebildet werden, so Herr Wittenburg. Ein solches Konzept könne dem Wunsch der El-

tern und auch dem Wunsch nach einer weiteren Gesamtschule entgegenkommen und könne eine Lösung sein.

Bis zur Sitzungsunterbrechung sei die Diskussion sachlich und fachlich gewesen, so Herr Dezernent Schmidt. Er ist irritiert über den Vorwurf, Neues in die Diskussion gebracht zu haben, da die Verwaltung lediglich die sich in der Kommunikation und im Prozess konstruktiv ergebenden Vorschläge und Anregungen aufgegriffen habe. Gleichzeitig würden absolut neue Themen und teilweise Absurdes eingebracht.

Der Schulträger habe außer dem Anhörverfahren mit der Frage der Schulleitung nichts zu tun. Wie die Schulleitung sich organisiere und wer es werde, obliege dem Dienstherrn und den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren. Als Lehrer müsste dies bekannt sein.

Zur Gesamtschule müsste auch bekannt sein, dass entsprechend dem Schulgesetz die für eine Gründung notwendigen 100 Schüler und Schülerinnen aus Siegen nachgewiesen werden müssten. Auswärtige Schüler spielten in der Gründungsgenehmigung der Schule keine Rolle.

Die Frage des Aufbaugymnasiums sei für ihn abwegig, er hoffe, dass die Ausschussmitglieder der Auffassung folgen und dies nicht noch in die Diskussion bringen.

Die Frage des gemeinsamen Lernens werde jedes Jahr entschieden. Auch hier gebe es bestimmte Verfahren und gebe es eine Schule nicht mehr, werde in den vorgeschriebenen Verfahren entschieden wer die Aufgabe übernehme.

In der Sitzung des Arbeitskreises Schulentwicklungsplanung seien alle Fragen besprochen und die Verfahren beschrieben worden, auch wie es mit dem Gemeinsamen Lernen weitergehe, so Herr Dezernent Schmidt.

Herr Hörnberger hält den Beschlussvorschlag für konstruktiv und mehrheitsfähig und sieht sich in der Lage, soweit die Prüfung auch bauliche Änderungen einbeziehe, den 3. Änderungsantrag der FDP- Fraktion auf die Sitzung zu verschieben bis zu der die Prüfaufträge geprüft sein sollen. Den 2. Änderungsantrag verschiebe man ebenfalls auf diese Sitzung, da dieser Antrag im Kontrast zur Verwaltungsprüfung stehe, beim 1. Änderungsantrag seiner Fraktion sehe man kein Entgegenkommen der Verwaltung und werde ihn aufrechterhalten. Um den Eltern zu zeigen, wer für oder gegen eine Schließung sei, nehme man den Antrag auf geheime Abstimmung zurück, auch um deutlich zu machen, welche Parteien Gymnasien schließen, um den Weg für die 4. Gesamtschule zu bereiten, was zur Schließung weiterer Schulen und somit zur Beerdigung des dreigliedrigen Schulsystems führe.

Herr Hörnberger bittet, über die Beschlussvorschläge einzeln abstimmen zu lassen.

Herr Schloos schließt sich dem an, dass die Erkenntnisse nicht plötzlich gekommen seien. Dennoch könne er der Vorlage nicht zustimmen, da für ihn, obwohl bestätigt worden sei, dass der Ganztags Bestandsschutz habe, viele Fragen diesbezüglich offen geblieben seien. Er sei überzeugt, dass Schulleitung, Kollegium und Elternschaft des Löhrtorgymnasiums diesen Teil des PPR nicht wollen und nicht müde werden deutlich zu machen, dass es nicht zu ihnen passe.

Eine sofortige Schließung solle nicht beschlossen werden. Dadurch, dass eine sorgfältige Prüfung statfinde, seien noch Wege offen, so Herr Kraft. Er halte den Vorschlag für einen Kompromiss, der auch die Skepsis aufnehme und berücksichtige.

Die Position der Fraktion Die Grünen zur Gesamtschule sei bekannt und es könne jeder sehen, wie deren Mitglieder abstimmen. Da dies die anderen Fraktionen ebenso sehen, wäre die FDP- Fraktion mit ihrem Antrag gescheitert, so Herr Heilmann. Er sei froh über das Publikum. Ihm fehlten aber die Worte, vor Publikum ein Drohszenario aufzubauen, wenn man keine Argumente habe. Mit Schulexperimenten habe er persönlich Schwierigkeiten, da Schüler und Schülerinnen nur ein Schulleben haben. Kontraproduktiv sei, wie es der FDP- Antrag vorsehe, es noch ein Jahr zu versuchen und somit einen ganzen Jahrgang zu hintergehen. Er halte es für den falschen Weg, denn würde die notwendige Zahl von Anmeldungen nicht erreicht, sei es gescheitert und man hätte Eltern mit falschen Versprechungen gelockt. Die Anträge, die die gesamte Schullandschaft ins Rutschen und alle Schulen durcheinanderbringe, hätten als einziges Ziel die Verhinderung der vierten Gesamtschule.

Der 1. Änderungsantrag enthalte den „Deal“ mit dem PPR, erreiche man 54 Anmeldungen, gehe es weiter, kritisiert Herr Pfeifer. So könne man keine Schulpolitik betreiben. Nach dem Antrag 2 solle die Fusion der beiden Schulen sofort erfolgen. Inkonsistenter könnten Anträge unter Berücksichtigung der im Antrag 1 genannten Anmeldezahlen nicht mehr sein. Würden insgesamt nur 10 Züge benötigt, mache eine Vierzügigkeit des Löhrtors keinen Sinn, sondern nur die 4-3-3- Variante.

Einen Antrag einer liberalen Partei unter den Augen von Publikum auf geheime Abstimmung bei einer Sachfrage halte er für peinlich und die Begründung dazu für absurd.

Mehrere Arbeitskreissitzungen hätten stattgefunden, so Frau Langemeyer. Grund für die heutige Sitzung sei das Vorgeben der Bezirksregierung, dass schulpolitische Maßnahmen notwendig seien. Im ersten Anmeldeverfahren hatte das PPR ca. 35 Anmeldungen. In Siegen hätten sich damit 35 Familien für ein Ganztagsgymnasium entschieden. Werde keine Entscheidung getroffen, habe die Bezirksregierung klargestellt, dass Ausnahmegenehmigungen nicht mehr erteilt würden. Dies bedeute, dass die Kinder, die an ihrem Wunschgymnasium abgelehnt würden, nur noch auf das PPR gehen könnten. Sie sehe die Sorgen der Eltern der PPR- Schülerschaft, aber auch die der anderen Eltern, deren Kinder sich gezwungenermaßen für den Ganzttag entscheiden müssen. Das Thema müsse sensibel behandelt werden. Sie widerspreche, dass der Beschluss zur Schließung eines Gymnasiums gleichbedeutend für das Öffnen des Weges zur vierten Gesamtschule sei. Das Verfahren sei offen und werde geprüft. Die Prüfung müsse sorgfältig erfolgen und werde einige Zeit dauern. Beides müsse man getrennt sehen.

Die Beschränkung auf 10 Züge der Gymnasien habe nichts mit der vierten Gesamtschule zu tun, sondern sei der jetzigen Situation geschuldet, so Herr Dr. Vallana.

Frau Bialowons- Sting beantragt für die CDU- Fraktion, über den Beschlussvorschlag im Gesamten abzustimmen.

Frau Flohren kritisiert und bedauert, dass nunmehr Dinge in den Raum geworfen würden, die mit einer Sachdiskussion nichts mehr zu tun hätten und Schulen gegeneinander ausgespielt würden. Dies erschüttere sie. Zu den Anmeldezahlen der Vorjahre erinnert sie daran, dass diese auch Abweisungen anderer Schulen enthielten. Sie bedauere, dass das Angebot nicht wie gewünscht angenommen werde. Andererseits habe das PPR das Ganztagskonzept vor zwei Jahren gegen den ausdrücklichen Wunsch des Ausschusses verwässert und komme

dem Halbttag immer näher. Jede Schule habe in den letzten Jahren Schwierigkeiten gehabt, ihre jeweiligen Konzepte vorzustellen, da Tage der Offenen Tür ausgefallen seien.

Zu dem Einwand des Experiments entgegnet Herr Wittenburg, diese Bezeichnung sei von ihm nicht gefallen. Es handle sich auch nicht um einen Schulversuch, da das Aufbaugymnasium erst seit drei Jahren nicht mehr als reguläre Schulform gelte, so dass man bereits vorhandene Konzepte übernehmen könne. Er führt aus, was ein solcher Aufbauzweig für das PPR bedeuten würde und hält es für einen Vorteil gegenüber den Schülern und Schülerinnen, die eine Haupt-, Realschule oder Gesamtschule besuchen, da man sich langsam an das gymnasiale Niveau anpasse. Für diejenigen, die bereits ein Gymnasium besuchen, bedeute der Wechsel auf ein Aufbaugymnasium die Chance, eventuell vorhandene Defizite aufzuarbeiten. Bezogen auf das PPR wäre der Antrag der Volt- Fraktion, einen Aufbauzweig ab der Klasse 7 auszuführen. Das PPR wäre dafür perfekt, auch für die Kinder mit eingeschränkter Gymnasialempfehlung, würde im Gegensatz zu den Gesamtschulen kleine Lerngruppen erhalten und der Ganzttag bliebe bestehen. Eine Prüfung halte er für möglich und könne dazu führen, dass das PPR erhalten bleibe.

Die Faktenlage werde nicht bestritten, so Herr Hörnberger. Man setze aber einen anderen Maßstab an den Elternwillen. Die Anträge seien mit Parteien und Eltern abgesprochen. Man sehe dreizügige Gymnasien für sinnvoll und notwendig, was derzeit bei zwei Schulen nicht der Fall sei.

Aufbaugymnasien und Aufbaurealschulen stammten aus den 70er Jahren. Zum Glück sei eine weitere Zwischenform zwischen dem dreigliedrigen Schulsystem abgeschafft, so Herr Pfeifer.

Er stimmt Herrn Pfeifer zu und sei froh, dass sich der Wildwuchs an Schulformen langsam sortiere, so Herr Schloos. Zu den Beschlüssen sei sein Anliegen die Sicherstellung, dass die Kinder nicht untergehen und ihn interessiere, wie der Prozess des zugesagten Ganztags moderiert werden könne, damit er gelinge.

Es zeichne sich ab, dass das PPR nicht mehr aufnehmen und eigenständig auslaufen solle, so Herr Dezernent Schmidt. Man benötige die Vierzügigkeit am Löhrtor. Dies werde geprüft. Die zweite Variante komme nur zum Zug, wenn dies nicht möglich sei. Rechtlich sei dann klar, dass das PPR sofort geschlossen und der Standort Rosterberg Teilstandort des Löhrtors werde. Die Schulleitung würde mit der Schulaufsicht und dem Schulträger abstimmen, wie die ehemaligen Schüler des PPR ihre Schullaufbahn am Teilstandort Löhrtor abschließen können.

Zu § 10 (5) der Geschäftsordnung beantragt Herr Wittenburg die Richtigstellung von Unterstellungen von Herrn Dezernent Schmidt. Er sei Lehrer, aber Ausführungen unter der Gürtellinie könne man sich sparen. Auch habe er an den Arbeitskreissitzungen teilgenommen und aufgepasst, alle anderen Dinge weise er zurück und seien unnötig. Darüber hinaus solle sich Herr Schmidt Gedanken darüber machen, in welcher Art und Weise man mit Ratsmitgliedern umgehe.

Der Antrag auf geheime Abstimmung der FDP- Fraktion wurde zurückgezogen.

Der Antrag, über den Beschlussvorschlag en block abzustimmen, wird bei **11 Ja- Stimmen und 5 Nein- Stimmen** mehrheitlich angenommen.

Herr Kraft stellt fest, dass der Verwaltungsvorschlag gegenüber dem Antrag der FDP- Fraktion der weitest gehende Vorschlag ist, da über das sofortige Aussetzen des Anmeldeverfahrens entschieden werden soll.

Da keine Möglichkeit besteht, über die Teilanträge abzustimmen und die Anträge nur auf die weitere Sitzung verschoben sind, lehne die FDP- Fraktion die Verwaltungsvorlage ab, so Herr Hörnberger.

Der Verwaltungsvorschlag wird als Ganzes unter Berücksichtigung der in der Präsentation enthaltenen Ergänzungen zur Abstimmung gestellt.

Herr Kraft stellt fest, durch das Annehmen des Verwaltungsvorschlages seien die Anträge der FDP- Fraktion und der Volt- Fraktion obsolet.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt die nachstehenden Maßnahmen:

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 nicht mehr teil.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Entscheidung im Rat zu prüfen, inwiefern sich die beabsichtigte Vierzügigkeit des Gymnasiums Am Löhrtor im eigenen Schulgebäude (Oranienstraße 27, 57072 Siegen) – genehmigungsfähig durch die Schulaufsicht – verwirklichen lässt.

- a. Sollte dies der Fall sein, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen vorgeschlagen, das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium ab dem Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022) sukzessive aufzulösen.
 - b. Sofern sich die beabsichtigte Vierzügigkeit des Gymnasiums Am Löhrtor nicht im eigenen Schulgebäude (Oranienstraße 27, 57072 Siegen) verwirklichen lässt, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen vorgeschlagen, das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium zum Schuljahresende 2021/2022 (31.07.2022) zu schließen und ab dem 01.08.2022 übergangsweise als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor zu führen.
2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.

3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge festgelegt.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Entscheidung im Rat zu prüfen, inwiefern sich eine durch die Schulaufsicht genehmigungsfähige Dreizügigkeit im Übergang im Bestandsgebäude des Gymnasiums Auf der Morgenröthe verwirklichen lässt.

- a. Sollte dies nicht möglich sein, wird dem Rat der Uni-versitätsstadt Siegen vorgeschlagen, je 4 Züge für das Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und das Gymnasium Am Löhrtor sowie 2 Züge für das Gymnasium Auf der Morgenröthe festzulegen
- b. Sofern sich eine Dreizügigkeit des Gymnasiums Auf der Morgenröthe im Übergang im Bestandsgebäude verwirklichen lässt, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen die nachstehende Verteilung der Zügigkeit vorgeschlagen.

| | |
|------------------------------------|---------------|
| <u>Fürst-Johann-Moritz-</u> | <u>3 Züge</u> |
| <u>Gymnasium</u> | |
| <u>Gymnasium Am Löhrtor</u> | <u>4 Züge</u> |
| <u>Gymnasium Auf der Morgenrö-</u> | <u>3 Züge</u> |
| <u>the</u> | |

Für die schulorganisatorischen Maßnahmen nach Ziff. 1 und 3 ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG einzuleiten.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 3 dagegen (UWG/Volt/FDP), 0 Enthaltungen

4. AfSuB 29.06.2021

7. **Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kinder-tagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Elternbeitragssatzung)**

Vorlage Nr. VL 398/2021

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen befürwortet den Beschluss des Rat der Universitätsstadt Siegen der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen zum 01.08.2021 laut Anlage.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen

4. AfSuB 29.06.2021

8. Entlastung der Eltern von Kostenbeiträgen für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder sowie für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen im Zuge von COVID-19 für die Monate Februar bis Mai 2021 -

Vorlage Nr. VL 424/2021

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen befürwortet folgenden Beschluss des Rat der Universitätsstadt Siegen:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, aufgrund der vorgenommenen Schließungen von Kindertagesstätten, Schulen und dem Aussetzen anderer Betreuungsmöglichkeiten bzw. des eingeschränkten Pandemiebetriebs in der Kindertagesbetreuung, den Offenen Ganztagschulen und schulischen Betreuungsformen im Zuge der Schutzmaßnahmen zu COVID-19

- a. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben
- b. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen

4. AfSuB 29.06.2021

9. Gemeinsames Lernen in Grundschulen im Schuljahr 2021/2022

Vorlage Nr. VL 410/2021

Die Vorlage werde zur Kenntnis genommen, man gehe aber davon aus, dass die Verwaltung bei den Schulen die Schwerpunkte abgestimmt und abgefragt habe, ob noch bauliche Maßnahmen erforderlich seien, um die Schwerpunkte umzusetzen, so Herr Hörnberger.

Frau Uhr informiert, es handele sich um die Schwerpunkte, die derzeit bereits an den Schulen beschult würden. Sollten noch bauliche Maßnahmen erforderlich seien, würden diese angegangen.

⇒ Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt das Vorgehen zum Gemeinsamen Lernen in Grundschulen ab dem Schuljahr 2021/2022 zur Kenntnis.

4. AfSuB 29.06.2021

10. Anmeldeverfahren an der Hauptschule, den Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen für das Schuljahr 2021/2022

Vorlage Nr. VL 411/2021

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt das Anmeldeverfahren der städtischen Hauptschule, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen für das Schuljahr 2021/2022 und die Bildung von Eingangsklassen zur Kenntnis.*

4. AfSuB 29.06.2021

gez.
Vorsitzender

gez.
Schriftführerin

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

| | |
|--------------------------|-----------------------|
| Anfragesteller/in | Volt- Fraktion |
| Eingang | 12.05.2021 |
| Federführend | GBL 5 |

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

**Hinzuziehung von Vertreter/innen von Schulen in freier/ kirchlicher Trägerschaft
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Herrn Vorsitzenden Florian Kraft
Am Markt 2

57072 Siegen

| | |
|--------------------------|-----------|
| EINGANG BÜRGERMEISTER | |
| 12. Mai 2021 | |
| GB <i>LS</i> | PR |
| Abt. | INSTITUTE |

Siegen, 12. Mai 2021

Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 29.06.2021

Betreff: Vorlage Nr. AT 51/2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

folgender Beschluss wurde am 02.03.21 im Ausschuss für Schule und Bildung gefasst:

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt als Kompromiss, dass die Verwaltung die verschiedenen Arbeitsschwerpunkte des Ausschusses überprüft und einen Vorschlag unterbreitet, wo anlassbezogen Vertreter/innen von Schulen in freier Trägerschaft oder in Trägerschaft der Kirchen bzw. des Kreises eingeladen werden.

Da entgegen der Absprachen in der vergangenen Sitzung kein Vorschlag der Verwaltung eingereicht wurde, bitten wir um die Beantwortung folgender Frage:

Wann ist mit einem Vorschlag der Verwaltung zu rechnen?

Mit freundlichen Grüßen,

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender
Ordentliches Mitglied des Ausschusses

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

| | |
|-------------------|----------------|
| Anfragesteller/in | Volt- Fraktion |
| Eingang | 12.05.2021 |
| Federführend | GBL 5 |

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

**Hinzuziehung von Vertreter/innen von Schulen in freier/kirchlicher Trägerschaft
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Frage:

„Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt als Kompromiss, dass die Verwaltung die verschiedenen Arbeitsschwerpunkte des Ausschusses überprüft und einen Vorschlag unterbreitet, wo anlassbezogen Vertreter/innen von Schulen in freier Trägerschaft oder in Trägerschaft der Kirchen bzw. des Kreises eingeladen werden.“

Wann ist mit einem Vorschlag der Verwaltung zu rechnen?

Antwort:

Zunächst wird angemerkt, dass durch den AfSuB keine zeitliche Vorgabe/Frist beschlossen wurde. Von Seiten der Verwaltung wurde auch kein Vorschlag zur Sitzung am 20.04.2021 oder kurzfristig zugesagt. Vielmehr wurde verdeutlicht, dass dringlichere Themen und Entscheidungen vorzubereiten sind und dass für die Beratung im AfSuB eine vorherige Beteiligung der politischen Vertreterinnen und Vertreter sinnvoll ist.

In der ersten Sitzung des AK Schulentwicklungsplanung wurde dann festgehalten, dass die Thematik und der Vorschlag zunächst im Arbeitskreis beraten werden soll. Dies soll in einer der kommenden Sitzungen geschehen. Dabei bestand Einigkeit, dass zunächst die Schulentwicklungsplanung der weiterführenden Schulen insbesondere der Gymnasien von der Verwaltung bearbeitet und im AK beraten werden soll. Die weiteren Themen wurden „hinten angestellt“.

Die eingegangene Anfrage war Anlass, sich mit dem Ausschussvorsitzenden hierzu auszutauschen. Es besteht Einigkeit zwischen dem Vorsitzenden und der Verwaltung, dass die Thematik im Arbeitskreis und dann auch im Ausschuss mit einer entsprechenden Vorlage beraten werden soll.

Allerdings war für den Ausschussvorsitzenden nachvollziehbar, dass aufgrund der Fülle an - zum Teil fristgebundener und bedeutender – Themen, die Erstellung einer sachlich fundierten Vorlage bis zur heutigen Sitzung (29.06.2021) für die Schulverwaltung schlicht nicht leistbar ist.

Die schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher wurden (per E-Mail) noch einmal um Verständnis gebeten, dass Themen und Aufgaben priorisiert werden müssen, um diese korrekt und fundiert zu bearbeiten. In diesem Kontext erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass die Schulverwaltung neben der Beschaffung und Ausstattung für unsere Schulen, der Digitalisierung, der Schülerbeförderung, der Schulentwicklungsplanung und vieler weiterer originärer Themen immer noch auch pandemiebedingte Sonderaufgaben u.a. für das Land NRW übernimmt. So wurde gerade erst die verwaltungstechnisch aufwendige Beschaffung von weiteren 400.000 Masken oder die Abwicklung der Logistik für die „Lolli-Tests“ erledigt.

Es ist weiterhin vorgesehen, zu den Schulleitungsbesprechungen die Schulleitungen der Schulen in freier Trägerschaft themen- und anlassbezogen einzuladen.

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

| | |
|-------------------------|--|
| Antragsteller/in | Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen |
| Eingang | 27.05.2021 |
| Federführend | GB 5, Abt. 5/4 |

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

Diverse Essensangebote für Mittagsmahlzeiten in Schulen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Schule und Bildung
der Stadt Siegen
Herrn Florian Kraft

Rathaus Siegen
57072 Siegen

| | |
|--------------------------|--------------|
| EINGANG BÜRGERMEISTER | |
| 27. Mai 2021 | |
| GB Abt. 514 | PR INSITU |

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen

404-1432
gruene@siegen.de

Mittwoch, 26. Mai 2021

Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung der Stadt Siegen am 29.06.2021
Diverse Essensangebote für Mittagsmalzeiten in Schulen

Sehr geehrter Herr Kraft,
sehr geehrte Damen und Herren im Schulausschuss,

die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt, in der kommenden Sitzung des
Schulausschusses der Stadt Siegen den folgenden Antrag zu beraten und zu beschließen:


Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Schule und Bildung der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, bei den
Schulen und den OGS-Maßnahmenträgern abzufragen, welche Alternativen bei den
Mittagsmahlzeiten zur Auswahl stehen hinsichtlich individueller Ernährungsgewohnheiten
(vegetarisch, vegan, koscher, halal, Allergien konform) und Ausgewogenheit. Das Ergebnis
soll dem Schulausschuss zeitnah präsentiert werden.

Begründung

Ein großer Anteil der Schüler*innen in Siegen besucht eine Schule mit Mittagessensangebot.
Ziel sollte es sein, das Essen unabhängig vom religiösen Hintergrund für alle Schüler*innen
gemeinsam zu gestalten. Oft haben Schüler*innen für das Mittagessen in der Schule die Wahl
zwischen einem vegetarischen und einem nicht vegetarischen Angebot. Weitere religiöse,
ethische oder gesundheitliche Gründe bedingen jedoch, dass Schüler*innen andere
Essenskonzepte verfolgen. Um die aktuelle Situation einschätzen zu können und ggf. zu
erweitern, halten wir eine Prüfung für sinnvoll, an welcher Schule konkreter Ergänzungsbedarf
besteht.

Mit freundlichen Grüßen,
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen


Teresa Pflogsch
Stadtverordnete und
Mitglied im Schulausschuss

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

| | |
|-------------------------|--|
| Antragsteller/in | Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen |
| Eingang | 27.05.2021 |
| Federführend | GB 5, Abt. 5/4 |

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

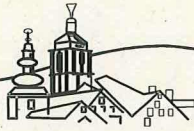
☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

Erweiterung des Beratungskreises SIT
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Schule und Bildung
der Stadt Siegen
Herrn Florian Kraft

Rathaus Siegen
57072 Siegen

| | |
|--------------------------|-----------|
| EINGANG BÜRGERMEISTER | |
| 27. Mai 2021 | |
| GB 5 | PR |
| Abt. 514 | INSTITUTE |

Ø 111

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen

404-1432
gruene@siegen.de

Mittwoch, 26.05.2021

Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung der Stadt Siegen am 29.06.2021
Erweiterung des Beratungskreises SIT

Sehr geehrter Herr Kraft,
sehr geehrte Damen und Herren im Schulausschuss,

die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt, in der kommenden Sitzung des
Schulausschusses der Stadt Siegen den folgenden Antrag zu beraten und zu beschließen:

Beschlussvorschlag

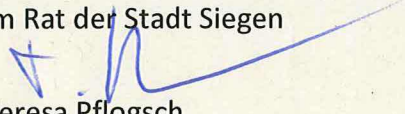
Der Ausschuss für Schule und Bildung beauftragt die Verwaltung zu prüfen, inwieweit die
Schulen an den Beratungen der SIT-Gremien teilnehmen bzw. enger einbezogen werden
können. Das Ergebnis soll bis zum Ende des dritten Quartals dem Ausschuss vorgestellt
werden.

Begründung

Um allumfassende Entscheidungen treffen zu können, sollten Expert*innen für betroffene
Institutionen bei den Beratungen der Gremien der SIT mit einbezogen werden, z. B. die
Schulformsprecher*innen. Sowohl von Seiten der SIT als auch von Schulformsprecher*innen
wurde im Ausschuss für Schule und Bildung der Stadt Siegen am 20.04.2021 hierzu
Zustimmung bekundet.

Mit freundlichen Grüßen,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen


Teresa Pflogsch
Stadtverordnete und
Mitglied im Schulausschuss

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

| | |
|-------------------------|---------------------------|
| Antragsteller/in | mehrere Fraktionen |
| Eingang | 15.06.2021 |
| Federführend | 5/4 |

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

Finanzierung von Betreuungsangeboten an Grundschulen
- Antrag der Volt- Fraktion und der UWG- Fraktion

Unabhängige Wählergemeinschaft - Fraktion im Rat der Stadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen
Volt-Fraktion im Rat der Stadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Herrn Florian Kraft, Vorsitzender Ausschuss für Schule und Bildung
Am Markt 2

57072 Siegen

| | |
|--------------------------|-----------|
| EINGANG BÜRGERMEISTER | |
| 15. Juni 2021 | |
| GB 5 | PR |
| Abt. 5/4 | INSTITUTE |

Kopien erledigt

Siegen, 15. Juni 2021

Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 29.06.2021

Betreff: Finanzierung von Betreuungsangeboten an Grundschulen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrter Herr Kraft,

Um eine Betreuung an den Grundschulen der Stadt Siegen gewährleisten zu können, gilt es die Entscheidung aus dem Jahr 2019 zu überprüfen und ggf. anzupassen. Aus diesem Grund schlagen die Fraktionen UWG und Volt Folgendes vor:

Beschlussvorschlag:

Die in der Verwaltungsvorlagen 2518/2019 festgelegten Fördersätze im Bereich "Schule von acht bis eins" werden einer Novellierung auf Grundlage der Defizitnachweise der Jahre 17/18 und 18/19 unterzogen.

Begründung:

- erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender Volt

gez. Achim Bell
Stadtverordneter UWG



**Schutzmaßnahmen und
Auswirkungen der
Corona - Pandemie für
die Schulen der
Universitätsstadt Siegen**

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021



Pandemiebedingte Sonderaufgaben – ohne Zuständigkeit, aber in Verantwortung – des Schulträger

- Sicherstellung der **Transporte der sog. Lolli-Tests** zu den Laboren
- **Beschaffung von FFP-2-Masken** für die Lehrkräfte und sonstiges Landespersonal an den städtischen Schulen

Grundschulen und weiterführende Schulen

- Grundlage für den Schulbetrieb sind
 - die **Coronabetreuungsverordnung** (CoronaBetrVO),
 - die **Coronaschutzverordnung** (CoronaSchVO),
 - die Vorgaben des MSB NRW (**Schulmails**)

Schulbetrieb ab 31.05.2021 – Primarstufe und weiterführende Schulen

Inzidenz unter 100

- **Präsenzunterricht**
 - Rückkehr zu einem durchgängigen und angepassten Präsenzunterricht
- **Betreuung**
 - grundsätzlich im möglichen Umfang Wiederaufnahme der regulären Betreuungsangebote

Schulbetrieb ab 31.05.2021 – Primarstufe und weiterführende Schulen

Inzidenz unter 100

- **Präsenzunterricht**
 - Rückkehr zu einem durchgängigen und angepassten Präsenzunterricht
- **Betreuung**
 - grundsätzlich im möglichen Umfang Wiederaufnahme der regulären Betreuungsangebote

Schulbetrieb zum Schuljahresanfang 2021/2022

Planungen des MSB

- Präsenzunterricht
- Einschulungsfeiern, Klassenfahrten und Schüleraustausche finden statt
- Vorgaben für die Hygiene und den Infektionsschutz gelten fort
- Testungen zweimal pro Woche
- Maskenpflicht im Schulgebäude und im Unterricht

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4 / 5
Bereich: 4/4-2 / 5/4
Bearbeitet von: M. Busch, J. Heide, C. Uhr

Siegen, 01.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

| | |
|---|-------------------|
| Haupt- und Finanzausschuss | 09.06.2021 |
| Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid | 15.06.2021 |
| Rat | 23.06.2021 |
| Ausschuss für Schule und Bildung | 29.06.2021 |
| Bauausschuss | 25.08.2021 |

Kurzbezeichnung:

**Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.

Der Ausschuss für Schule und Bildung und der Bauausschuss nehmen den Beschluss aufgrund der Dringlichkeit und mit Blick auf die Beratungsfolge ebenso wie der Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangssituation

Schülerzahlenprognose

In den ehemaligen Einzugsbereichen der drei Grundschulen Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule ist – auch aufgrund von zuziehenden und zuwandernden Familien, die im Raum Geisweid Wohnraum gefunden haben – ein anwachsendes

Schülerpotential festzustellen. Vor diesem Hintergrund werden für die Grundschulen steigende Schülerzahlen erwartet.

Sollten die Schülerzahlen der Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule sich in diesem Maße entwickeln, wird es notwendig sein, zukünftig jährlich jeweils 8 statt der bisher üblichen 6 Eingangsklassen einzurichten, um so eine ausreichende Anzahl von Schulplätzen zu gewährleisten.

Schon im Anmeldeverfahren zum Schuljahr 2021/2022 ist die Bildung von 8 Eingangsklassen notwendig.

| | Anmeldungen | Eingangsklassen |
|--------------------------|-------------|-----------------|
| Albert-Schweitzer-Schule | 65 | 3 |
| Birlenbacher Schule | 56 | 2 |
| Geisweider Schule | 64 | 3 |
| Insgesamt | 185 | 8 |

Im Hinblick auf die kommenden Jahre ist es erforderlich, die Zügigkeiten so zu erhöhen, dass die zukünftig schulpflichtig werdenden Kinder wohnortnah beschult werden können.

Die Schulgebäude der drei Schulen sind in ihrer jetzigen Form jedoch für eine Erhöhung der Zügigkeit, auch unter den Gesichtspunkten Integration, Inklusion und Ganzttag, nicht ausgelegt.

Zügigkeit

Die Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule sind gemäß Ratsbeschluss vom 05.07.2017 hinsichtlich der Zügigkeit der Eingangsklassen (Schuljahre 2018/2019 bis 2021/2022) auf eine Zweizügigkeit festgelegt. Abweichend davon ist für einzelne Schuljahre festgelegt, dass 3 Eingangsklassen gebildet werden können. Aufgrund der tatsächlichen Entwicklung bei den Anmeldezahlen können sich Veränderungen ergeben, die wiederum Nachsteuerungen erfordern.

Schon im Schuljahr 2021/2022 wird die Albert-Schweitzer-Schule u.a. mit Blick auf Schülerinnen und Schüler, die länger in der Schuleingangsphase verbleiben, in 11 Klassen beschulen. Sie wird somit, mit Ausnahme der zukünftigen Jahrgangsstufe 4, dreizügig geführt. Dies wiederum ist nur durch die Umwandlung des derzeitigen Werkraums in einen Unterrichtsraum sowie durch die multifunktionale Nutzung eines originären Betreuungsraums möglich.

Die Gesamtzahl an Klassen an den drei Grundschulen im Raum Geisweid könnte folgendermaßen aussehen:

- Schuljahr 2020/2021 26
- Schuljahr 2021/2022 28
- Schuljahr 2022/2023 30*
- Schuljahr 2023/2024 31*
- Schuljahr 2024/2025 31*

* voraussichtliche Klassenbildung auf Grundlage der Schülerzahlenprognose

Insgesamt werden die zu bildenden Klassen nicht in den Gebäuden der drei Grundschulen unterzubringen sein. Ein Umlenken auf entferntere Grundschulen wie die Glückaufschule und Friedrich-Flender-Schule in Weidenau scheidet aufgrund der großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern aus.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung in einem ersten Schritt zur Prüfung möglicher Erweiterungen die Schulgebäude und -gelände der drei Grundschulen sowie deren Lage im Raum Geisweid in den Blick genommen.

Dabei liegt der Standort der Albert-Schweitzer-Schule zwischen der Birlenbacher Schule und der Geisweider Schule. Wird die Albert-Schweitzer-Schule räumlich erweitert, könnten Schülerinnen und Schüler aus den ehemaligen Einzugsbereichen der Birlenbacher Schule und der Geisweider Schule, die aufgrund mangelnder Aufnahmekapazitäten an ebendiesen Schulen keinen Schulplatz an der nächstgelegenen Grundschule erhalten, alternativ an der nahegelegenen Albert-Schweitzer-Schule aufgenommen werden. Ein unnötig langer Schulweg aus dem ehemaligen Einzugsbereich der Geisweider Schule bis zur Birlenbacher Schule bzw. aus dem ehemaligen Einzugsbereich der Birlenbacher Schule zur Geisweider Schule kann so hoffentlich vermieden werden.

Entsprechend soll vorrangig die Erweiterung der Zügigkeit der Albert-Schweitzer-Schule zu einer vierzügigen Grundschule forciert werden. Der Anstieg der Schülerschaft und die dafür zu bildenden Klassen soll mit einer baulichen Erweiterung des Standortes der Schule (Amselweg) oder der Reaktivierung des ehemaligen Schulgebäudes im Rüsterweg aufgefangen werden.

Erfordernis einer Übergangslösung

Mit Blick auf die oben genannten Schülerzahlen der kommenden Schuljahre wird ersichtlich, dass schon zum Schuljahr 2022/2023 Räumlichkeiten benötigt werden, die an den drei Grundschulen nicht vorhanden sind und auch nicht durch eine verstärkte multifunktionale Nutzung im Bestand geschaffen werden können.

Um allen Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz bieten zu können, ist die Schaffung von weiterem Schulraum alternativlos.

Die Verwaltung wird folglich die Reaktivierung des ehemaligen Gebäudes der Albert-Schweitzer-Schule im Rüsterweg sowie die Erweiterung des aktuellen Schulgebäudes im Amselweg prüfen und einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten.

Bis zur abgeschlossenen Prüfung und endgültigen baulichen Umsetzung des dann gegebenen Vorschlags ist jedoch eine Übergangslösung in Form der Nutzung von Unterrichtsräumen im ehemaligen Schulgebäude (Rüsterweg) oder der Aufstellung eines Containergebäudes am jetzigen Schulgebäude (Amselweg) anzustreben.

Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes Rüsterweg

Die notdürftige Herrichtung von Unterrichtsräumen im ehemaligen Schulgebäude Rüsterweg bis Sommer 2022 wird von der Verwaltung bezogen auf den Zustand der Räumlichkeiten und den Zeitplan als problematisch bzw. unmöglich angesehen. Hinzukommt, dass die sanitären Anlagen im Untergeschoss der Schule nur schwer zugänglich sind und in dieser Form nicht genutzt werden können, so dass eine mobile Sanitäreinrichtung auf dem Schulgelände aufgestellt werden müsste.

Da nicht gewährleistet werden kann, dass die erforderlichen Räumlichkeiten bis zum Beginn des Schuljahres 2022/2023 tatsächlich hergerichtet werden können, wird die Aufstellung eines Containergebäudes unumgänglich.

Aufstellung eines Containergebäudes am aktuellen Standort Amselweg

Das Containergebäude soll für den Übergang genutzt werden, bis die Albert-Schweitzer-Schule durch die Reaktivierung des ehemaligen Schulgebäudes oder eine bauliche Erweiterung des Bestandsgebäudes über die Räumlichkeiten einer vierzügigen Ganztagsgrundschule verfügt.

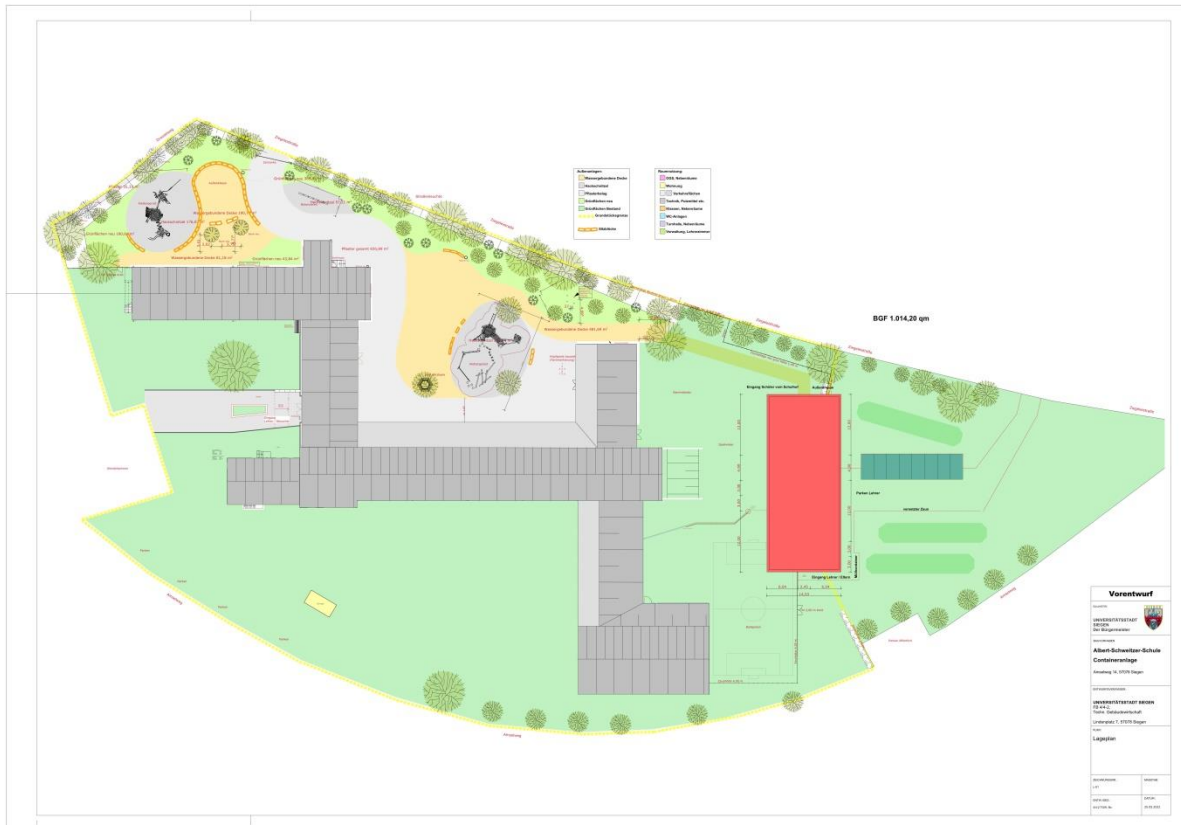
Bei einer auf Modulen beruhenden Containeranlage sind die Raumgrößen nicht variabel wählbar, so dass nicht in jedem Fall Raumgrößen erreicht werden, welche den ehemals geltenden Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemein bildende Schulen und Förderschulen entsprechen. Des Weiteren wird die Anlage den Ansprüchen der Barrierefreiheit nicht gerecht.

Aus diesen Gründen soll die Containeranlage als Übergangslösung dienen und die notwendige Schaffung von Schulraum nicht ersetzen.

Erfordernis eines Containerbaus

Vorentwurf

Ein erster Vorentwurf mit dem Raumprogramm des Planungsauftrags zur Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule zu einer vierzügigen Ganztagsgrundschule als Grundlage wurde Anfang März vorgestellt und mit ersten geschätzten Kosten beziffert.



Der Entwurf sieht eine separate Containeranlage auf der Spielwiese des Schulgebäudes vor, in dem Bereich, in dem auch die provisorische Kita der AWO (Rüsterweg) stand. Die Versorgungsrohre der Kita wurden für etwaige neue Containeranlagen bewusst nicht zurückgebaut. Die Lage etwas abseits des Schulgebäudes ist erforderlich, da aktuell die Ausbildung für die, je nach Ergebnis der Prüfungen, anstehende Erweiterung des Schulgebäudes noch nicht definiert ist.

Nach gemeinsamer Prüfung dieses Vorentwurfs wurde das Raumprogramm für die provisorische Containeranlage auf ein Minimum beschränkt. Im April wurden der überarbeitete Entwurf und die geschätzten Kosten für die Mietdauer einer Containeranlage für 3-5 Jahre dargestellt und alternativ der Erwerb einer Containeranlage mit möglichen Kosten beziffert.

Die geplante zweigeschossige Containeranlage ergibt eine Brutto-Grundfläche von ca. 1.015 qm mit:

- 5 Klassenräume à 67,80 qm
- 2 Differenzierungsräume à 26,90 qm
- 1 Mehrzweckraum à 60,10 qm
- 1 Mehrzweckraum à 67,80 qm
- 2 Betreuungsräume à 67,80 qm
- 1 (zweites) Lehrerzimmer à 26,90 qm
- 1 Besprechungsraum à 15,90 qm
- 1 Büro mit Liege à 15,90 qm

Hinzu kommen die notwendige Anarbeitung der Außenanlagen, eine befestigte Zufahrt sowie 5 Stellplätze für Lehrer und 3 Stellplätze für OGS-Personal. Die geplante Containeranlage entspricht den Vorgaben der Energieeinsparverordnung. Dadurch ist auch der sommerliche und winterliche Wärmeschutz gewährleistet.

Eine provisorische Anlage mit geringeren baulichen Anforderungen (u.a. Wärmeschutzanforderungen) ist grundsätzlich lediglich temporär für die Dauer von 2 Jahren genehmigungsfähig

Durch den Raumbestand im Schulgebäude und unter Hinzunahme der Räumlichkeiten im neu zu errichtenden Containergebäude soll die Albert-Schweitzer-Schule die Möglichkeit erhalten, über die für die Erweiterung der Zügigkeit erforderlichen Räumlichkeiten – wenn auch im Übergang teils stark eingeschränkt – zu verfügen.

Die Entwurfspläne liegen der Vorlage als Anhang bei.

Kostenschätzung

Zum Vergleich der Mietvarianten und Kaufvariante sind im Folgenden drei Tabellen mit den Kostenschätzungen für die beschriebene Containeranlage abgebildet.

In den Kostenschätzungen ist die erforderliche Einrichtung noch nicht enthalten.

In den Summen sind bisher keine Lüftungsgeräte, keine Sonnenschutzverglasung (jedoch Raffstores) und keine kindgerechten Sanitäranlagen enthalten.

Optional sind diese Zusatzausstattungen beim Erwerb möglich. Für eine gepflasterte Zuwegung müssten zusätzlich ca. 25.000,- € eingeplant werden (Empfehlung seitens AWO, aktuell Standard). Bei der Miete einer Containeranlage erfolgen die Wartungen durch den Bauherrn, ebenso wie beim Erwerb.

1. Miete der Containeranlage ab 3 Jahren mit Verlängerungsoption:

| Kostenzusammenstellung bei 3 Jahren Mietdauer einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF | | | | |
|--|----------------|-----------------------|-------------------------|--------------|
| | einmalig | monatlich | 36 Monate | |
| Bauantragszeichnungen | 450,00 € | | | |
| Brandschutzkonzept | 5.000,00 € | | | |
| Tiefbau | 50.000,00 € | | | |
| Aufstellen Container | 43.750,00 € | | | |
| Stromanschluss | 10.000,00 € | | | |
| Wasseranschluss | 5.000,00 € | | | |
| Miete Container | | 20.800,00 € | 748.800,00 € | |
| Versicherung | | 672,00 € | 24.192,00 € | |
| Sanitärinstallation | 5.000,00 € | | | |
| Elektroinstallation | 20.000,00 € | | | |
| GaLa (Außenanlagen) | 30.000,00 € | | | |
| Rückbau Container | 34.300,00 € | | | |
| Einhausung Außentreppe | 6.000,00 € | | | |
| Elektroausstattung | 115.000,00 € | | | |
| Akustikdecke | 97.000,00 € | | | |
| Sockelblende | 6.000,00 € | | | |
| Sondertüren | 10.500,00 € | | | |
| | | | | |
| Summe | 438.000,00 € | | 772.992,00 € | |
| 19 % MWST | 83.220,00 € | | 146.868,48 € | |
| Brutto | 521.220,00 € | | 919.860,48 € | |
| | | | | |
| | | | | |
| Gesamtkosten für Containermiete 3 Jahre: | | 1.441.080,48 € | | |
| | | | | |
| je weiteres Mietjahr: | 257.664,00 € | | | |
| Summe für 48 Monate: | 1.698.744,48 € | | Differenz 36/48 Monate: | 257.664,00 € |

2. Miete der Containeranlage ab 4 Jahre mit Verlängerungsoption:

| Kostenzusammenstellung bei 4 Jahren Mietdauer einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF | | | | |
|--|-----------------------|-----------------------|-------------------------|---------------------|
| | einmalig | monatlich | 48 Monate | |
| Bauantragszeichnungen | 450,00 € | | | |
| Brandschutzkonzept | 5.000,00 € | | | |
| Tiefbau | 50.000,00 € | | | |
| Aufstellen Container | 43.750,00 € | | | |
| Stromanschluss | 10.000,00 € | | | |
| Wasseranschluss | 5.000,00 € | | | |
| Miete Container | | 18.600,00 € | 892.800,00 € | |
| Versicherung | | 672,00 € | 32.256,00 € | |
| Sanitärinstallation | 5.000,00 € | | | |
| Elektroinstallation | 20.000,00 € | | | |
| GaLa (Außenanlagen) | 30.000,00 € | | | |
| Rückbau Container | 34.300,00 € | | | |
| Einhausung Außentreppe | 6.000,00 € | | | |
| Elektroausstattung | 115.000,00 € | | | |
| Akustikdecke | 97.000,00 € | | | |
| Sockelblende | 6.000,00 € | | | |
| Sondertüren | 10.500,00 € | | | |
| | | | | |
| Summe | 438.000,00 € | | 925.056,00 € | |
| 19 % MWST | 83.220,00 € | | 175.760,64 € | |
| Brutto | 521.220,00 € | | 1.100.816,64 € | |
| | | | | |
| | | | | |
| Gesamtkosten für Containermiete 4 Jahre: | | 1.622.036,64 € | | |
| | | | | |
| je weiteres Mietjahr: | 231.264,00 € | | | |
| Summe für 60 Monate: | 1.853.300,64 € | | Differenz 48/60 Monate: | 231.264,00 € |

3. Erwerb der Containeranlage mit Abbau und Entsorgung (ohne Verkauf):

| Kostenzusammenstellung bei Erwerb einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF | | | |
|--|-----------------------|-----------|-------------|
| | einmalig | monatlich | 36 Monate |
| Bauantragszeichnungen | 450,00 € | | |
| Brandschutzkonzept | 5.000,00 € | | |
| Tiefbau | 50.000,00 € | | |
| Aufstellen Container | 43.750,00 € | | |
| Stromanschluss | 10.000,00 € | | |
| Wasseranschluss | 5.000,00 € | | |
| Erwerb Container | 1.100.000,00 € | | |
| Versicherung intern | | 500,00 € | 18.000,00 € |
| Sanitärinstallation | 5.000,00 € | | |
| Elektroinstallation | 20.000,00 € | | |
| GaLa (Außenanlagen) | 30.000,00 € | | |
| Rückbau und Entsorgung Container | 52.000,00 € | | |
| Einhausung Außentreppe | 6.000,00 € | | |
| Elektroausstattung* | | | |
| Akustikdecke* | | | |
| Sockelblende* | | | |
| Sondertüren | 10.500,00 € | | |
| Summe | 1.337.700,00 € | | 18.000,00 € |
| 19 % MWST | 254.163,00 € | | 3.420,00 € |
| Brutto | 1.591.863,00 € | | 21.420,00 € |
| | | | |
| Gesamtkosten für Containererwerb: | 1.613.283,00 € | | |
| | | | |
| *in Erwerb Container enthalten | | | |

Bei einer festgelegten **Mietzeit von 3 Jahren** ergibt sich somit ein geschätzter Kostenrahmen von ca. **1.442.000,- €**.

Je weiterem Mietjahr erhöht sich diese Summe um ca. 258.000,-€, dies ergibt bei 4 Jahren Miete einen Kostenrahmen von ca. 1.700.000,- €.

Bei einer vorher festgelegten **Mietzeit von 4 Jahren** ergibt sich ein geschätzter Kostenrahmen von ca. **1.623.000,- €**.

Je weiterem Mietjahr erhöht sich diese Summe um ca. 232.000,- €, dies ergibt bei 5 Jahren Miete einen Kostenrahmen von ca. 1.855.000,- €.

Der **Erwerb der Containeranlage** würde ca. **1.614.000,- €** kosten.

In diesen Kosten sind ein eventuell später erforderlicher Abbau und die Entsorgung enthalten.

(Sollte die Containeranlage an einem anderen Standort wieder aufgebaut werden, ist dies nur mit gleichem Grundriss wirtschaftlich sinnvoll. Die gesamte Dachdämmung und Abdichtung müsste auf jeden Fall für eine Versetzung entsorgt und anschließend am neuen Standort erneuert werden. Weiterhin bedeutet der Standortwechsel zusätzlich hohe Kran- und Transportkosten sowie Kosten für Rück- oder Umbauten im Innenraum und hinzu kommen alle notwendigen Tiefbau- und Installationsarbeiten, auch am neuen Standort.)

Durch den Raumbestand im Schulgebäude und unter Hinzunahme der Räumlichkeiten im neu zu errichtenden Containergebäude soll die Albert-Schweitzer-Schule die Möglichkeit

erhalten, über die für die Erweiterung der Zügigkeit erforderlichen Räumlichkeiten – wenn auch im Übergang teils stark eingeschränkt – zu verfügen.

Zeitplan

Bei einer zügigen Mittelbereitstellung und Umverlagerung von Projektprioritäten im Arbeitsprogramm der Technischen Gebäudewirtschaft könnte ggf. eine Planung und zum Ende des Jahres eine Ausschreibung der Gewerke für die Containeranlage erfolgen. Die notwendige Bauantragstellung könnte nachfolgend während der Angebotslaufzeit erstellt werden.

Ob eine Errichtung des Objektes für das Schuljahr 2022/2023 durchführbar ist, hängt letztlich von den Lieferzeiten der Gewerke ab.

Inwiefern und wenn ja, in welchem Umfang, noch in diesem Haushaltsjahr Mittel benötigt werden, ist derzeit unklar. Eventuell ist es erforderlich, im 4. Quartal außerplanmäßig Mittel bereitzustellen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

| | | | | |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|---|
| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objektbezogene Einzahlungen | Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. |
| 1.614.000,00 € | | | | |

Veranschlagung

| | | | | |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> im Finanzplan | <input type="checkbox"/> im Ergebnisplan | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|

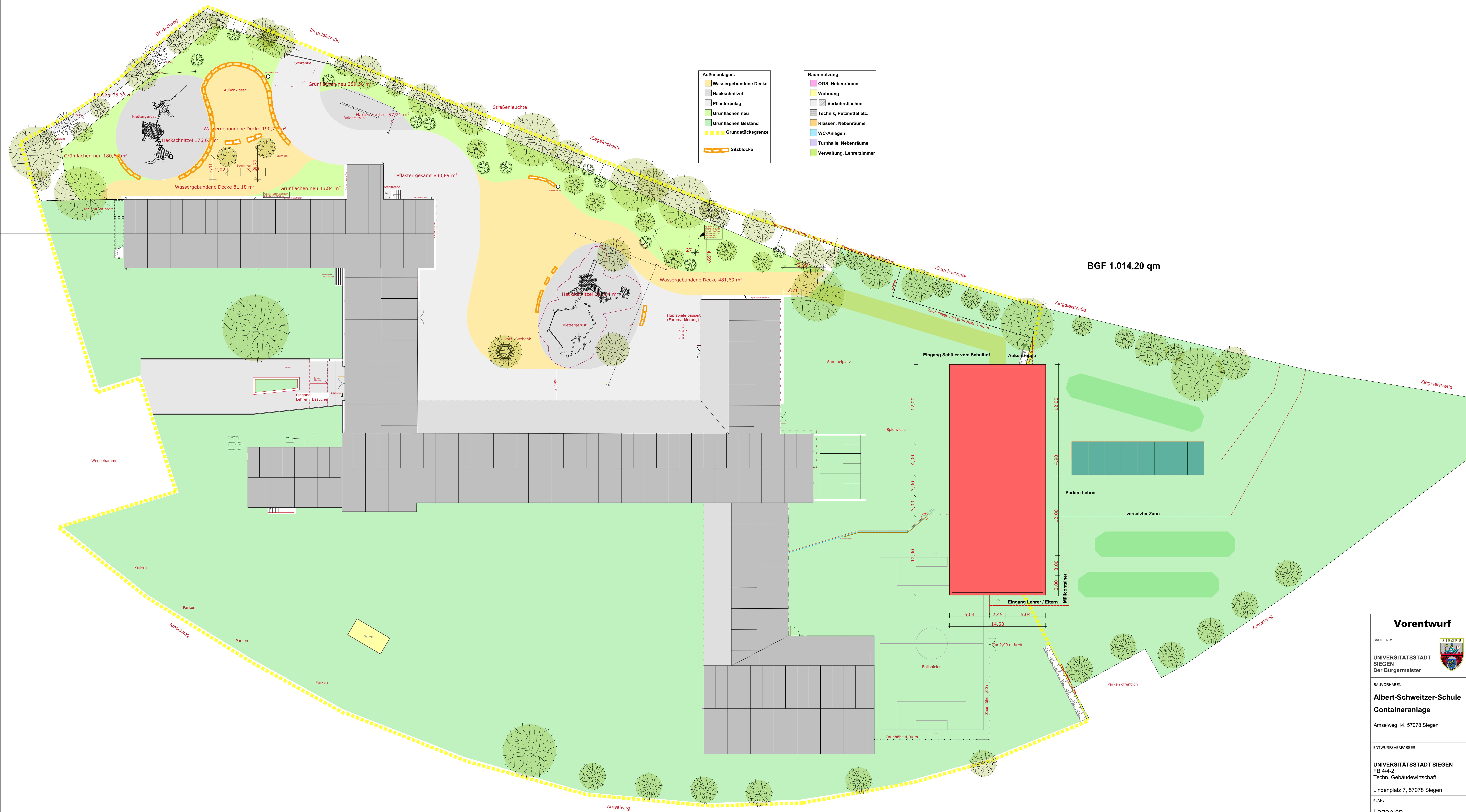
Klimaschutz

| | | | |
|---|--|---|--|
| Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf | Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung | Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt | Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja |
| Erläuterung Klimarelevanz | | | |
| Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) | | | |

gez.
Schumann
Stadtbaurat

gez.
A. Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.



BGF 1.014,20 qm

Vorentwurf

BAUHERR:

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
Der Bürgermeister

BAUVORHABEN

Albert-Schweitzer-Schule
Containeranlage

Amsehweg 14, 57078 Siegen

ENTWURFSVERFASSER:

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
FB 4/4-2,
Techn. Gebäudewirtschaft
Lindenplatz 7, 57078 Siegen

PLAN:

Lageplan

ZEICHNUNGSNR.:

L-01

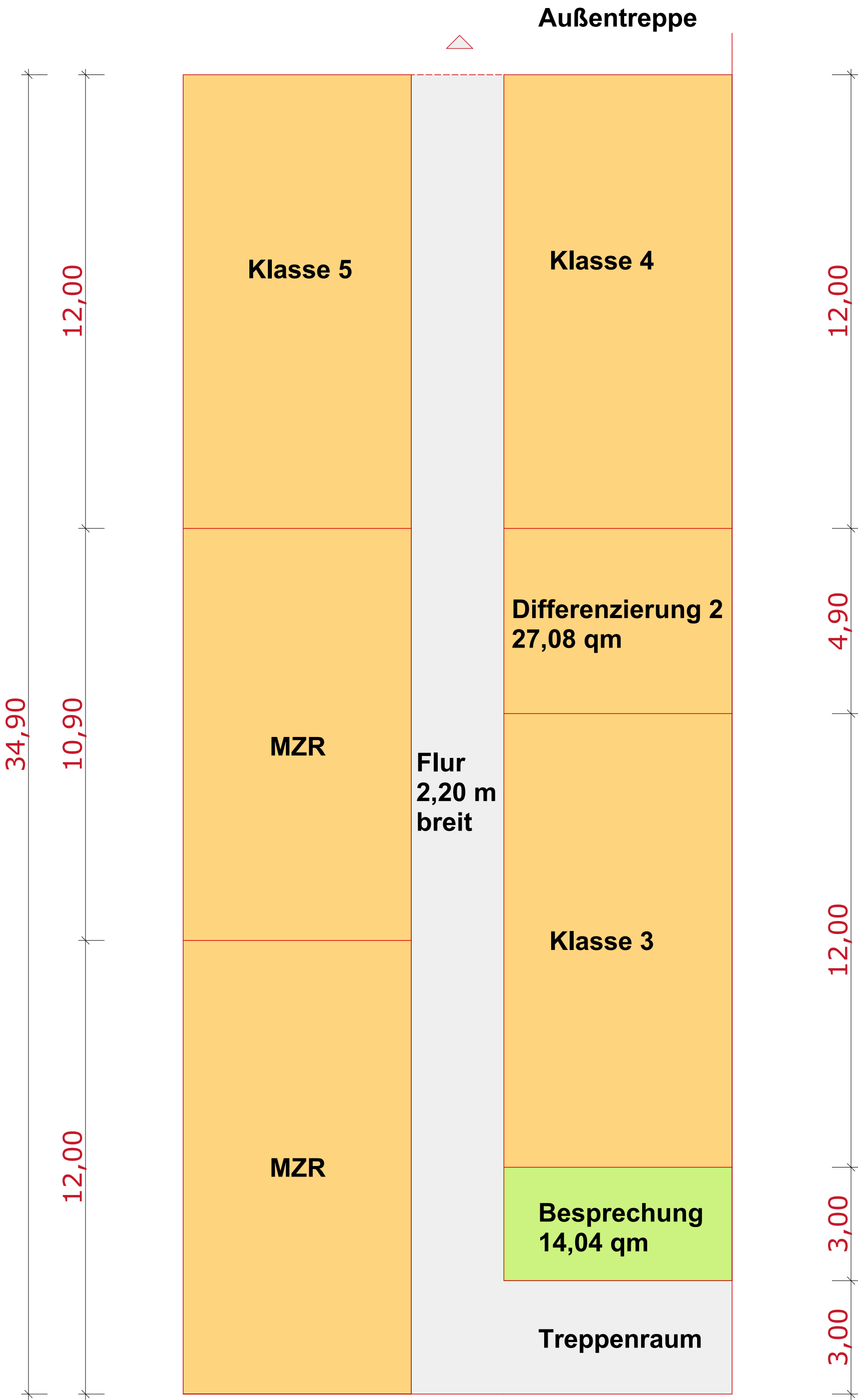
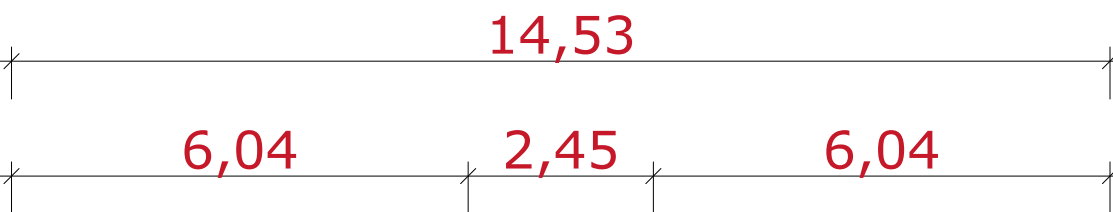
ENTW./GEZ.:

4/4-2 TGW, Bu

MASSTAB:

DATUM:

25.05.2021




- Raumnutzung:
- OGS, Nebenräume
 - Wohnung
 - Verkehrsflächen
 - Technik, Putzmittel etc.
 - Klassen, Nebenräume
 - WC-Anlagen
 - Turnhalle, Nebenräume
 - Verwaltung, Lehrerzimmer

Vorentwurf

BAUHERR:

UNIVERSITÄTSSTADT
SIEGEN
Der Bürgermeister



BAUVORHABEN

Albert-Schweitzer-Schule
Containeranlage

Amselweg 14, 57078 Siegen

ENTWURFSVERFASSER:

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
FB 4/4-2,
Techn. Gebäudewirtschaft

Lindenplatz 7, 57078 Siegen

PLAN:

Grundriss Obergeschoss

ZEICHNUNGSNR.:
G-02

MASSTAB:

ENTW./GEZ.:
4/4-2 TGW, Bu

DATUM:
25.05.2021

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

| | |
|-------------------------|-----------------------|
| Antragsteller/in | FDP- Fraktion |
| Eingang | 28.06.2021 |
| Federführend | GB 5, Abt. 5/4 |

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

**Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/25 Teilplanung Gymnasien
-Geschäftsordnungsantrag der FDP- Fraktion auf geheime Abstimmung -**

**Fraktion im Rat der
Universitätsstadt Siegen**

Rathaus Siegen / Haus Seel

57072 Siegen

Tel. 0271-404-1537

Siegen; 29.6.2021



**Geschäftsordnungsantrag zum TOP Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025 -
Teilplanung Gymnasien - am 29.6.2021**

Zum Tagesordnungspunkt Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien - beantragt die FDP-Fraktion für alle Abstimmungen
bezüglich des TOP Teilplanung Gymnasien geheime Abstimmung.

Begründung:

Aufgrund der hitzigen Diskussion und den teils unsachlichen bzw. emotionalen
Reaktionen, wollen wir es allen Ausschussmitgliedern ermöglichen, in einer freien
und geheimen Abstimmung über dieses schwierige Thema sachlich und fachlich zu
entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Volker Walter
Fraktionsvorsitzender

Kevin-Lee Hörnberger
Kevin-Lee Hörnberger
Ausschussmitglied

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

| | |
|-------------------------|-----------------------|
| Antragsteller/in | FDP- Fraktion |
| Eingang | 28.06.2021 |
| Federführend | GB 5, Abt. 5/4 |

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

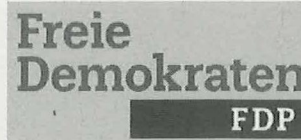
Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/25 Teilplanung Gymnasien
1. Änderungsantrag der FDP- Fraktion

Kopien erledigt



**Fraktion im Rat der
Universitätsstadt Siegen**

Rathaus Siegen / Haus Seel

57072 Siegen

Tel. 0271-404-1537

Siegen; 29.6.2021

| | |
|--------------------------|-----------|
| EINGANG BÜRGERMEISTER | |
| 28. Juni 2021 | |
| GB <i>5</i> | PR |
| Abt. <i>StV</i> | INSTITUTE |

**1. Änderungsantrag zum TOP Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025 - Teilplanung
Gymnasien - am 29.6.2021**

Zum Tagesordnungspunkt Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien - beantragt die FDP-Fraktion:

Das Peter-Paul-Rubens Gymnasium am Rosterberg bekommt letztmalig die Möglichkeit am Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2022/2023 teilzunehmen. Sollte das Gymnasium im ersten Durchgang des Anmeldeverfahrens keine 54 Anmeldungen für die Jahrgangsstufe 5 vorweisen können, wird die Schule zum Schuljahr 2022/2023 geschlossen und es wird kein*e Schüler*in aufgenommen. Sollte das Anmeldeverfahren für die Jahrgangsstufe 5 scheitern, dürfen auch in der Einführungsphase keine Schüler*innen aufgenommen werden.

Begründung:

Vor der letzten Anmeldephase hat das Gymnasium tiefgreifende Änderungen am Schulprogramm vorgenommen. Diese Änderungen konnten jedoch aufgrund der pandemischen Beschränkungen nur unzureichend vorgestellt werden. Da die Bezirksregierung jedoch eine Schulorganisatorische Maßnahme fordert, halten wir gemeinsam mit den Eltern dieses Vorgehen für eine angemessene Antwort auf die seit Jahren andauernden schlechten Anmeldezahlen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Volker Walter

Fraktionsvorsitzender

Kevin-Lee Hörnberger

Kevin-Lee Hörnberger
Ausschussmitglied

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

| | |
|-------------------------|-----------------------|
| Antragsteller/in | FDP- Fraktion |
| Eingang | 28.06.2021 |
| Federführend | GB 5, Abt. 5/4 |

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

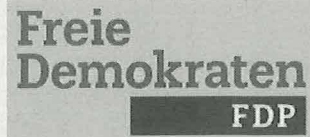
Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/25 Teilplanung Gymnasien
2. Änderungsantrag der FDP- Fraktion

Kopien erledigt



**Fraktion im Rat der
Universitätsstadt Siegen**

Rathaus Siegen / Haus Seel

57072 Siegen

Tel. 0271-404-1537

Siegen; 29.6.2021

| | |
|--------------------------|-----------|
| EINGANG BÜRGERMEISTER | |
| 28. Juni 2021 | |
| GB | PR |
| Abt. | INSTITUTE |

Handwritten: 5, 514

**2. Änderungsantrag zum TOP Schulentwicklungsplan 2020/2021 - 2024/2025 - Teilplanung
Gymnasien - am 29.6.2021**

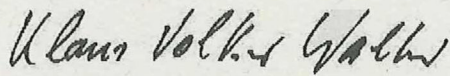
Zum Tagesordnungspunkt Schulentwicklungsplan 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien - beantragt die FDP-Fraktion:

1. Die Gymnasien PPR und GAM werden sofort am Standort GAM zusammengelegt.
2. Die Realschule auf der Morgenröthe und die Realschule am Oberen Schloss werden am Schulstandort Rosterberg zu einer fünfzügigen Realschule der Stadt Siegen zusammengelegt. Das Verfahren wird mit den Schulen abgesprochen.
3. Die Zügigkeit der Gymnasien wird auf 10 festgesetzt.
4. Die Schulstandorte Oberes Schloss und Spandauer Grundschule/Rot-Weiß Schule (natürlich nach dem anstehenden Umzug in das Gebäude am Häusling) werden als Schulstandort aufgegeben.
5. Über die Errichtung einer vierten Gesamtschule wird frühestens in zwei Jahren entschieden, wenn die folgenden Punkte sich stabilisiert/etabliert haben: Eine Sekundarstufe II an der Gesamtschule am Schießberg ist stabil, das Schulzentrum Netphen ist ausgebaut, die Gesamtschule Freudenberg ist ausgebaut und die Überlegungen zu einem weiteren Gymnasium in privater Trägerschaft sind geklärt.

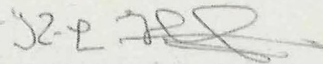
Begründung:

Die von der Bezirksregierung geforderten schulorganisatorischen Maßnahmen müssen unserer Meinung nach die gesamte Schullandschaft stabilisieren und dürfen nicht dazu führen, dass in einem Jahr wieder alles geändert werden soll. Wir lehnen eine Teilstandort-Lösung für Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen, egal ob vertikal oder horizontal, entschieden ab. Was bei Gesamtschulen aufgrund der Schulstruktur funktioniert, ist nicht auf andere Schulformen übertragbar. Wir halten daher den Verwaltungsvorschlag für unbrauchbar und stehen auf der Seite des Löhrtor-Gymnasiums. Eine Teilstandortlösung würde fundamental in die bisherige Schulkonzeption eingreifen und würde das bisherige erfolgreiche Konzept gefährden.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionsvorsitzender



Kevin-Lee Hörnberger
Ausschussmitglied

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

| | |
|-------------------------|-----------------------|
| Antragsteller/in | FDP- Fraktion |
| Eingang | 28.06.2021 |
| Federführend | GB 5, Abt. 5/4 |

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/25 Teilplanung Gymnasien
3. Änderungsantrag der FDP- Fraktion

**Fraktion im Rat der
Universitätsstadt Siegen**

Rathaus Siegen / Haus Seel

57072 Siegen

Tel. 0271-404-1537

Siegen; 29.6.2021

| | |
|--------------------------|-----------|
| EINGANG BÜRGERMEISTER | |
| 28. Juni 2021 | |
| CB | PR |
| Abt. | INSTITUTE |

**3. Änderungsantrag zum TOP Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025 - Teilplanung
Gymnasien - am 29.6.2021**

Zum Tagesordnungspunkt Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien - beantragt die FDP-Fraktion:

Das Gymnasium am Löhrtor wird am eigenen Standort vierzünftig ausgebaut.

Begründung:

Seit dem Schuljahr 2012/2013 und der Neuausrichtung des Gymnasiums stiegen die Anmeldezahlen und es gibt einen seit nunmehr 9 Jahren anhaltenden Elternwillen, die eigenen Kinder auf dieses Gymnasium zu schicken. Die Schule hat sich auf den Weg gemacht und will ehemalige Klassenräume reaktivieren. Zudem gibt es ungenutzte Potentiale am Standort selbst, die durch bauliche Maßnahmen in Klassenräume umgewandelt werden können. Im Zuge der Umstrukturierung der Schullandschaft wollen wir den Anmeldezahlen Rechnung tragen und den anhaltenden Ablehnungen an diesem Gymnasium ein Ende machen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Volker Walter
Fraktionsvorsitzender

Kevin-Lee Hörnberger
Kevin-Lee Hörnberger
Ausschussmitglied

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Schulen
Bearbeitet von: M. Schumacher, C. Uhr

Siegen, 16.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

| | |
|---|-------------------|
| Ausschuss für Schule und Bildung | 29.06.2021 |
| Haupt- und Finanzausschuss | 01.09.2021 |
| Rat | 22.09.2021 |

Kurzbezeichnung:

Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien -

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die nachstehenden Maßnahmen.

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 nicht mehr teil. Die Schule wird zum Schuljahresende 2021/2022 (31.07.2022) geschlossen und ab dem 01.08.2022 übergangsweise als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor, Oranienstraße 27, 57072 Siegen, geführt.
2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.
3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge, je 4 Züge am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und Gymnasium Am Löhrtor sowie 2 Züge am Gymnasium Auf der Morgenröthe, festgelegt.

Für die schulorganisatorischen Maßnahmen nach Ziff. 1 und 3 ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG einzuleiten.

Sachverhalt / Begründung:**Ausgangssituation**

Mit der Veröffentlichung der Schülerzahlenprognose im Rahmen der Schulentwicklungsplanung 2020/2021 – 2024/2025 (Vorlage Nr. 3146/2020) wurde dargestellt, dass für die städtischen Gymnasien zu prüfen ist, wie diese zu gleichmäßig ausgelasteten und stabilen, möglichst mindestens drei Züge umfassenden, Schulsystemen ausgebaut werden können, um so ein insgesamt zukunftsfähiges, wohnortnahes Angebot dieser Schulform zu sichern.

In dieser Vorlage sollen nun die Prüfergebnisse für die städtischen Gymnasien vorgestellt werden.

Mindestgröße

Gymnasien müssen in der Sekundarstufe I nach § 82 Abs. 6 SchulG bei der Errichtung mindestens drei Parallelklassen pro Jahrgang haben, bei der Fortführung mindestens zwei Parallelklassen. Ein Gymnasium kann bei Unterschreitung der Mindestgröße fortgeführt werden, wenn sich aus der Schulentwicklungsplanung ergibt, dass dies im Planungszeitraum nur vorübergehend der Fall ist und den Schülerinnen und Schülern der Weg zu einem anderen Gymnasium mit mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang nicht zugemutet werden kann.

In der gymnasialen Oberstufe ist gemäß § 82 Abs. 8 SchulG eine Jahrgangsbreite von mindestens 42 Schülerinnen und Schülern im ersten Jahr der Qualifikationsphase erforderlich. Das Ministerium kann Ausnahmen von dieser Mindestgröße zulassen.

- ➔ Die rechtlich vorgeschriebene Mindestgröße in der Sekundarstufe I wird mit der Bildung von jeweils mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang an allen vier städtischen Gymnasien eingehalten. Gleiches gilt für die Mindestgröße der Sekundarstufe II.

Klassenbildung

Der Klassenfrequenzrichtwert in der Sekundarstufe I des Gymnasiums beträgt gemäß § 6 Abs. 5 der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) 27. Es gilt die Bandbreite 25 bis 29.

Werden rechnerisch pro Parallelklasse mindestens zwei Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf aufgenommen und im Durchschnitt aller Parallelklassen die Bandbreite eingehalten, kann die Bandbreite in Klassen des Gemeinsamen Lernens unterschritten werden.

Über- oder Unterschreitungen der Bandbreite sind unter den in § 6 Abs. 5 der Verordnung genannten Bedingungen möglich.

Im Gebiet eines Schulträgers sollen in Schulen einer Schulform nach § 6 Abs. 7 S. 1 VO zu § 93 Abs. 2 SchulG unter Beachtung des Klassenfrequenzrichtwertes möglichst gleich starke Klassen gebildet werden.

Der Klassenfrequenzrichtwert in der gymnasialen Oberstufe (Gymnasium, Gesamtschule) beträgt 19,5. Grundkurse und Leistungskurse dürfen nur in dem Maße gebildet werden, dass die durchschnittliche Teilnehmerzahl dieser Kurse in der gymnasialen Oberstufe diesen Wert nicht unterschreitet.

- ➔ In den letzten fünf Schuljahren sowie dem aktuellen Schuljahr 2020/2021 fielen bzw. fallen die durchschnittlichen Klassengrößen teils sehr unterschiedlich aus. Für die Jahrgangsstufen 5, 7 und 9 werden sie nachfolgend jeweils zum Stand der Schulstatistik (amtliche Haupterhebung zum 15.10. eines Jahres) dargestellt.

Jahrgangsstufe 5

| Schuljahr | Ø Klassengröße | FJM | GAL | GAM | PPR |
|-----------|----------------|------|------|------|------|
| 2015/2016 | 28,7 | 29,3 | 30,3 | 24,5 | 29,3 |
| 2016/2017 | 27,8 | 28,3 | 29,0 | 29,0 | 25,3 |
| 2017/2018 | 27,8 | 28,7 | 28,7 | 30,0 | 24,7 |
| 2018/2019 | 28,2 | 28,3 | 30,0 | 30,5 | 24,7 |
| 2019/2020 | 27,3 | 27,0 | 30,3 | 26,5 | 24,0 |
| 2020/2021 | 27,6 | 26,3 | 30,7 | 27,3 | 25,5 |

| | | |
|------------|-----------|------|
| unter | innerhalb | über |
| Bandbreite | | |

Jahrgangsstufe 7

| Schuljahr | Ø Klassengröße | FJM | GAL | GAM | PPR |
|-----------|----------------|------|------|------|------|
| 2015/2016 | 26,0 | 26,7 | 29,0 | 27,5 | 21,3 |
| 2016/2017 | 27,0 | 26,7 | 26,0 | 31,5 | 25,7 |
| 2017/2018 | 26,4 | 25,3 | 28,7 | 24,0 | 26,7 |
| 2018/2019 | 25,5 | 24,3 | 28,3 | 28,5 | 22,0 |
| 2019/2020 | 25,7 | 24,0 | 24,3 | 29,5 | 26,5 |
| 2020/2021 | 26,8 | 27,3 | 29,3 | 30,5 | 21,3 |

Jahrgangsstufe 9

| Schuljahr | Ø Klassengröße | FJM | GAL | GAM | PPR |
|-----------|----------------|------|------|------|------|
| 2015/2016 | 26,3 | 25,3 | 27,5 | 28,5 | 25,3 |
| 2016/2017 | 27,8 | 29,3 | 29,5 | 23,7 | 29,3 |
| 2017/2018 | 25,7 | 25,3 | 28,7 | 26,5 | 22,7 |
| 2018/2019 | 25,1 | 24,3 | 23,0 | 31,0 | 24,7 |
| 2019/2020 | 24,1 | 25,0 | 26,7 | 22,0 | 22,0 |
| 2020/2021 | 26,6 | 24,3 | 26,7 | 30,0 | 26,5 |

* Nach dem ehemals geltenden Klassenfrequenzrichtwert von 28 sowie einer Bandbreite von 26 bis 30.

Die Vorgabe, an Schulen einer Schulform im Gebiet eines Schulträgers möglichst gleich starke und dem Klassenfrequenzrichtwert von 27 entsprechende Klassen zu bilden, wurde und wird insofern verfehlt.

Wegen Anmeldezahlen, welche die Bandbreite unterschritten, waren am Gymnasium Auf der Morgenröthe und dem Peter-Paul-Rubens-Gymnasium teils ausschließlich in enger Abstimmung bzw. mit Duldung der Bezirksregierung Arnsberg Eingangsklassenbildungen möglich. Nachstehend werden die Anmeldeverfahren aufgeführt, bei denen auch bis zum Schuljahresbeginn (Stand jeweilige Schulstatistik) keine ausreichende Schülerzahl für die Einhaltung der Bandbreite zusammen kam.

| Schuljahr | GY Auf der Morgenröthe | Peter-Paul-Rubens-GY |
|-----------|---|---|
| 2015/2016 | < 50 Anmeldungen, aber 2 Eingangsklassen | |
| 2017/2018 | | < 75 Anmeldungen, aber 3 Eingangsklassen |
| 2018/2019 | | < 75 Anmeldungen, aber 3 Eingangsklassen |
| 2019/2020 | | < 50 Anmeldungen, aber 2 Eingangsklassen |

Zügigkeiten und Aufnahmekapazitäten

Gemäß § 81 Abs. 1 SchulG sind Gemeinden, die Schulträgeraufgaben erfüllen, verpflichtet, durch schulorganisatorische Maßnahmen angemessene Klassen- und Schulgrößen zu gewährleisten. Sie legen hierzu die Schulgrößen fest. Zudem stellen sie sicher, dass in den Schulen Klassen nach den Vorgaben des Ministeriums (§ 93 Abs. 2 Nr. 3) gebildet werden können.

- ➔ Die vier städtischen Gymnasien sind auf insgesamt 12 Züge festgelegt. Innerhalb der Bandbreite ergibt sich für 12 Züge eine Aufnahmekapazität von 300 bis 348 Schüle-

rinnen und Schülern. Auf die einzelnen Schulen verteilen sich die Züge und die damit einhergehende Aufnahmekapazität wie folgt.

| Schule | Zügigkeit | Aufnahmekapazität | | |
|-----------|-----------|----------------------|-------------------------------|-----------------|
| | | innerhalb Bandbreite | nach Klassenfrequenzrichtwert | über Bandbreite |
| FJM | 4 | 100 – 116 | 108 | 120 |
| GAL | 3 | 75 – 87 | 81 | 93 |
| GAM | 2 | 50 – 58 | 54 | 62 |
| PPR | 3 | 75 – 87 | 81 | 93 |
| Insgesamt | 12 | 300 – 348 | 324 | 368 |

Tatsächlich wurden in den letzten Anmeldeverfahren jeweils nur 11 Eingangsklassen gebildet. Diese verfügten über eine Aufnahmekapazität für 275 bis 319 Schülerinnen und Schüler innerhalb der Bandbreite (nach Klassenfrequenzrichtwert: 297; über Bandbreite: 341).

Eine Ausnahme stellt hier das Schuljahr 2019/2020 dar, in welchem abweichend 10 Eingangsklassen eingerichtet wurden.

In den 11 bzw. 10 Eingangsklassen der Jahrgangsstufe 5 wurden die nachstehenden Schülerzahlen beschult.

| Schuljahr | Insgesamt | Eingangsklassen | Ø Klassengröße |
|-----------|-----------|-----------------|----------------|
| 2015/2016 | 316 | 11 | 28,7 |
| 2016/2017 | 306 | 11 | 27,8 |
| 2017/2018 | 306 | 11 | 27,8 |
| 2018/2019 | 310 | 11 | 28,2 |
| 2019/2020 | 273 | 10 | 27,3 |
| 2020/2021 | 304 | 11 | 27,6 |

Schulformempfehlungen und Schulformwunsch

Nach § 11 Abs. 5 SchulG erstellt die Grundschule mit dem Halbjahreszeugnis der Klasse 4 auf der Grundlage des Leistungsstands, der Lernentwicklung und der Fähigkeit der Schülerin oder des Schülers eine zu begründende Empfehlung für die Schulform, die für die weitere schulische Förderung geeignet erscheint. Ist ein Kind nach Auffassung der Grundschule für eine weitere Schulform mit Einschränkungen geeignet, wird diese auch mit dem genannten Zusatz benannt.

Über den weiteren Bildungsgang ihres Kindes in der Sekundarstufe I entscheiden die Eltern nach Beratung durch die Grundschule.

- ➔ Die zu den Schuljahren 2017/2018 bis 2021/2022 an den städtischen Gymnasien angemeldeten Kinder erhielten mit dem Halbjahreszeugnis der Klasse 4 die nachstehenden Schulformempfehlungen.

| Schuljahr | HS / GE / SK | RS mit Einschränkungen | RS / GE / SK | GY mit Einschränkungen | GY / GE / SK | ohne Angabe | Gesamt |
|-----------|--------------|------------------------|--------------|------------------------|--------------|-------------|--------|
| 2017/2018 | 4 | 3 | 58 | 40 | 195 | 4 | 304 |
| 2018/2019 | 1 | 4 | 44 | 53 | 203 | 7 | 312 |
| 2019/2020 | 2 | 5 | 38 | 50 | 168 | 4 | 267 |
| 2020/2021 | 2 | 2 | 40 | 45 | 207 | 5 | 301 |
| 2021/2022 | | 5 | 25 | 51 | 218 | 3 | 302 |

Wäre die Schulformempfehlung bindend und Eltern in der Schulformwahl nicht frei, würden an den städtischen Gymnasien pro Schuljahr etwa ein bis zwei Züge weniger gebildet.

Bei den Anmeldungen zu den städtischen Gymnasien handelt es sich zu 97,7 bis 99,7 Prozent um Schülerinnen und Schüler, die sich unmittelbar für die Schulform Gymnasium entschieden haben.

| Schuljahr | 1. Wahl Gymnasium | | 1. Wahl Gesamtschule 2. Wahl Gymnasium | | Gesamt |
|-----------|----------------------|------|---|------|--------|
| | SuS | in % | SuS | in % | |
| 2017/2018 | 297 | 97,7 | 7 | 2,3 | 304 |
| 2018/2019 | 304 | 99,7 | 1 | 0,3 | 305 |
| 2019/2020 | 263 | 98,5 | 4 | 1,5 | 267 |
| 2020/2021 | 295 | 98,0 | 6 | 2,0 | 301 |
| 2021/2022 | 297 | 98,3 | 5 | 1,7 | 302 |

Schülerinnen und Schüler, die von einer Siegener Grundschule eine Schulformempfehlung für das Gymnasium oder eine eingeschränkte Empfehlung für das Gymnasi-

um erhalten, jedoch nicht zu den städtischen Gymnasien angemeldet wurden, haben sich wie folgt entschieden.

| Schuljahr | Gymnasien anderer Träger | Gesamtschulen | Realschulen | Sekundarschulen | Wegzug | ohne Angabe | Gesamt |
|-----------|--------------------------|---------------|-------------|-----------------|--------|-------------|--------|
| 2017/2018 | 69 | 80 | 8 | 2 | 1 | | 160 |
| 2018/2019 | 74 | 69 | 20 | 1 | 3 | 4 | 171 |
| 2019/2020 | 58 | 73 | 8 | 5 | 3 | | 147 |
| 2020/2021 | 61 | 55 | 16 | 3 | 2 | 1 | 138 |
| 2021/2022 | 64 | 72 | 11 | 3 | 2 | | 152 |

Herkunftsorte

Der Schulträger kann gemäß § 46 Abs. 6 SchulG festlegen, dass Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform im Sinne des § 10 besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.

- ➔ An den Siegener Gymnasien wurden und werden neben den Schülerinnen und Schülern aus dem eigenen Stadtgebiet auch Schülerinnen und Schüler beschult, die in ihrer eigenen Gemeinde ein Gymnasium besuchen könnten.

| Schuljahr | Siegen | Burbach | Freudenberg | Kreuztal | Netphen | Wilnsdorf | Kreis AK | Sonstige | Gesamt |
|-----------|--------|---------|-------------|----------|---------|-----------|----------|----------|--------|
| 2017/2018 | 237 | 1 | 26 | 7 | 5 | 12 | 18 | | 306 |
| 2018/2019 | 247 | | 29 | 3 | 1 | 10 | 20 | | 310 |
| 2019/2020 | 220 | | 21 | 2 | 4 | 3 | 22 | 1 | 273 |
| 2020/2021 | 245 | | 24 | 3 | 1 | 3 | 27 | 1 | 304 |
| 2021/2022 | 245 | 2 | 23 | 7 | 4 | 2 | 19 | 1 | 303 |

Wären in den oben aufgeführten Schuljahren vorrangig oder gar ausschließlich Schülerinnen und Schüler mit Wohnort Siegen sowie aus Nachbarkommunen, die kein eigenes Gymnasium vorhalten, aufgenommen worden, würden an den städtischen Gymnasien etwa ein bis zwei Züge weniger gebildet.

Zusammenfassung

In den Anmeldeverfahren der Siegener Gymnasien werden grundsätzlich Eingangsklassen unterhalb der festgelegten Zügigkeit von 12 Zügen gebildet.

Die Verteilung der Anmeldezahlen auf die vier Schulen fällt unterschiedlich aus und lässt zumeist nicht die Einrichtung von Eingangsklassen entsprechend der für die einzelne Schule festgelegten Zügigkeit zu. Teils kann die Einrichtung von Eingangsklassen wegen Unterschreitung der Bandbreite nur in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg vorgenommen werden.

Insofern zeigen sich, trotz der Vorgabe, möglichst gleich starke Klassen zu bilden, deutliche Unterschiede bei den durchschnittlichen Klassengrößen der Eingangsklassen und den Klassen in den höheren Jahrgangsstufen.

Mit der Begrenzung der Beschulungsorte als auch der Zügigkeit soll diesen Punkten entgegengesteuert werden, d.h. die städtischen Gymnasien zu einem gleichmäßig ausgelasteten Schulsystem umgebaut werden.

Bei einer Auflösung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums werden mit den Gymnasien Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium, Gymnasium Am Löhrtor und Gymnasium Auf der Morgenröthe weiterhin wohnortnahe Schulangebote in allen drei Planungsbereichen Siegen-Nord, -Mitte und -Süd vorgehalten.

Die im Übergang vorgesehene Fortführung als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor ermöglicht, dass – je nach Organisation des Schulverbundes – ein Teil oder gar alle Schülerinnen und Schüler des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums den ihnen bekannten und in den Anmeldeverfahren der Schuljahre 2017/2018 bis 2021/2022 gewählten Standort weiterhin besuchen können.

Die Auflösung eines Gymnasiums und Konzentrierung auf dann drei Gymnasien muss räumlich bedingt mit einer Begrenzung der Zügigkeit auf insgesamt 10 Züge einhergehen. Durch die Festlegung gemäß § 46 Abs. 6 SchulG, also einer vorrangigen Aufnahme von gemeindeeigenen Schülerinnen und Schülern sowie Kindern aus Nachbarkommunen ohne Gymnasium im Falle von Aufnahmeüberhängen, dürfte für ebendiese Schülergruppen eine ausreichende Anzahl von Schulplätzen in den dann 10 Zügen gegeben sein.

Ausblick

Seitens der Verwaltung wird die Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule insbesondere mit Blick auf die Punkte Schülerpotential, Standorte und Projekt- / Zeitplan geprüft.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

| | | | | |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|
| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objektbezogene Einzahlungen | Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|

Veranschlagung

| | | | | |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> im Finanzplan | <input type="checkbox"/> im Ergebnisplan | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|

Klimaschutz

| | | | |
|--|--|---|--|
| Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf | Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung | Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt | Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja |
| Erläuterung Klimarelevanz | | | |
| Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) | | | |

gez.

A. Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.



Ausschuss für Schule und Bildung

29. Juni 2021



Beschlussvorschlag 1

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 nicht mehr teil.

Prüfauftrag zu Ziff. 1

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Entscheidung im Rat zu prüfen, inwiefern sich die beabsichtigte Vierzügigkeit des Gymnasiums Am Löhrtor im eigenen Schulgebäude (Oranienstraße 27, 57072 Siegen) – genehmigungsfähig durch die Schulaufsicht – verwirklichen lässt.

Möglicher Beschlussvorschlag aus dem Prüfauftrag zu Ziff. 1

- a. Sollte dies der Fall sein, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen vorgeschlagen, das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium ab dem Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022) sukzessive aufzulösen.

Möglicher Beschlussvorschlag aus dem Prüfauftrag zu Ziff. 1

- b. Sofern sich die beabsichtigte Vierzügigkeit des Gymnasiums Am Löhrtor nicht im eigenen Schulgebäude (Oranienstraße 27, 57072 Siegen) verwirklichen lässt, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen vorgeschlagen, das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium zum Schuljahresende 2021/2022 (31.07.2022) zu schließen und ab dem 01.08.2022 übergangsweise als Teilstandort des Gymnasiums Am Löhrtor zu führen.

Beschlussvorschlag 2 – unverändert

2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.

Beschlussvorschlag 3

3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge festgelegt.

Prüfauftrag zu Ziff. 3

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Entscheidung im Rat zu prüfen, inwiefern sich eine durch die Schulaufsicht genehmigungsfähige Dreizügigkeit im Übergang im Bestandsgebäude des Gymnasiums Auf der Morgenröthe verwirklichen lässt.

Möglicher Beschlussvorschlag aus dem Prüfauftrag zu Ziff. 3

- a. Sollte dies nicht möglich sein, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen vorgeschlagen, je 4 Züge für das Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und das Gymnasium Am Löhrtor sowie 2 Züge für das Gymnasium Auf der Morgenröthe festzulegen.

Möglicher Beschlussvorschlag aus dem Prüfauftrag zu Ziff. 3

- b. Sofern sich eine Dreizügigkeit des Gymnasiums Auf der Morgenröthe im Übergang im Bestandsgebäude verwirklichen lässt, wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen die nachstehende Verteilung der Zügigkeit vorgeschlagen.

| | |
|-------------------------------|--------|
| Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium | 3 Züge |
| Gymnasium Am Löhrtor | 4 Züge |
| Gymnasium Auf der Morgenröthe | 3 Züge |

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: 5/2-4 Kostenbeiträge
Bearbeitet von: Fadia Taha

Siegen, 07.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

| | |
|---|-------------------|
| Rat | 23.06.2021 |
| Ausschuss für Schule und Bildung | 29.06.2021 |
| Jugendhilfeausschuss | 01.07.2021 |

Kurzbezeichnung:

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Elternbeitragssatzung)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Beratungen des Jugendhilfeausschusses und des Ausschuss für Schul- und Bildungswesen, die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen zum 01.08.2021 laut Anlage.

Sachverhalt / Begründung:

Die Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen wurde zuletzt mit Wirkung zum 01.08.2020 durch Beschluss des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 24.06.2020 erlassen. In der Anlage wird Neu- und Altfassung gegenüber gestellt, Änderungen sind rot markiert.

Neben den redaktionellen Änderungen und gesetzlichen Anpassungen weise ich besonders auf folgende Änderungen hin:

- Wegfall der ausführlichen Präambel - die vorstehend formulierte Präambel nimmt Bezug auf gesetzliche Grundlagen in der derzeit geltenden Fassung. Die Alternative ist im Gegensatz dazu bewusst weniger ausführlich und umfänglich und für den Beitragspflichti-

gen verständlicher. Eine Präambel wie vorher verfasst ist juristisch nicht zwingend und vermeidet damit Fehlerquellen oder Erklärungsnotwendigkeiten bei (erneuter) Änderung einer der o. g. gesetzlichen Grundlagen (und Erlassregelungen).

- § 2 Abs. 1b – nähere Erläuterung zu dem Angebot Tagestickets – mit Einführung sozialer Staffelung. Demnach wären Beitragspflichtige mit einem Jahresbruttoeinkommen unter 30.000,- € von den Kosten der Tagestickets befreit. Bei einem Jahreseinkommen über 30.000,- € bleiben die Regelungen zur Beitragserhebung wie vorher auch. Das Tagesticket im Rahmen der anderen Betreuungsform in Offenen Ganztagsschulen kostet pro Monat demnach zusätzlich 25,00 € für einen Nachmittag und 50,00 € für zwei Nachmittage.
- § 3 Abs. 1 betrifft den beitragspflichtigen Personenkreis. Nach jüngster Rechtsprechung ist der beitragspflichtige Personenkreis in Satzungen klarer zu definieren. Auch gilt nach jüngster Rechtsprechung, dass bei Elternteilen nicht mehr das Einkommen des neuen Partners in eheähnlicher Gemeinschaft heranzuziehen ist.
- § 3 Abs. 3 wurde gestrichen, da die Regelung in der Satzung nicht notwendig ist und gem. § 49 Abs. 1 KiBiz die Ermächtigungsgrundlage zur Forderung des Interkommunalen Ausgleichs aufgeführt ist. Weiterhin betrifft der Interkommunale Ausgleich nicht die Beitragspflichtigen an sich, sondern der Kostenausgleich unter den Kommunen selbst.
- § 7 Abs. 6 einfachere Formulierung für den Kreis der Beitragspflichtigen. Im Bereich der Kostenbeitragserhebung spielt dieser Punkt lediglich für die Ferienbetreuung eine Rolle, da der Kostenbeitrag im Falle der Ferienbetreuung immer erhoben wird. In den restlichen Fällen sind Familien mit mind. 3 Kindern beitragsfrei.
- Einführung des § 9 zur Geschwisterkindregelung (vorher § 9 Abs. 6) – Hiermit wurde zum einen der ursprüngliche § 9 zur Beitragsfreiheit entzerrt. Gleichzeitig dient es den Beitragspflichtigen zur besseren Übersicht und Darstellung welche Regelungen im Falle von Geschwistern im Stadtgebiet gelten.
- § 10 (vorher § 9) zur Beitragsfreiheit - Abs. 5 wurde auf Abs. 1 vorgezogen, da diese die allgemeinen Beitragsbefreiungen beinhalten.
- § 10 Abs. 2 wurde neu eingeführt für Eltern mit Wechselmodell.
- § 10 Abs. 3 bis 6 vorher § 9 Abs. 1 – 4
- § 13 – neu eingeführt und betrifft die allgemein geltenden Verjährungsfristen.
- § 14 – neu eingeführt und betrifft die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrens
- § 15 – neu eingeführt und betrifft die Bestimmungen des Vollstreckungsverfahrens

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

| | | | | |
|---|-----------------------|--------------------------|--|---|
| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objektbezogene Einzahlungen | Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. |
| geringere Einnahmen i.H.v. ca. 30.000 € | | | | |

Veranschlagung

| | | | | |
|--|---|-------------------------------|--|---|
| <input type="checkbox"/> im Finanzplan | <input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2021 | <input type="checkbox"/> Nein | <input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 1.250.000 € | Kostenträger/ Investitionscode 06020100 Sachkonto 4321100 |
|--|---|-------------------------------|--|---|

Klimaschutz

| Klimarelevanz | Veränderungen CO ₂ -Emissionen | Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen | Bestehen alternative Handlungsoptionen? |
|---|--|--|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf | <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung | <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt | <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja |
| Erläuterung Klimarelevanz | | | |
| Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) | | | |

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt

Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [SYNOPSE Satzungsentwurf 2021 Elternbeiträge](#)

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| Satzung vom 24.06.2020 | Satzungsentwurf NEU |
|---|--|
| <p>Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b), des § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 36 vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2652), des § 9 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 2005 (GV. NRW. S. 102/SGV NRW 223), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Juli 2019 (GV.NRW. S. 331), des Artikels 1 des Gesetzes zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung vom 3. Dezember 2019 - Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) - Sechstes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - (§§ 50, 51 KiBiz NRW)(GV. NRW. 2019 Nr. 27 vom 13. Dezember 2019, S. 877), in Kraft ab 1. August 2020, der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712 / SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2019 (GV. NRW. S. 1029), und der Runderlasse des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I" vom 23. Dezember 2010 (ABl.NRW.01/11 S. 38, berichtigt 02/11 S.85), zuletzt geändert durch Runderlass vom 13. Dezember 2018 (ABl.NRW. 01/19), und "Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich" vom 12. Februar 2003 (ABl. NRW. S. 43), zuletzt geändert durch Runderlass vom 13. Dezember 2018 (ABl.NRW 01/19), hat der Rat der Universitätsstadt Siegen in seiner Sitzung am 24. Juni 2020 folgende Satzung beschlossen:</p> | <p>Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916), des § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 4 Absatz 6 vom 12. Februar 2021 (BGBl. I S. 226), des § 9 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 2005 (GV. NRW. S. 102/SGV NRW 223), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. September 2020 (GV.NRW. S. 890), des Artikels 1 des Gesetzes zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung vom 3. Dezember 2019 — Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz — KiBiz) — Sechstes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch — (§§ 50, 51 KiBiz NRW)(GV. NRW. 2019 Nr. 27 vom 13. Dezember 2019, S. 877), in Kraft ab 1. August 2020, der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712 / SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2019 (GV. NRW. S. 1029), und der Runderlasse des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes NRW "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I" vom 23. Dezember 2010 (ABl. NRW. 01/11 S. 38, berichtigt 02/11 S. 85), zuletzt geändert durch Runderlass vom 13. Dezember 2018 (ABl. NRW. 01/19), und "Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich" vom 12. Februar 2003 (ABl. NRW. S. 43), zuletzt geändert durch Runderlass vom 13. Dezember 2018 (ABl. NRW. 01/19), hat der Rat der Universitätsstadt Siegen in seiner Sitzung am folgende Satzung beschlossen:</p> <p>Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat in seiner Sitzung am 2021 folgende Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) beschlossen:</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

§ 1

Allgemeines

(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in

1. Kindertagespflege nach den §§ 22, 23, 24 SGB VIII (KJHG), § 1 Absatz 1, § 2 Absätze 2, 3, §§ 21 bis 23 KiBiz NRW
2. Tageseinrichtungen für Kinder nach den §§ 22, 22a, 24 SGB VIII (KJHG), § 1 Absatz 1, § 2 Absätze 2, 3 KiBiz NRW
3. außerunterrichtlichen Angeboten für Schülerinnen und Schüler in Grundschulen nach § 24 Absatz 4 SGB VIII (KJHG), § 9 Absatz 2 und 3 SchulG NRW, 51 Absatz 4 KiBiz NRW, Ziffer 8 des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung "Gebundene und offene Ganztagschulen so-wie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I (offene Ganztagschule (Grund- und Förderschulen)" im Gebiet der Universitätsstadt Siegen

erhebt diese von den jeweils Beitragspflichtigen in monatlichen Teilbeträgen zu entrichtende, sozial gestaffelte öffentlich-rechtliche Kostenbeiträge (nachfolgend Elternbeitrag genannt) zur Mitfinanzierung der in großem Umfang öffentlich finanzierten (Jahres-) Betriebskosten der jeweiligen, in Anspruch genommenen Tagesbetreuung. Die Elternbeiträge haben die Funktion eines die staatliche Leistungsgewährung reduzierenden Minderungspostens; sie sind nicht kein Bestandteil des Familienleistungsausgleichs zur Abfederung kinderbedingter Belastungen.

(2) Voraussetzung für die Inanspruchnahme einer Tagesbetreuung im Sinne des Absatzes 1 ist der Abschluss eines privatrechtlichen Betreuungsvertrages mit dem Einrichtungs- bzw. Angebotsträger der Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen oder in einer durch die Universitätsstadt Siegen - Jugendamt (nachfolgend Jugendamt genannt) - vermittelten Kindertagespflegestelle.

§ 1

Allgemeines

(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in

1. Kindertagespflege nach den §§ 22, 23, 24 SGB VIII (KJHG), § 1 Absatz 1, § 2 Absätze 2, 3, §§ 21 bis 23, § 51 Abs. 1 KiBiz NRW
2. Tageseinrichtungen für Kinder nach den §§ 22, 22a, 24 SGB VIII (KJHG), § 1 Absatz 1, § 2 Absätze 2, 3, §§ 25 bis 31, § 51 Abs. 1 KiBiz NRW
3. außerunterrichtlichen Angeboten für Schülerinnen und Schüler in Grundschulen nach § 24 Absatz 4 SGB VIII (KJHG), § 9 Absatz 2 und 3 SchulG NRW, 51 Absatz 4 5 KiBiz NRW, Ziffer 8 des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Bildung "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I" (offene Ganztagschule, Grund- und Förderschulen) im Gebiet der Universitätsstadt Siegen

erhebt diese von den jeweils Beitragspflichtigen in monatlichen Teilbeträgen zu entrichtende, sozial gestaffelte, öffentlich-rechtliche Kostenbeiträge (nachfolgend Elternbeitrag genannt) zur Mitfinanzierung der in großem Umfang öffentlich finanzierten (Jahres-) Betriebskosten der jeweiligen, in Anspruch genommenen Tagesbetreuung. Die Elternbeiträge haben die Funktion eines die staatliche Leistungsgewährung reduzierenden Minderungspostens; sie sind nicht kein Bestandteil des Familienleistungsausgleichs zur Abfederung kinderbedingter Belastungen.

(2) Voraussetzung für die Inanspruchnahme einer Tagesbetreuung im Sinne des Absatzes 1 ist der Abschluss eines privatrechtlichen Betreuungsvertrages mit dem Einrichtungs- bzw. Angebotsträger der Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen oder in einer durch die Universitätsstadt Siegen - Jugendamt (nachfolgend Jugendamt genannt) - vermittelten Kindertagespflegestelle. Grundlage für die Erhebung von

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|--|--|
| <p>Grundlage für die Erhebung von Elternbeiträgen bei Kindertagespflege ist zusätzlich der Antrag und die Bewilligung der Betreuungsleistung durch das Jugendamt.</p> <p>(3) Die Elternbeiträge enthalten keine Verpflegungskosten. Hierfür kann der Träger des Tagesbetreuungsangebotes gemäß § 51 Absatz 3 KiBiz NRW bzw. gemäß Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I", Ziffer 8.4, bzw. im Rahmen des § 51 Absatz 1 Satz 5 KiBiz NRW die Tagespflegeperson ein gesondertes Entgelt verlangen. Weitere Teilnahme- oder Kostenbeiträge der Beitragspflichtigen an den Träger des Betreuungsangebots sind ausgeschlossen; keine Teilnahme- oder Kostenbeiträge sind nach § 51 Absatz 1 Satz 6 KiBiz NRW Mitgliederbeiträge für Elterninitiativen.</p> <p>(4) Zusätzlich zum Elternbeitrag für Tagesbetreuungsangebote nach Absatz 1 kann von den Beitragspflichtigen die Finanzierung der im Rahmen einer besonderen Aktion während der Ferienbetreuung an Grundschulen angefallenen Kosten (z. B. Eintrittskosten, Fahrtkosten) durch den Träger der Maßnahme verlangt werden.</p> | <p>Elternbeiträgen bei Kindertagespflege ist zusätzlich der Antrag und die Bewilligung der Betreuungsleistung durch das Jugendamt.</p> <p>(3) Die Elternbeiträge enthalten keine Verpflegungskosten. Hierfür kann der Träger des Tagesbetreuungsangebotes gemäß § 51 Absatz 3 KiBiz NRW bzw. gemäß Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I", Ziffer 8.4, bzw. im Rahmen des § 51 Absatz 1 Satz 5 KiBiz NRW die Tagespflegeperson ein gesondertes Entgelt verlangen. Weitere Teilnahme- oder Kostenbeiträge der Beitragspflichtigen an den Träger des Betreuungsangebots sind ausgeschlossen; keine Teilnahme- oder Kostenbeiträge sind nach § 51 Absatz 1 Satz 6 KiBiz NRW Mitgliederbeiträge für Elterninitiativen.</p> <p>(4) Zusätzlich zum Elternbeitrag für Tagesbetreuungsangebote nach Absatz 1 kann von den Beitragspflichtigen die Finanzierung der im Rahmen einer besonderen Aktion während der Ferienbetreuung an Grundschulen angefallenen Kosten (z. B. Eintrittskosten, Fahrtkosten) durch den Träger der Maßnahme verlangt werden.</p> |
| <p>§ 2 Bestimmungen für außerunterrichtliche Angebote</p> <p>(1) An den außerunterrichtlichen Angeboten können nur Schülerinnen und Schüler teilnehmen, an deren Schule ein entsprechendes Angebot besteht. Es werden nur Kinder aufgenommen, soweit freie Plätze vorhanden sind. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Aufnahme und den Besuch der Angebote. Der Maßnahmeträger und die Schulleitung entscheiden gemeinsam über die Aufnahme. Die außerunterrichtlichen Angebote und die Ferienbetreuung gelten als schulische Veranstaltung.</p> <p>(2) An den Grundschulen der Universitätsstadt Siegen sind folgende</p> | <p>§ 2 Bestimmungen für außerunterrichtliche Angebote</p> <p>(1) An den außerunterrichtlichen Angeboten können nur Schülerinnen und Schüler teilnehmen, an deren Schule ein entsprechendes Angebot besteht. Es werden nur Kinder aufgenommen, soweit freie Plätze vorhanden sind. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Aufnahme und den Besuch der Angebote. Der Maßnahmeträger und die Schulleitung entscheiden gemeinsam über die Aufnahme. Die außerunterrichtlichen Angebote und die Ferienbetreuung gelten als schulische Veranstaltung.</p> <p>(2) An den Grundschulen der Universitätsstadt Siegen sind folgende</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|--|---|
| <p>außerunterrichtliche Betreuungsangebote eingerichtet:</p> <p>a) In einer Offenen Ganztagschule im Primarbereich (§ 9 Absatz 3 SchulG NRW) nimmt ein Teil der Schülerinnen und Schüler der Schule an den außerunterrichtlichen Angeboten teil. Der Zeitrahmen Offener Ganztagschulen erstreckt sich unter Einschluss der allgemeinen Unterrichtszeit in der Regel an allen Unterrichtstagen von spätestens 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens aber bis 15.00 Uhr. Die Anmeldung zu diesen Angeboten bindet für die Dauer eines Schuljahres und verpflichtet in der Regel zur regelmäßigen Teilnahme an diesen Angeboten. Die Kosten ergeben sich aus Anlage C.a.</p> <p>b) Andere Betreuungsformen an einer Offenen Ganztagschule werden in der Regel als Vor- und Übermittagsbetreuung angeboten, in der Regel an allen Unterrichtstagen bis mindestens 13.00 Uhr. Bei Bedarf können Tagestickets für bis zu zwei Nachmittage gebucht werden, soweit dies von der Schule angeboten wird und Platz vorhanden ist. Die Kosten für Tagestickets ergeben sich aus Anlage C.d.1 und C.d.2.</p> <p>c) "Schule von acht bis eins" umfasst die Betreuung vor und nach dem Unterricht und die pädagogische Betreuung an allen Unterrichtstagen, in der Regel von 08.00 Uhr bis mindestens 13.00 Uhr. Für eine flexible Betreuung können auch Fünferkarten erworben werden. Die Kosten für "Schule von acht bis eins" ergeben sich aus Anlage C.d und für Fünferkarten aus Anlage C.d.1.</p> <p>d) "Dreizehn Plus" ist ein Ganztagsangebot an mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche in einem festen zeitlichen Rahmen in der Regel von 13.00 bis 15.00 Uhr, bei Bedarf auch länger. Es besteht die Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme an mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche bis mindestens 15.00 Uhr. Die Kosten für "Dreizehn Plus" ergeben sich aus Anlage C.b.</p> <p>e) Die "flexible Ganztagsbetreuung" umfasst die Betreuung vor dem Unterricht</p> | <p>außerunterrichtlichen Betreuungsangebote eingerichtet:</p> <p>a) In einer Offenen Ganztagschule im Primarbereich (§ 9 Absatz 3 SchulG NRW) nimmt ein Teil der Schülerinnen und Schüler der Schule an den außerunterrichtlichen Angeboten teil. Der Zeitrahmen Offener Ganztagschulen erstreckt sich unter Einschluss der allgemeinen Unterrichtszeit in der Regel an allen Unterrichtstagen von spätestens 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens aber bis 15.00 Uhr. Die Anmeldung zu diesen Angeboten bindet für die Dauer eines Schuljahres und verpflichtet in der Regel zur regelmäßigen Teilnahme an diesen Angeboten. Die Elternbeiträge ergeben sich aus Anlage C.a.</p> <p>b) Andere Betreuungsformen an einer Offenen Ganztagschule werden in der Regel als Vor- und Übermittagsbetreuung angeboten, in der Regel an allen Unterrichtstagen bis mindestens 13.00 Uhr. Schulen können zusätzlich auch Nachmittagsangebote anbieten, für die für maximal zwei Nachmittage pro Woche sogenannte Tagestickets gelöst werden können, wenn und soweit ein Betreuungsplatz vorhanden und frei ist. Der für diese Tagestickets zu leistende Elternbeitrag ergibt sich aus Anlage C.d.1 und C.d.2.</p> <p>c) "Schule von acht bis eins" umfasst die Betreuung vor und nach dem Unterricht und die pädagogische Betreuung an allen Unterrichtstagen, in der Regel von 08.00 Uhr bis mindestens 13.00 Uhr. Dieses Angebot wird von Schulen angeboten, die keine Offene Ganztagschule sind. Für eine flexible Betreuung können auch Fünferkarten erworben werden. Die Kosten Elternbeiträge für "Schule von acht bis eins" ergeben sich aus Anlage C.d und für Fünferkarten aus Anlage C.d.1.</p> <p>d) "Dreizehn Plus" ist ein Ganztagsangebot an mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche in einem festen zeitlichen Rahmen in der Regel von 13.00 bis 15.00 Uhr, bei Bedarf auch länger und wird von Schulen angeboten, die keine Offene Ganztagschule sind. Es besteht die Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme</p> |
|--|---|

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|--|---|
| <p>und die pädagogische Übermittagsbetreuung in der Regel von 08.00 Uhr bis mindestens 13.00 Uhr an allen Unterrichtstagen der Woche, sowie ein bis drei Nachmittage bis 15.00 Uhr, bei Bedarf auch länger, an Schulen, die keine Offene Ganztagschule sind. Welche(r) Nachmittag(e) gewünscht wird/werden, ist im Betreuungsvertrag festzulegen. Die Anmeldung ermöglicht die tägliche Teilnahme an der Vor- und Übermittagsbetreuung sowie der im Betreuungsvertrag festgelegten Nachmittagsbetreuung. Die Kosten für "flexible Ganztagsbetreuung" ergeben sich aus Anlage C.c.</p> <p>(3) Zusätzlich zu den außerunterrichtlichen Angeboten bieten Grundschulen, zum Teil bei Bedarf, Ferienbetreuung an. Für diese wird ein zusätzlicher Kostenbeitrag erhoben (Anlage C.e). Ein Anspruch auf Teilnahme an der Ferienbetreuung besteht nicht. Die Aufnahme erfolgt, soweit Plätze vorhanden sind. Die Aufnahmekriterien legt der Träger der Ferienbetreuung im Benehmen mit der Universitätsstadt Siegen fest. Grundschulkinder können auch an einer anderen als der eigenen Grundschule zur Betreuung angemeldet werden, sofern noch freie Plätze vorhanden sind. In den Sommerferien sollen bei entsprechendem Bedarf und verfügbaren Plätzen auch Kinder mit betreut werden, die nach den Ferien eingeschult werden oder die nach den Sommerferien eine weiterführende Schule besuchen.</p> | <p>an mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche bis mindestens 15.00 Uhr. Die Elternbeiträge für "Dreizehn Plus" ergeben sich aus Anlage C.b.</p> <p>e) Die "flexible Ganztagsbetreuung" umfasst die Betreuung vor dem Unterricht und die pädagogische Übermittagsbetreuung in der Regel von 08.00 Uhr bis mindestens 13.00 Uhr an allen Unterrichtstagen der Woche, sowie ein bis drei Nachmittage bis 15.00 Uhr, bei Bedarf auch länger, an Schulen, die keine Offene Ganztagschule sind. Welche(r) Nachmittag(e) gewünscht wird/werden, ist im Betreuungsvertrag festzulegen. Die Anmeldung ermöglicht die tägliche Teilnahme an der Vor- und Übermittagsbetreuung sowie der im Betreuungsvertrag festgelegten Nachmittagsbetreuung. Die Elternbeiträge für "flexible Ganztagsbetreuung" ergeben sich aus Anlage C.c.</p> <p>(3) Zusätzlich zu den außerunterrichtlichen Angeboten bieten Grundschulen, zum Teil bei Bedarf, Ferienbetreuung an. Ein Anspruch auf Teilnahme an der Ferienbetreuung besteht nicht. Die Aufnahme erfolgt, soweit Plätze vorhanden sind. Die Aufnahmekriterien legt der Träger der Ferienbetreuung im Benehmen mit der Universitätsstadt Siegen fest. Grundschulkinder können auch an einer anderen als der eigenen Grundschule zur Betreuung angemeldet werden, sofern noch freie Plätze vorhanden sind. In den Sommerferien sollen bei entsprechendem Bedarf und verfügbaren Plätzen auch Kinder mit betreut werden, die nach den Ferien eingeschult werden oder die nach den Sommerferien eine weiterführende Schule besuchen. Für die Ferienbetreuung wird ein zusätzlicher Elternbeitrag erhoben (Anlage C.e).</p> |
| <p>§ 3 Beitragspflichtiger Personenkreis</p> <p>(1) Beitragspflichtig sind die Personen, die mit dem Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt werden soll bzw. wird,</p> <p>1. eine Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 dieser Satzung und</p> | <p>§ 3 Beitragspflichtiger Personenkreis</p> <p>(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern im Sinne des § 1 Absatz 1 dieser Satzung sind folgende Personen beitragspflichtig, wenn und soweit das Kind mit ihnen zusammenlebt:</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|---|--|
| <p>damit eine in großem Umfang aus öffentlichen Mitteln finanzierte (Sozial-)Leistung in Anspruch nehmen, die das Kind in seiner Entwicklung zur eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern soll, und</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. die das alleinige oder - zusammen mit einem weiteren Elternteil - das gemeinsame Personensorgerecht haben oder erziehungsberechtigt im Sinne des § 7 Absatz 1 Nr. 6 SGB VIII sind (siehe auch § 1 Absatz 3 Satz 1 KiBiz NRW). <p>Hierzu zählen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Eltern bzw. die Elternteile, mit denen das Kind zusammenlebt, 2. ein Elternteil und dessen Ehegatte oder Ehegattin ("echte" Stieffamilie), mit denen das Kind zusammenlebt, 3. ein Elternteil und dessen Partnerin bzw. Partner in einer eheähnlichen Gemeinschaft, in der der Partnerin bzw. dem Partner einzelne Aufgaben der Personensorge zur Ausübung übertragen sind, mit denen das Kind zusammenlebt, 4. ein Elternteil und dessen Partner oder Partnerin in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, mit denen das Kind zusammenlebt (vgl. § 9 Absätze 1, 2 LPartG), 5. verheiratete gleichgeschlechtliche Paare im Sinne des § 1353 BGB, mit denen das Kind zusammenlebt (siehe Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Eheöffnungsgesetz) vom 18. Dezember 2018). <p>(2) Keine Beitragspflicht besteht, wenn das Kind in einer Tagesbetreuung im Sinne des Absatzes 1</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII bei Pflegeeltern lebt, denen ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt wird, 2. in einer Einrichtung der Hilfen zur Erziehung über Tag und Nacht | <ol style="list-style-type: none"> 1. die Eltern bzw. die Elternteile, mit denen das Kind zusammenlebt, 2. die getrennt lebenden Eltern, die ihre Kinder im Wechselmodell zu gleichen Teilen erziehen und dabei die Personensorgeberechtigung und das Aufenthaltsbestimmungsrecht gemeinsam ausüben, 3. ein wieder verheirateter Elternteil; das Kind lebt zusammen mit seinem Eltern- und dem Stiefelternteil, 4. ein Elternteil in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft; das Kind lebt zusammen mit seinem Elternteil und dessen Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner (siehe hier auch § 9 Absätze 1, 2 LPartG), 5. ein Elternteil in einer gleichgeschlechtlichen Ehe im Sinne des § 1353 BGB; das Kind lebt zusammen mit seinem Elternteil und dessen Ehepartnerin bzw. Ehepartner (siehe Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Eheöffnungsgesetz) vom 18. Dezember 2018), 6. Großeltern bzw. Großelternteil, mit denen bzw. dem das Kind zusammenlebt. <p>Lebt die beitragspflichtige Person in einem Haushalt mit ihrer Ehegattin bzw. ihrem Ehegatten oder Partnerin bzw. Partner in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft und ist diese bzw. dieser nicht zugleich leiblicher oder Adoptivelternteil des Kindes (s. Absatz 1 Satz 1 Nummern 3 – 5), gehören auch das Einkommen der Ehegattin bzw. des Ehegatten oder der Partnerin bzw. des Partners zum beitragsrelevanten Einkommen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bemisst sich nach dem Jahreseinkommen der Beitragspflichtigen und der in Absatz 1 Satz 1 Nummern 3 – 5 genannten Personen.</p> <p>(2) Keine Beitragspflicht besteht, wenn das Kind in einer Tagesbetreuung im Sinne des Absatzes 1</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII bei Pflegeeltern lebt, denen ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt wird, |
|---|--|

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|---|--|
| <p>pädagogisch betreut wird und dort stationär untergebracht ist.</p> <p>(3) Die Universitätsstadt Siegen behält sich vor, von der Möglichkeit des interkommunalen Ausgleichs gemäß § 49 KiBiz NRW in der jeweils geltenden Fassung Gebrauch zu machen.</p> <p>(4) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.</p> | <p>2. in einer Einrichtung der Hilfen zur Erziehung über Tag und Nacht pädagogisch betreut wird und dort stationär untergebracht ist.</p> <p>(3) Die Universitätsstadt Siegen behält sich vor, von der Möglichkeit des interkommunalen Ausgleichs gemäß § 49 KiBiz NRW in der jeweils geltenden Fassung Gebrauch zu machen.</p> <p>(3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.</p> |
| <p>§ 4 Entstehen, Beginn, Ende der Beitragspflicht, Beitragszeitraum</p> <p>(1) Die monatlich zu entrichtenden Elternbeiträge werden für das durch den Abschluss eines Betreuungsvertrages begründete Vorhalten eines Tagesbetreuungsplatzes im Sinne des § 1 Absatz 1 dieser Satzung zugunsten des Kindes erhoben.</p> <p>(2) Veranlagungszeitraum ist das jeweilige Kindergartenjahr/Schuljahr (1. August bis 31. Juli des Folgejahres) (siehe auch § 1 Absatz 3 Satz 2 KiBiz NRW).</p> <p>(3) Die Beitragspflicht beginnt im Falle der Tagesbetreuung nach § 1 Absatz 1 Nummern 2, 3 dieser Satzung mit Beginn des im Betreuungsvertrag genannten Monats bzw. in dem Monat, in dem der Tagesbetreuungsplatz bereitgestellt wird. Dies ist im Falle der Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 2, 3 dieser Satzung grundsätzlich der Beginn des Kindergarten-/Schuljahres. Für die Ferienbetreuung wird je Anmeldung ein Beitrag erhoben. Erfolgt eine Aufnahme während eines laufenden Veranlagungszeitraumes, so ist der Beitrag ab dem 1. des Monats zu entrichten, in dem der Betreuungsplatz vertraglich vorgehalten wird.</p> <p>(4) Die Beitragspflicht endet zum Letzten des Monats, in dem der</p> | <p>§ 4 Entstehen, Beginn, Ende der Beitragspflicht, Beitragszeitraum</p> <p>(1) Die monatlich zu entrichtenden Elternbeiträge werden für das durch den Abschluss eines Betreuungsvertrages begründete Vorhalten eines Tagesbetreuungsplatzes im Sinne des § 1 Absatz 1 dieser Satzung zugunsten des Kindes erhoben.</p> <p>(2) Veranlagungszeitraum ist das jeweilige Kindergartenjahr/Schuljahr (1. August bis 31. Juli des Folgejahres) (siehe auch § 1 Absatz 3 Satz 2 KiBiz NRW).</p> <p>(3) Die Beitragspflicht beginnt im Falle der Tagesbetreuung nach § 1 Absatz 1 Nummern 2, 3 dieser Satzung mit Beginn des im Betreuungsvertrag genannten Monats bzw. in dem Monat, in dem der Tagesbetreuungsplatz bereitgestellt wird. Dies ist im Falle der Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 2, 3 dieser Satzung grundsätzlich der Beginn des Kindergarten-/Schuljahres. Für die Ferienbetreuung wird je Anmeldung ein Beitrag erhoben. Erfolgt eine Aufnahme während eines laufenden Veranlagungszeitraumes, so ist der Beitrag ab dem 1. des Monats zu entrichten, in dem der Betreuungsplatz vertraglich vorgehalten wird.</p> <p>(4) Die Beitragspflicht endet zum Letzten des Monats, in dem der</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|---|---|
| <p>Betreuungsvertrag endet oder die mit dem Träger des jeweiligen Tagesbetreuungsangebotes vereinbarte Kündigung des Platzes wirksam wird. Endet der Vertrag im Laufe eines Monats, so ist der Elternbeitrag für den vollen Monat zu entrichten, in dem der Vertrag endet.</p> <p>(5) Der Beitragszeitraum in der Kindertagespflege (§ 1 Absatz 1 Nummer 1 dieser Satzung) entspricht dem Bewilligungszeitraum. Beginnt oder endet die Kindertagespflege nicht zum ersten eines Monats bzw. zum Monatsletzten, so wird für diesen Monat nur ein (tageweise) anteiliger Elternbeitrag erhoben.</p> <p>(6) Änderungen des Elternbeitrages durch eine Änderung des Betreuungsverhältnisses bzw. -umfangs werden zum 1. des jeweiligen Monats, in dem die Änderung erfolgt, wirksam.</p> <p>(7) Die Beitragspflicht besteht unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme der Betreuungsleistung und erstreckt sich auf alle Monate, in denen ganz oder teilweise ein Betreuungsvertrag besteht.</p> <p>(8) In Ferienzeiten ist der Elternbeitrag ebenfalls zu entrichten. Bei Tagesbetreuung in Kindertagespflege (siehe § 1 Absatz 1 Nummer 1 dieser Satzung) wird die Beitragspflicht bei bzw. durch Urlaub der Tagespflegeperson von bis zu 4 Wochen im Kalenderjahr nicht berührt. Der Elternbeitrag ist auch dann in voller Höhe zu zahlen, wenn das Kind nicht an allen Tagen des Monats betreut wird. Die Beitragspflicht wird auch durch sonstige Schließungs- oder Ausfallzeiten der Tagesbetreuung nicht berührt. Bei vorübergehenden Unterbrechungen oder Einschränkungen der Betreuung, insbesondere durch Betriebsstörungen oder Naturereignisse, haben die Beitragspflichtigen grundsätzlich keinen Anspruch auf Beitragsminderung.</p> | <p>Betreuungsvertrag endet oder die mit dem Träger des jeweiligen Tagesbetreuungsangebotes vereinbarte Kündigung des Platzes wirksam wird. Endet der Vertrag im Laufe eines Monats, so ist der Elternbeitrag für den vollen Monat zu entrichten, in dem der Vertrag endet.</p> <p>(5) Der Beitragszeitraum in der Kindertagespflege (§ 1 Absatz 1 Nummer 1 dieser Satzung) entspricht dem Bewilligungszeitraum. Beginnt oder endet die Kindertagespflege nicht zum ersten eines Monats bzw. zum Monatsletzten, so wird für diesen Monat nur ein (tageweise) anteiliger Elternbeitrag erhoben.</p> <p>(6) Änderungen des Elternbeitrages durch eine Änderung des Betreuungsverhältnisses bzw. -umfangs werden zum 1. des jeweiligen Monats, in dem die Änderung erfolgt, wirksam.</p> <p>(7) Die Beitragspflicht besteht unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme der Betreuungsleistung und erstreckt sich auf alle Monate, in denen ganz oder teilweise ein Betreuungsvertrag besteht.</p> <p>(8) In Ferienzeiten ist der Elternbeitrag ebenfalls zu entrichten. Bei Tagesbetreuung in Kindertagespflege (siehe § 1 Absatz 1 Nummer 1 dieser Satzung) wird die Beitragspflicht bei bzw. durch Urlaub der Tagespflegeperson von bis zu 4 Wochen im Kalenderjahr nicht berührt. Der Elternbeitrag ist auch dann in voller Höhe zu zahlen, wenn das Kind nicht an allen Tagen des Monats betreut wird. Die Beitragspflicht wird auch durch sonstige Schließungs- oder Ausfallzeiten der Tagesbetreuung nicht berührt. Bei vorübergehenden Unterbrechungen oder Einschränkungen der Betreuung, insbesondere durch Betriebsstörungen oder Naturereignisse, haben die Beitragspflichtigen grundsätzlich keinen Anspruch auf Beitragsminderung.</p> |
| <p>§ 5 Fälligkeit des Elternbeitrages</p> | <p>§ 5 Fälligkeit des Elternbeitrages</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|---|---|
| <p>(1) Der Elternbeitrag wird im Voraus in 12 Monatsbeiträgen erhoben und ist jeweils am 5. eines Monats fällig.</p> <p>(2) Werden Elternbeiträge erstmals festgesetzt oder rückwirkend neu festgesetzt und ergibt sich aus einer solchen Festsetzung eine Nachzahlung, sind die Elternbeiträge zum 1. des übernächsten Monats nach dem Monat, in dem der Bescheid erteilt worden ist, in einer Summe fällig.</p> <p>(3) Die Elternbeitragszahlung erfolgt grundsätzlich bargeldlos über eine Einzugsermächtigung oder Überweisung (Selbsteinzahlung) unter der Angabe der hierfür erforderlichen Daten.</p> | <p>(1) Der Elternbeitrag wird im Voraus in 12 Monatsbeiträgen erhoben und ist jeweils am 5. eines Monats fällig.</p> <p>(2) Werden Elternbeiträge erstmals festgesetzt oder rückwirkend neu festgesetzt und ergibt sich aus einer solchen Festsetzung eine Nachzahlung, sind die Elternbeiträge zum 1. des übernächsten Monats nach dem Monat, in dem der Bescheid erteilt worden ist, in einer Summe fällig.</p> <p>(3) Die Elternbeitragszahlung erfolgt grundsätzlich bargeldlos über eine Einzugsermächtigung oder Überweisung (Selbsteinzahlung) unter der Angabe der hierfür erforderlichen Daten.</p> |
| <p>§ 6 Höhe der Elternbeiträge</p> <p>(1) Der Elternbeitrag ergibt sich bei Inanspruchnahme von Angeboten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Kindertagespflege aus Anlage A, 2. in Tageseinrichtungen für Kinder aus Anlage B, 3. der außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen aus den Anlagen C.a bis C.e. <p>Die vorgenannten Anlagen sind Bestandteil dieser Satzung. Die Höhe der Elternbeiträge ist nach dem Jahreseinkommen gemäß § 7 und dem zeitlichen Betreuungsumfang gestaffelt.</p> <p>(2) Nimmt ein Kind ergänzend zur Betreuung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in einer Tageseinrichtung für Kinder eine durch das Jugendamt vermittelte regelmäßige Kindertagespflege in Anspruch, wird für den monatlich zu entrichtenden Elternbeitrag die Gesamtbetreuungszeit beider bei der Angebote auf Grundlage der Beitragstabelle für Kindertageseinrichtungen (Anlage B) zugrunde | <p>§ 6 Höhe der Elternbeiträge</p> <p>(1) Der Elternbeitrag ergibt sich bei Inanspruchnahme von Angeboten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Kindertagespflege aus Anlage A, 2. in Tageseinrichtungen für Kinder aus Anlage B, 3. der außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, gemäß § 2 Abs. 2 a-e und Abs. 3 der Satzung, aus den Anlagen C.a bis C.e. <p>Die vorgenannten Anlagen sind Bestandteil dieser Satzung. Die Höhe der Elternbeiträge ist nach dem Jahreseinkommen gemäß § 7 und dem zeitlichen Betreuungsumfang gestaffelt.</p> <p>(2) Nimmt ein Kind ergänzend zur Betreuung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in einer Tageseinrichtung für Kinder eine durch das Jugendamt vermittelte regelmäßige Kindertagespflege in Anspruch, wird für den monatlich zu entrichtenden Elternbeitrag die Gesamtbetreuungszeit beider Angebote auf Grundlage der Beitragstabelle für Kindertageseinrichtungen (Anlage B) zugrunde gelegt. |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|--|---|
| <p>gelegt.</p> <p>2. in einem außerunterrichtlichen Betreuungsangebot an Grundschulen eine durch das Jugendamt vermittelte regelmäßige Kindertagespflege in Anspruch, wird neben dem monatlich zu entrichtenden Elternbeitrag für die Betreuung an der Grundschule auch der Elternbeitrag der Kindertagespflege fällig.</p> | <p>2. in einem außerunterrichtlichen Betreuungsangebot an Grundschulen eine durch das Jugendamt vermittelte regelmäßige Kindertagespflege in Anspruch, wird neben dem monatlich zu entrichtenden Elternbeitrag für die Betreuung an der Grundschule auch der Elternbeitrag der Kindertagespflege fällig.</p> |
| <p>§ 7 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Einkommensbegriff</p> <p>(1) Die Beitragspflichtigen werden entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternbeiträgen herangezogen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit richtet sich nach dem für die Beitragsermittlung maßgeblichen, in den nachfolgenden Absätzen 2 bis 6 definierten Einkommen. Maßgebend für die Bemessung des Elternbeitrages ist jeweils das in dem Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember = Jährlichkeitsprinzip), für das der Elternbeitrag festzusetzen ist, tatsächlich erzielte, elternbeitragsrelevante Einkommen.</p> <p>(2) Maßgebliches Einkommen ist zunächst die Summe der positiven Einkünfte der Beitragspflichtigen im Sinne des § 2 Absätze 1, 2 und 5a Satz 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) in der jeweils geltenden Fassung und vergleichbarer Einkünfte, die im Ausland erzielt werden. Der Werbungskostenabzug bei ausländischen Einkünften erfolgt wie bei inländischen Einkünften. Vorschriften des EStG insbesondere über Freibeträge, Freigrenzen, Steuerbefreiungen bzw. Steuerfreibeträge, Sonderausgaben mit Ausnahme des § 2 Absatz 5a Satz 2 EStG, außergewöhnliche Belastungen sind für den Einkommensbegriff nach dieser Satzung nicht von Bedeutung und mindern das Einkommen nicht. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.</p> | <p>§ 7 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Einkommensbegriff</p> <p>(1) Die Beitragspflichtigen werden entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternbeiträgen herangezogen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit richtet sich nach dem für die Beitragsermittlung maßgeblichen, in den nachfolgenden Absätzen 2 bis 6 definierten Einkommen. Maßgebend für die Bemessung des Elternbeitrages ist jeweils das in dem Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember = Jährlichkeitsprinzip), für das der Elternbeitrag festzusetzen ist, tatsächlich erzielte, elternbeitragsrelevante Einkommen</p> <p>(2) Maßgebliches Einkommen ist zunächst die Summe der positiven Einkünfte der Beitragspflichtigen im Sinne des § 2 Absätze 1, 2 und 5a Satz 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) in der jeweils geltenden Fassung und vergleichbarer Einkünfte, die im Ausland erzielt werden. Der Werbungskostenabzug bei ausländischen Einkünften erfolgt wie bei inländischen Einkünften. Vorschriften des EStG insbesondere über Freibeträge, Freigrenzen, Steuerbefreiungen bzw. Steuerfreibeträge, Verlustvor- bzw. Verlustrückträge, Sonderausgaben mit Ausnahme des § 2 Absatz 5a Satz 2 EStG, außergewöhnliche Belastungen sind für den Einkommensbegriff nach dieser Satzung nicht von Bedeutung und mindern das Einkommen nicht. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

(3) Dem Einkommen im Sinne des Absatzes 2 sind steuerfreie Einkünfte unabhängig von ihrer Zweckbestimmung, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Beitragspflichtigen und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen.

(4) Das Baukindergeld des Bundes sowie das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften sind elternbeitragsrechtlich kein Einkommen. Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bleibt bis zu den in § 10 dieses Gesetzes genannten Beträgen unberücksichtigt. Bei Mehrlingsgeburten vervielfachen sich die vorgenannten Beträge mit der Zahl der geborenen Kinder.

(5) Bezieht eine beitragspflichtige Person Einkünfte aus einem sozialversicherungsfreien Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung eines Mandats und steht ihr auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist sie in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach den Absätzen 2 bis 4 ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v. H. der Einkünfte aus diesem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.

(6) Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Absatz 6 EStG zu berücksichtigenden Freibeträge von dem ermittelten Einkommen abzuziehen. Der auf das dritte und jedes weitere Kind jeweils entfallende Kinderfreibetrag ist von den Beitragspflichtigen anzugeben. Abweichend von § 32 Absatz 6 Satz 5 EStG wird auch in den Jahren, in denen die Voraussetzungen für einen Freibetrag nach § 32 Absatz 6 Sätze 1 bis 4 EStG nur teilweise vorliegen, für das dritte und jedes weitere Kind jeweils der volle Jahresfreibetrag zugrunde gelegt.

(3) Dem Einkommen im Sinne des Absatzes 2 sind steuerfreie Einkünfte unabhängig von ihrer Zweckbestimmung, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Beitragspflichtigen und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen.

(4) Das Baukindergeld des Bundes sowie das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften sind elternbeitragsrechtlich kein Einkommen. Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bleibt bis zu den in § 10 dieses Gesetzes genannten Beträgen unberücksichtigt. Bei Mehrlingsgeburten vervielfachen sich die vorgenannten Beträge mit der Zahl der geborenen Kinder.

(5) Bezieht eine beitragspflichtige Person Einkünfte aus einem sozialversicherungsfreien Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung eines Mandats und steht ihr auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist sie in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach den Absätzen 2 bis 4 ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v. H. der Einkünfte aus diesem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.

(6) ~~Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Absatz 6 EStG zu berücksichtigenden Freibeträge von dem ermittelten Einkommen abzuziehen. Der auf das dritte und jedes weitere Kind jeweils entfallende Kinderfreibetrag ist von den Beitragspflichtigen anzugeben. Abweichend von § 32 Absatz 6 Satz 5 EStG wird auch in den Jahren, in denen die Voraussetzungen für einen Freibetrag nach § 32 Absatz 6 Sätze 1 bis 4 EStG nur teilweise vorliegen, für das dritte und jedes weitere Kind jeweils der volle Jahresfreibetrag zugrunde gelegt.~~ Für das dritte und jedes weitere Kind ist das Doppelte der in § 32 Abs. 6 S. 1

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|--|---|
| | Einkommenssteuergesetz genannten Freibeträge von dem ermittelten Einkommen abzuziehen. |
| <p>§ 8 Ermittlung des maßgeblichen Einkommens, vorläufige Beitragsfestsetzung</p> <p>(1) Für die vorläufige Festsetzung des Elternbeitrages ist grundsätzlich das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres heranzuziehen.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 ist das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde zu legen, wenn es voraussichtlich auf Dauer höher oder niedriger ist als das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres. Wird das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde gelegt, so sind auch Einkünfte hinzuzurechnen, die zwar nicht im letzten Monat bezogen wurden, aber im laufenden Jahr anfallen.</p> <p>(3) Bei Selbständigen kann zur vorläufigen Festsetzung des Elternbeitrages eine Einnahme-Überschussrechnung herangezogen werden.</p> <p>(4) Bei vorläufiger Festsetzung des Kostenbeitrags erfolgt die endgültige Festsetzung, sobald die Festsetzungshindernisse beseitigt sind. Die endgültige Festsetzung erfolgt im Rahmen der Festsetzungsverjährung (vgl. § 12 Absatz 1 Nummer 4 b KAG NRW, §§169 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, 170 Absatz 1 AO) jeweils rückwirkend.</p> <p>(5) Bei Überprüfung einer bereits erfolgten oder bei einer erstmaligen rückwirkenden Beitragsfestsetzung ist das Einkommen nach § 7 zugrunde zu legen.</p> <p>(6) Eine Ermittlung des Einkommens entfällt, wenn und solange sich die bzw. der Beitragspflichtige/n durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Jugendamt zur Zahlung des jeweils höchsten nach der Anlage zu dieser Satzung ausgewiesenen Elternbeitrags verpflichten.</p> | <p>§ 8 Ermittlung des maßgeblichen Einkommens, vorläufige Beitragsfestsetzung</p> <p>(1) Für die vorläufige Festsetzung des Elternbeitrages ist grundsätzlich das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres heranzuziehen.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 ist das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde zu legen, wenn es voraussichtlich auf Dauer höher oder niedriger ist als das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres. Wird das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde gelegt, so sind auch Einkünfte hinzuzurechnen, die zwar nicht im letzten Monat bezogen wurden, aber im laufenden Jahr anfallen.</p> <p>(3) Bei Selbständigen kann zur vorläufigen Festsetzung des Elternbeitrages eine Einnahme-Überschussrechnung herangezogen werden.</p> <p>(4) Bei vorläufiger Festsetzung des Kostenbeitrags Elternbeitrages erfolgt die endgültige Festsetzung, sobald die Festsetzungshindernisse beseitigt sind. Die endgültige Festsetzung erfolgt im Rahmen der Festsetzungsverjährung (vgl. § 12 Absatz 1 Nummer 4 b KAG NRW, §§169 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, 170 Absatz 1 AO) jeweils rückwirkend.</p> <p>(5) Bei Überprüfung einer bereits erfolgten oder bei einer erstmaligen rückwirkenden Beitragsfestsetzung ist das Einkommen nach § 7 zugrunde zu legen.</p> <p>(6) Eine Ermittlung des Einkommens entfällt, wenn und solange sich die bzw. der Beitragspflichtige/n durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Jugendamt zur Zahlung des jeweils höchsten nach der Anlage zu dieser Satzung ausgewiesenen Elternbeitrags verpflichten.</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|--|--|
| | |
| | <p>NEU – vorher § 9 Abs. 6 und 7</p> <p>§ 9</p> <p>Geschwisterkinder</p> <p>(1) Nehmen zwei Kinder der Beitragspflichtigen nebeneinander in Siegen eine durch das Jugendamt vermittelte, regelmäßig durchgeführte Kindertagespflege, eine Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder, in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, in Anspruch, so entfallen die Elternbeiträge für ein Kind. Ergeben sich ohne Elternbeitragsbefreiung nach Satz 1 unterschiedlich hohe Elternbeiträge, so ist der höchste Elternbeitrag zu zahlen; bei gleich hohen Elternbeiträgen entfällt ein Elternbeitrag.</p> <p>(2) Nehmen zwei Kinder der Beitragspflichtigen eine Betreuung im Sinne des Absatzes 1 wahr, von denen ein Kind aufgrund landesrechtlicher Regelung beitragsfreigestellt ist, werden für beide Kinder keine Elternbeiträge nach dieser Satzung erhoben.</p> <p>(3) Nimmt ein Kind oder nehmen mehrere Kinder der Beitragspflichtigen in Siegen eine durch das Jugendamt vermittelte, regelmäßig durchgeführte Kindertagespflege, eine Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder, in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, in Anspruch, entfallen die Elternbeiträge, wenn die Beitragspflichtigen für mindestens drei Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz beziehen.</p> <p>(4) Für Unterhaltsverpflichtete im Sinne des § 1601 BGB, die nachweislich ihre Unterhaltsverpflichtung erfüllen, gilt, wenn ihnen</p> <p>1. für mehr als ein Kind ein Kinderfreibetrag (mindestens 1,5 Kinderfreibeträge) im Sinne des § 32 Absatz 6 Satz 1 EStG zusteht, Absatz</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|--|--|
| | <p>1 entsprechend.</p> <p>2. für mehr als zwei Kinder Kinderfreibeträge (mindestens 2,5 Kinderfreibeträge) im Sinne des § 32 Absatz 6 Satz 1 EStG zustehen, Absatz 3 entsprechend.</p> |
| <p>§ 9 Beitragsbefreiung</p> <p>(1) Kraft landesgesetzlicher Regelung sind ab dem 1. August 2020 Beitragspflichtige von der Zahlung von Elternbeiträgen dann befreit, wenn ihr Kind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in einer Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 dieser Satzung betreut und gefördert wird und 2. bis zum 30. September des Kalenderjahres sein viertes Lebensjahr vollendet. <p>Die Beitragsfreiheit beginnt in diesen Fällen mit dem 1. August des Jahres, in dem das Kind sein viertes Lebensjahr vollendet, und dauert bis zur Einschulung des Kindes fort. Vollendet das Kind in einer Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 dieser Satzung sein viertes Lebensjahr erst nach dem 30. September, tritt die Beitragsfreiheit erst mit dem 1. August des Folgejahres in Kraft.</p> <p>(2) Wird ein Kind, das bis zum 30. September des Kalenderjahres sein viertes Lebensjahr vollendet, vorzeitig eingeschult, verkürzt sich die mit § 50 Absatz 1 KiBiz NRW mit Wirkung ab dem 1. August 2020 eingeführte grundsätzlich 2-jährige Beitragsfreiheit auf ein (Kindergarten-)Jahr.</p> <p>(3) Wird ein Kind aus erheblichen gesundheitlichen Gründen nach § 35 Absatz 3 SchulG NRW für ein Jahr zurückgestellt, erstreckt sich die Elternbeitragsfreiheit nach Absatz 1 ausnahmsweise auf drei (Kindergarten-)Jahre.</p> | <p>§ 10 Beitragsbefreiung</p> <p>(1) Beziehen mit dem Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt werden soll, gemeinsam zusammenlebende Beitragspflichtige oder das Kind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) oder 2. Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) (§§ 27 ff., §§ 41 ff SGB XII) oder 3. Leistungen zur Deckung des Lebensunterhalts nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder 4. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (Miet- oder Lastenzuschuss) oder 5. Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes, <p>werden für die nachgewiesene Dauer des Bezugs dieser Leistung/en keine Elternbeiträge, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, erhoben.</p> <p>(2) Lebt das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt werden soll, mit Beitragspflichtigen in einem sog. Wechselmodell zusammen und bezieht nur einer der Beitragspflichtigen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) oder 2. Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) (§§ 27 ff., §§ |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

(4) Ist für mehrere Kinder von Beitragspflichtigen die Inanspruchnahme von Tagesbetreuungsangeboten im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 nach den Absätzen 1 bis 3 beitragsfrei, gilt die Beitragsfreiheit für jedes der Kinder.

(5) Beziehen Beitragspflichtige oder das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt werden soll,

1. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) oder
 2. Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Sozialgesetzbuch XII (§§ 27ff./§§ 41ff.SGB XII)oder
 3. Leistungen zur Deckung des Lebensunterhalts nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder
 4. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (Miet- oder Lastenzuschuss) oder
 5. Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes,
- werden für die nachgewiesene Dauer des Bezugs dieser Leistung/en keine Elternbeiträge, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, erhoben.

(6) Darüber hinaus sind Beitragspflichtige in folgenden Fällen beitragsbefreit:

1. Nehmen zwei Kinder der Beitragspflichtigen nebeneinander in Siegen eine durch das Jugendamt vermittelte, regelmäßig durchgeführte Kindertagespflege, eine Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder, in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, in Anspruch, so entfallen die Elternbeiträge für ein Kind. Ergeben sich ohne Elternbeitragsbefreiung nach Satz 1 unterschiedlich hohe Elternbeiträge, so ist der höchste Elternbeitrag zu zahlen; bei gleich hohen Elternbeiträgen entfällt ein Elternbeitrag.
2. Nehmen zwei Kinder der Beitragspflichtigen eine Betreuung im Sinne des Absatzes 3 Nummer 1 wahr, von denen ein Kind aufgrund landesrechtlicher Regelung beitragsfreigestellt ist, werden für beide Kinder keine Elternbeiträge

41 ff SGB XII) oder

3. Leistungen zur Deckung des Lebensunterhalts nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder
4. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (Miet- oder Lastenzuschuss) oder
5. Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes,

so wird für die nachgewiesene Dauer des Bezugs dieser Leistung/en lediglich auf das Einkommen der beitragspflichtigen Person abgestellt, die keine der vorgenannten Sozialleistungen bezieht.

(3) Kraft landesgesetzlicher Regelung sind ab dem 1. August 2020 Beitragspflichtige von der Zahlung von Elternbeiträgen dann befreit, wenn ihr Kind

1. in einer Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 dieser Satzung betreut und gefördert wird und
2. bis zum 30. September des Kalenderjahres sein viertes Lebensjahr vollendet.

Die Beitragsfreiheit beginnt in diesen Fällen mit dem 1. August des Jahres, in dem das Kind sein viertes Lebensjahr vollendet, und dauert bis zur Einschulung des Kindes fort. Vollendet das Kind in einer Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 dieser Satzung sein viertes Lebensjahr erst nach dem 30. September, tritt die Beitragsfreiheit erst mit dem 1. August des Folgejahres in Kraft.

(4) Wird ein Kind, das bis zum 30. September des Kalenderjahres sein viertes Lebensjahr vollendet, vorzeitig eingeschult, verkürzt sich die mit § 50 Absatz 1 KiBiz NRW mit Wirkung ab dem 1. August 2020 eingeführte grundsätzlich 2-jährige Beitragsfreiheit auf ein (Kindergarten-)Jahr.

(5) Wird ein Kind aus erheblichen gesundheitlichen Gründen nach § 35 Absatz 3

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|--|--|
| <p>nach dieser Satzung erhoben.</p> <p>3. Nimmt ein Kind oder nehmen mehrere Kinder der Beitragspflichtigen in Siegen eine durch das Jugendamt vermittelte, regelmäßig durchgeführte Kindertagespflege, eine Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder, in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, in Anspruch, entfallen die Elternbeiträge, wenn die Beitragspflichtigen für mindestens drei Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz beziehen.</p> <p>4. Für Unterhaltsverpflichtete im Sinne des § 1601 BGB, die nachweislich ihre Unterhaltsverpflichtung erfüllen, gilt, wenn ihnen</p> <p>a) für mehr als ein Kind ein Kinderfreibetrag im Sinne des § 32 Absatz 6 Satz 1 EStG zusteht, Absatz 3 Nr. 1 entsprechend.</p> <p>b) für mehr als zwei Kinder Kinderfreibeträge im Sinne des § 32 Absatz 6 Satz 1 EStG zustehen, Absatz 3 Nummer 3 entsprechend.</p> | <p>SchulG NRW für ein Jahr zurückgestellt, erstreckt sich die Elternbeitragsfreiheit nach Absatz 1 ausnahmsweise auf drei (Kindergarten-)Jahre.</p> <p>(6) Ist für mehrere Kinder von Beitragspflichtigen die Inanspruchnahme von Tagesbetreuungsangeboten im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 nach den Absätzen 3 bis 5 beitragsfrei, gilt die Beitragsfreiheit für alle Kinder im Haushalt, die Angebote der Förderung von Kindern nach § 1 Abs. 1, 2 der Satzung in Anspruch nehmen.</p> |
| <p>§ 10 Mitteilungspflichten</p> <p>Für Zwecke der Beitragsfestsetzung teilt der Träger des Tagesbetreuungsangebotes im Sinne des § 1 Absatz 1 dem Jugendamt nach Abschluss des Betreuungsvertrages die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, bei Kindertagespflege und bei Kindertageseinrichtungen zusätzlich die Betreuungszeit sowie die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder und die entsprechenden Angaben der Beitragspflichtigen im Sinne des § 3 dieser Satzung (vgl. hierzu für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege § 51 Absatz 2 KiBiz NRW) unverzüglich mit. Das gilt ebenso für Änderungen in den vorgenannten Daten.</p> | <p>§ 11 Mitteilungspflichten</p> <p>Für Zwecke der Beitragsfestsetzung teilt der Träger des Tagesbetreuungsangebotes im Sinne des § 1 Absatz 1 dem Jugendamt nach Abschluss des Betreuungsvertrages die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, bei Kindertagespflege und bei Kindertageseinrichtungen zusätzlich die Betreuungszeit sowie die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder und die entsprechenden Angaben der Beitragspflichtigen im Sinne des § 3 dieser Satzung (vgl. hierzu für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege § 51 Absatz 2 KiBiz NRW) unverzüglich mit. Das gilt ebenso für Änderungen in den vorgenannten Daten.</p> |
| <p>§ 11 Auskunfts- und Anzeigepflichten, Ordnungswidrigkeit</p> | <p>§ 12 Auskunfts- und Anzeigepflichten, Ordnungswidrigkeit</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

(1) Die bzw. der Beitragspflichtige/n hat bzw. haben sich innerhalb eines Monats nach Erhalt des Einkommenserklärungsbogens bzw. nach Aufforderung verbindlich zu ihrer Einkommenssituation zu erklären und alle Tatsachen, die für die Bemessung des Elternbeitrags maßgeblich sind, schriftlich mitzuteilen und die erforderlichen Nachweise, insbesondere über das maßgebliche Einkommen, unverzüglich vorzulegen.

(2) Abweichend von Absatz 1 ist bzw. sind die bzw. der Beitragspflichtige/n während des gesamten Veranlagungszeitraumes verpflichtet, Veränderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit sie für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Unabhängig von den vorgenannten Pflichten ist das Jugendamt aus Gründen der Beitragsgerechtigkeit jederzeit berechtigt, die Angaben über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Beitragspflichtigen - auch rückwirkend - zu überprüfen.

(3) Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts-, Nachweis- und Anzeigepflichten nach § 11 Absatz 1 und 2 nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, so ist der für die jeweilige Betreuungsart des Kindes höchste Elternbeitrag zu leisten.

(4) Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Absatz 2b Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NRW) handelt, wer die in § 7 bezeichneten Angaben bei Aufnahme des Kindes oder auf Verlangen vorsätzlich oder fahrlässig falsch oder unvollständig macht.

(5) Außerdem handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig Einkommensänderungen, die zu einem höheren Elternbeitrag führen, nicht oder nicht unverzüglich mitteilt.

(6) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 20 Absatz 3 KAG NRW mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 EUR geahndet werden.

(1) Die bzw. der Beitragspflichtige/n hat bzw. haben sich innerhalb eines Monats nach Erhalt des Einkommenserklärungsbogens bzw. nach Aufforderung verbindlich zu ihrer Einkommenssituation zu erklären und alle Tatsachen, die für die Bemessung des Elternbeitrags maßgeblich sind, schriftlich mitzuteilen und die erforderlichen Nachweise, insbesondere über das maßgebliche Einkommen **der in § 3 Abs. 1 der Satzung genannten Personen**, unverzüglich vorzulegen.

(2) Abweichend von Absatz 1 ist bzw. sind die bzw. der Beitragspflichtige/n während des gesamten Veranlagungszeitraumes verpflichtet, Veränderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit sie für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Unabhängig von den vorgenannten Pflichten ist das Jugendamt aus Gründen der Beitragsgerechtigkeit jederzeit berechtigt, die Angaben über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Beitragspflichtigen - auch rückwirkend - zu überprüfen.

(3) Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts-, Nachweis- und Anzeigepflichten nach § 11 Absatz 1 und 2 nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, so ist der für die jeweilige Betreuungsart des Kindes höchste Elternbeitrag zu leisten.

(4) Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Absatz 2b Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NRW) handelt, wer die in § 7 bezeichneten Angaben bei Aufnahme des Kindes oder auf Verlangen vorsätzlich oder fahrlässig falsch oder unvollständig macht.

(5) Außerdem handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig Einkommensänderungen, die zu einem höheren Elternbeitrag führen, nicht oder nicht unverzüglich mitteilt.

(6) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 20 Absatz 3 Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NRW) mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 EUR geahndet werden.

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

| | |
|--|--|
| | |
| | <p>§ 13 Verjährung</p> <p>Die Verjährungsfrist für die rückwirkende Festsetzung der Elternbeiträge beträgt 4 Jahre. Sie beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Abgabe entstanden ist. Die Regelungen der Festsetzungsverjährung gemäß § 1 Absatz 3 i. V. m. § 12 Absatz 1 Nr. 4 b des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und in Verbindung mit §§ 169 und 170 Abgabenordnung (AO) gelten entsprechend.</p> |
| | <p>§ 14 Verwaltungsverfahren</p> <p>Für das Verwaltungsverfahren gelten die Vorschriften des Sozialgesetzbuches X (SGB X) entsprechend.</p> |
| | <p>§ 15 Vollstreckung</p> <p>Für Zwangsmaßnahmen nach dieser Satzung gilt das Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner jeweils geltenden Fassung.</p> |
| <p>§ 12 Inkrafttreten</p> <p>(1) Diese Satzung tritt am 1. August 2020 in Kraft.</p> <p>(2) Mit Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher</p> | <p>§ 16 Inkrafttreten</p> <p>(1) Diese Satzung tritt am ... in Kraft.</p> <p>(2) Mit Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher</p> |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 19. Juni 2019 außer Kraft.

Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020 außer Kraft.

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

Anlage A
Kostenbeitragstabelle für Kindertagespflege

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

| Jahresbrutto- einkommen nach §§ 7, 8 | Monatsbeiträge | | | |
|--|---|---|---|--|
| | 40 und mehr Betreuungsstunden / Woche | 30 – 40 Betreuungsstunden / Woche | 15 – 30 Betreuungsstunden / Woche | 5 – 15 Betreuungsstunden / Woche |
| unter 30.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| ab 30.000,00 € | 48,00 € | 34,56 € | 31,20 € | 15,60 € |
| ab 35.000,00 € | 56,00 € | 40,32 € | 36,40 € | 18,20 € |
| ab 40.000,00 € | 64,00 € | 46,08 € | 41,60 € | 20,80 € |
| ab 45.000,00 € | 80,00 € | 57,60 € | 52,00 € | 26,00 € |
| ab 50.000,00 € | 96,00 € | 69,12 € | 62,40 € | 31,20 € |
| ab 55.000,00 € | 120,00 € | 86,40 € | 78,00 € | 39,00 € |
| ab 60.000,00 € | 161,00 € | 115,92 € | 104,65 € | 52,33 € |
| ab 65.000,00 € | 205,00 € | 147,60 € | 133,25 € | 66,63 € |
| ab 70.000,00 € | 235,00 € | 169,20 € | 152,75 € | 76,38 € |
| ab 80.000,00 € | 255,00 € | 183,60 € | 165,75 € | 82,88 € |
| ab 90.000,00 € | 275,00 € | 198,00 € | 178,75 € | 89,38 € |
| ab 100.000,00 € | 300,00 € | 216,00 € | 195,00 € | 97,50 € |
| ab 120.000,00 € | 330,00 € | 237,60 € | 214,50 € | 107,25 € |
| ab 140.000,00 € | 360,00 € | 259,20 € | 234,00 € | 117,00 € |
| ab 150.000,00 € | 390,00 € | 280,80 € | 253,50 € | 126,75 € |

Die Höhe des Beitrags ergibt sich aus der Einkommensspalte und der jeweiligen Betreuungszeit.

Wenn Kindertagespflege zusätzlich zur Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder in Anspruch genommen wird, wird ein **Elternbeitrag** entsprechend dem zeitlichen Gesamtumfang erhoben. Der Betreuungsumfang aller in Anspruch genommenen Angebote wird dabei addiert.

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

Anlage B
Kostenbeitragstabelle für Kindertageseinrichtungen

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

| Jahresbrutto- einkommen nach §§ 7,8 | Monatsbeiträge | | |
|---|--|--|--|
| | Kindertageseinrichtung 45 Stunden / Woche | Kindertageseinrichtung 35 Stunden / Woche | Kindertageseinrichtung 25 Stunden / Woche |
| unter 30.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| ab 30.000,00 € | 48,00 € | 34,56 € | 31,20 € |
| ab 35.000,00 € | 56,00 € | 40,32 € | 36,40 € |
| ab 40.000,00 € | 64,00 € | 46,08 € | 41,60 € |
| ab 45.000,00 € | 80,00 € | 57,60 € | 52,00 € |
| ab 50.000,00 € | 96,00 € | 69,12 € | 62,40 € |
| ab 55.000,00 € | 120,00 € | 86,40 € | 78,00 € |
| ab 60.000,00 € | 161,00 € | 115,92 € | 104,65 € |
| ab 65.000,00 € | 205,00 € | 147,60 € | 133,25 € |
| ab 70.000,00 € | 235,00 € | 169,20 € | 152,75 € |
| ab 80.000,00 € | 255,00 € | 183,60 € | 165,75 € |
| ab 90.000,00 € | 275,00 € | 198,00 € | 178,75 € |
| ab 100.000,00 € | 300,00 € | 216,00 € | 195,00 € |
| ab 120.000,00 € | 330,00 € | 237,60 € | 214,50 € |
| ab 140.000,00 € | 360,00 € | 259,20 € | 234,00 € |
| ab 150.000,00 € | 390,00 € | 280,80 € | 253,50 € |

Die Höhe des Beitrags ergibt sich aus der Einkommensspalte und der jeweiligen Betreuungszeit.

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

Anlage C.a
Kostenbeitragstabelle für OGS

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

| Stufen | Jahresbruttoeinkommen | Monatsbeitrag |
|--------|-----------------------|---------------|
| 1 | unter 30.000,00 € | 0,00 € |
| 2 | ab 30.000,00 € | 40,00 € |
| 3 | ab 35.000,00 € | 42,50 € |
| 4 | ab 40.000,00 € | 47,60 € |
| 5 | ab 45.000,00 € | 54,40 € |
| 6 | ab 50.000,00 € | 61,20 € |
| 7 | ab 55.000,00 € | 71,40 € |
| 8 | ab 60.000,00 € | 86,70 € |
| 9 | ab 65.000,00 € | 105,40 € |
| 10 | ab 70.000,00 € | 115,60 € |
| 11 | ab 80.000,00 € | 122,40 € |
| 12 | ab 90.000,00 € | 129,20 € |
| 13 | ab 100.000,00 € | 137,70 € |
| 14 | ab 120.000,00 € | 149,60 € |
| 15 | ab 140.000,00 € | 161,50 € |
| 16 | ab 150.000,00 € | 202,90 € |

Jährlich zum 01.08. erhöht sich der **Elternbeitrag** in Stufe 16 um 3 % beginnend ab dem 01.08.2021.

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

Anlage C.b
Kostenbeitragstabelle für Dreizehn Plus

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

| Stufen | Jahresbruttoeinkommen | Monatsbeitrag |
|--------|-----------------------|---------------|
| 1 | unter 30.000,00 € | 0,00 € |
| 2 | ab 30.000,00 € | 45,00 € |
| 3 | ab 40.000,00 € | 74,00 € |
| 4 | ab 50.000,00 € | 95,00 € |
| 5 | ab 60.000,00 € | 125,00 € |
| 6 | ab 70.000,00 € | 135,00 € |
| 7 | ab 80.000,00 € | 145,00 € |
| 8 | ab 90.000,00 € | 160,00 € |
| 9 | ab 100.000,00 € | 175,00 € |
| 10 | ab 120.000,00 € | 190,00 € |
| 11 | ab 140.000,00 € | 205,00 € |
| 12 | ab 150.000,00 € | 251,30 € |

Jährlich zum 01.08. erhöht sich der **Elternbeitrag** in Stufe 12 um 3 %, beginnend ab dem 01.08.2021.

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

Anlage C.c
Kostenbeitragstabelle für den flexiblen Ganztag

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

| Stufen | Jahresbruttoeinkommen | Monatlicher Beitrag | | |
|--------|-----------------------|-------------------------|--------------------------|--------------------------|
| | | 1 Nachmittag / Woche | 2 Nachmittage / Woche | 3 Nachmittage / Woche |
| 1 | unter 30.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 2 | ab 30.000,00 € | 40,00 € | 45,00 € | 50,00 € |
| 3 | ab 40.000,00 € | 51,00 € | 57,00 € | 63,00 € |
| 4 | ab 50.000,00 € | 57,00 € | 64,00 € | 71,00 € |
| 5 | ab 60.000,00 € | 63,00 € | 71,00 € | 79,00 € |
| 6 | ab 70.000,00 € | 69,00 € | 78,00 € | 87,00 € |
| 7 | ab 80.000,00 € | 77,00 € | 87,00 € | 97,00 € |
| 8 | ab 90.000,00 € | 86,00 € | 97,00 € | 108,00 € |
| 9 | ab 100.000,00 € | 96,00 € | 108,00 € | 120,00 € |
| 10 | ab 120.000,00 € | 106,00 € | 119,00 € | 132,00 € |
| 11 | ab 140.000,00 € | 129,00 € | 143,00 € | 157,00 € |
| 12 | ab 150.000,00 € | 141,00 € | 156,00 € | 171,00 € |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

Anlage C.d
Kostenbeitragstabelle für Schule von acht bis eins sowie andere Betreuungsformen im Rahmen
der Offenen Ganztagschule

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

| | | Monatlicher Beitrag | | | | |
|--------|-----------------------|---------------------|----------------------|--------------------|----------------------|--------------------|
| Stufen | Jahresbruttoeinkommen | 5 Stunden / Tag | 5,5 Stunden / Tag | 6 Stunden / Tag | 6,5 Stunden / Tag | 7 Stunden / Tag |
| 1 | unter 30.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 2 | ab 30.000,00 € | 20,00 € | 23,00 € | 26,00 € | 29,50 € | 32,00 € |
| 3 | ab 40.000,00 € | 25,00 € | 28,50 € | 32,00 € | 35,50 € | 39,00 € |
| 4 | ab 50.000,00 € | 30,00 € | 34,00 € | 38,00 € | 42,00 € | 46,00 € |
| 5 | ab 60.000,00 € | 35,00 € | 39,50 € | 44,00 € | 48,50 € | 53,00 € |
| 6 | ab 70.000,00 € | 40,00 € | 45,00 € | 50,00 € | 55,00 € | 60,00 € |
| 7 | ab 80.000,00 € | 45,00 € | 50,50 € | 56,00 € | 61,50 € | 67,00 € |

Anlage C.d.1

Der **Elternbeitrag** für die Betreuung an fünf Schultagen in der Betreuungsform „Schule von acht bis eins“ (Fünferkarte) beträgt 27,50 €, unabhängig vom Einkommen der Beitragspflichtigen und ist für ein Schuljahr gültig.

Anlage C.d.2

Das Tagesticket im Rahmen der anderen Betreuungsform in Offenen Ganztagschulen kostet pro Monat zusätzlich 25,00 € für einen Nachmittag und 50,00 € für zwei Nachmittage. **Bei einem Jahresbruttoeinkommen unter 30.000,- EUR werden keine Elternbeiträge erhoben. Gleichzeitig gelten die Bestimmungen der Beitragsbefreiungen gemäß den §§ 9 und 10 der Satzung.**

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

Anlage C.e
Kostenbeitragstabelle für die Ferienbetreuung

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

| | | Einmaliger Beitrag | | |
|--------|-----------------------|--------------------|----------|----------|
| Stufen | Jahresbruttoeinkommen | 1 Woche | 2 Wochen | 3 Wochen |
| 1 | bis 20.000,00 € | 10,00 € | 20,00 € | 30,00 € |
| 2 | bis 40.000,00 € | 20,00 € | 40,00 € | 60,00 € |
| 3 | bis 60.000,00 € | 30,00 € | 60,00 € | 90,00 € |
| 4 | bis 80.000,00 € | 40,00 € | 80,00 € | 120,00 € |
| 5 | bis 90.000,00 € | 50,00 € | 100,00 € | 150,00 € |
| 6 | bis 100.000,00 € | 60,00 € | 120,00 € | 180,00 € |
| 7 | ab 100.000,00 € | 70,00 € | 140,00 € | 210,00 € |

Geschwisterkinder

| | | Einmaliger Beitrag | | |
|--------|-----------------------|--------------------|----------|----------|
| Stufen | Jahresbruttoeinkommen | 1 Woche | 2 Wochen | 3 Wochen |
| 1 | bis 20.000,00 € | 5,00 € | 10,00 € | 15,00 € |
| 2 | bis 40.000,00 € | 10,00 € | 20,00 € | 30,00 € |
| 3 | bis 60.000,00 € | 15,00 € | 30,00 € | 45,00 € |
| 4 | bis 80.000,00 € | 20,00 € | 40,00 € | 60,00 € |
| 5 | bis 90.000,00 € | 25,00 € | 50,00 € | 75,00 € |
| 6 | bis 100.000,00 € | 30,00 € | 60,00 € | 90,00 € |
| 7 | ab 100.000,00 € | 35,00 € | 70,00 € | 105,00 € |

Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Siegen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die Bekanntmachung kann darüber hinaus im Internet unter www.siegen.de > Verwaltung & Politik > Bekanntmachungen / Öffentliche Auslegungen / Bürgerbeteiligungen eingesehen werden.

Siegen, den

Der Bürgermeister

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 17.06.2021

Bereich: Kinder-, Jugend- und Familienförderung

Bearbeitet von: Fadia Taha

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

| | |
|---|-------------------|
| Rat | 23.06.2021 |
| Ausschuss für Schule und Bildung | 29.06.2021 |
| Jugendhilfeausschuss | 01.07.2021 |

Kurzbezeichnung:

Entlastung der Eltern von Kostenbeiträgen für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder sowie für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen im Zuge von COVID-19 für die Monate Februar bis Mai 2021 -

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, aufgrund der vorgenommenen Schließungen von Kindertagesstätten, Schulen und dem Aussetzen anderer Betreuungsmöglichkeiten bzw. des eingeschränkten Pandemiebetriebs in der Kindertagesbetreuung, den Offenen Ganztags-schulen und schulischen Betreuungsformen im Zuge der Schutzmaßnahmen zu COVID-19

- a. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben
- b. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben.

Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund der anhaltenden Pandemie und der damit verbundenen erneuten vorgenommenen Schließungen von Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Schulen und dem Aussetzen anderer Betreuungsmöglichkeiten im Zuge der Schutzmaßnahmen zu COVID-19 hat sich

die Landesregierung mit dem Städtetag NRW darauf geeinigt die Kostenbeiträge ganz zu erlassen. Für die Monate März bis Mai soll nur der hälftige Kostenbeitrag erhoben werden.

Der Beschluss basiert auf einer Verständigung des Landes NRW mit den kommunalen Spitzenverbänden der Städte und Gemeinden. Die konkrete Umsetzung dieser Regelung verfügte das Kommunalministerium durch entsprechende Erlasse.

Bereits während des ersten und zweiten Lockdowns hat der Rat der Universitätsstadt Siegen in vorangegangenen Sitzungen beschlossen, für die Monate April und Mai 2020 keine Kostenbeiträge zu erheben. Auch wurden die Kostenbeiträge für die Monate Juni und Juli 2020 nur zur Hälfte erhoben. Weiterhin wurde per Dringlichkeitsbeschluss vom 11.01.2021 der Kostenbeitrag für Januar erlassen. Der Ausfall der Beiträge wurde zwischen Land und Kommunen hälftig geteilt.

Mit Schreiben vom 15.06.2021 haben sich das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI), das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG) und die kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen ebenfalls zu den Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege auf zweieinhalb weitere Monate insgesamt pauschal verständigt.

Am 11. Januar startete der eingeschränkte Pandemiebetrieb in der Kindertagesbetreuung. Um die Eltern in der aktuellen Krise weiter zu entlasten, hat sich die Landesregierung mit den Kommunen darauf verständigt, die Elternbeiträge für die Betreuung in Kitas, Kindertagespflege und dem offenen Ganztag für den Monat Januar zu erlassen. Für den Monat Januar sind die Städte, Kreise und Gemeinden bereit, deshalb auf das Erheben von Elternbeiträgen für Kitas und den offenen Ganztag zu verzichten. Der eingeschränkte Pandemiebetrieb gilt weiter. Familien übernehmen seit Monaten die Betreuung Ihrer Kinder, so dass ein weiterer Beitragserlass für die Monate Februar bis Mai gerechtfertigt ist.

Die konkrete Abwicklung obliegt den Kommunen. Den Ausfall der Beiträge teilen sich Land und Kommunen hälftig. Die Entscheidung des Ministeriums steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Haushalt- und Finanzausschusses des Landtags. Dieser soll in seiner nächsten Sitzung über die Bewilligung der finanziellen Mittel aus dem NRW-Rettungsschirm final entscheiden. Das Sondervermögen aus dem Rettungsschirm wird zur Bewältigung der direkten und indirekten Folgen der Corona-Pandemie eingesetzt.

Das Beitragsaufkommen lag im Februar bis Mai 2021 jeweils bei ca. 150.000,00 €.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

| | | | | |
|--|-----------------------|-----------------------------|--|---|
| Gesamtkosten der Maßnahme ca. 187.500,00 € | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objektbezogene Einzahlungen | Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. |
|--|-----------------------|-----------------------------|--|---|

Veranschlagung

| | | | | |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> im Finanzplan | <input type="checkbox"/> im Ergebnisplan | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|

Klimaschutz

| Klimarelevanz | Veränderungen CO ₂ -Emissionen | Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen | Bestehen alternative Handlungsoptionen? |
|---|--|--|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf | <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung | <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt | <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja |
| Erläuterung Klimarelevanz | | | |
| Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) | | | |

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Schulen
Bearbeitet von: M.Schumacher

Siegen, 11.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung **29.06.2021**

Kurzbezeichnung:

Gemeinsames Lernen in Grundschulen im Schuljahr 2021/2022

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt das Vorgehen zum Gemeinsamen Lernen in Grundschulen ab dem Schuljahr 2021/2022 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

1. Ausgangssituation

Mit Inkrafttreten des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes zum Schuljahr 2014/2015 wurde die Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung an allgemeinen Schulen, d.h. das Gemeinsame Lernen, zum gesetzlichen Regelfall.

Nach dem Runderlass Gemeinsames Lernen in der Grundschule des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12.03.2021 richtet das Schulamt, nach Anhörung der Schulleitung und mit schriftlicher Zustimmung des Schulträgers, Gemeinsames Lernen an Grundschulen mit Verfügung ein (Ziff. 2.2 und 2.3). Vor der Einrichtung erörtert das Schulamt die beabsichtigte Maßnahme mit dem Schulträger mit dem Ziel des Einvernehmens. Seitens des Schulträgers kann dem Schulamt ausschließlich vorgeschlagen werden Gemeinsames Lernen einzurichten (Ziff. 2.9).

Die Einrichtung des Gemeinsamen Lernens setzt voraus, dass nach den Feststellungen des Schulamtes die personellen und sächlichen Voraussetzungen erfüllt sind oder mit vertretbarem Aufwand erfüllt werden können (Ziff. 2.4).

Die Aufnahme einzelner Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung definiert eine allgemeine Schule nicht als Schule, an der Gemeinsames Lernen eingerichtet ist.

Nach Ziff. 2.5 bestimmt das Schulamt in der Verfügung zur Einrichtung des Gemeinsamen Lernens, auf welchen Förderschwerpunkt oder welche Förderschwerpunkte sich das Gemeinsame Lernen an einer Schule erstreckt. Änderungen bedürfen einer neuen Zustimmung des Schulträgers.

Im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen wird Gemeinsames Lernen gemäß Ziff. 2.5 immer gemeinsam für die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache sowie Emotionale und soziale Entwicklung eingerichtet.

Eine Verweigerung der Zustimmung ist dem Schulträger nur möglich, um Belange nach § 79 SchulG zur Geltung zu bringen (Ziff. 2.10).

Gemeinsames Lernen an Grundschulen ab dem Schuljahr 2021/2022

Erstmals bis 01.08.2021 und danach bei Bedarf überprüft die Schulaufsichtsbehörde gemäß Ziff. 3.1 des Erlasses für jede Grundschule des Gemeinsamen Lernens, ob die gesetzlichen Voraussetzungen dafür über das Schuljahr 2020/2021 hinaus erfüllt werden können. Der Schulträger wird dazu angehört.

Die nachstehenden Qualitätskriterien (nach Ziff. 3.2.1 bis 3.2.4) sollen ab dem Schuljahr 2021/2022 für ein Angebot des Gemeinsamen Lernens gelten.

- Ein Inklusionskonzept der Schule liegt vor oder wird mit Unterstützung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde erarbeitet.
- Der Einsatz von Lehrkräften für sonderpädagogische Förderung an der Schule und die pädagogische Kontinuität sind gewährleistet.
- Das Kollegium wurde oder wird systematisch im Themenfeld Inklusion fortgebildet.
- Die sächliche, namentlich die räumliche Ausstattung der Schule ermöglicht Gemeinsames Lernen.

Es ist geplant dem Schulamt des Kreis Siegen-Wittgenstein folgende Schulen zur Einrichtung als Schulen des Gemeinsames Lernen mit den entsprechenden Förderschwerpunkten vorzuschlagen.

Die Vorschläge verfolgen das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“, sodass der Mehrheit der Schülerinnen und Schüler im Gemeinsamen Lernen ein wohnortnahes Angebot gemacht werden kann.

Die Vorschläge für die Förderschwerpunkte Körperliche und motorische Entwicklung sowie Hören und Kommunikation beruhen auf den räumlichen Gegebenheiten der Schulen.

| Schule | - Lernen - Emotionale und soziale Entwicklung - Sprache - Sehen | Geistige Entwicklung | Körperliche und motorische Entwicklung | Hören und Kommunikation |
|--------------------------|--|----------------------|--|-------------------------|
| Albert-Schweitzer-Schule | X | | X | |
| Birlenbacher Schule | X | | | |
| Diesterwegschule | X | | | X |
| Friedrich-Flender-Schule | X | | | |
| Geisweider Schule | X | | | |
| Giersbergschule | X | | | |
| Glückaufschule | X | X | X | |
| GS auf dem Hubenfeld | X | | | |
| GS Eiserfeld | X | X | | X |
| Hammerhütter Schule | X | | | |
| Jung-Stilling-Schule | X | | X | |
| Montessorischule Siegen | X | X | | |
| Nordschule | X | | | |
| Obenstruthschule | X | | | |
| Spandauer Schule | X | | | |

Die Grundschule Kaan-Marienborn und die Sonnenhangschule werden nicht als Schule des Gemeinsamen Lernens eingerichtet. Bei Bedarf kann eine Einzelintegration erfolgen.

Mit dem Vorschlag der Schulen gemäß Ziff. 2 bis 4 ist keine Bestimmung dieser Schulen als Schwerpunktschulen im Sinne von § 20 Abs. 6 SchulG verbunden.

Aufnahme in die Grundschule

Kinder mit festgestelltem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung haben nach § 1 Abs. 2 S. 2 AO-GS Anspruch auf Aufnahme in die von der Schulaufsicht vorgeschlagene, ihrer Wohnung nächstgelegene Grundschule der gewünschten Schulart in ihrer Gemeinde, an der Gemeinsames Lernen eingerichtet ist.

Die Anmelde- und Aufnahmeverfahren sind in Abstimmung mit den Schulleitungen so zu gestalten, dass die Aufnahmeansprüche von Kindern mit einem festgestellten sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf angemessen berücksichtigt werden können. Dementsprechend sind die Verfahren zur Feststellung des Bedarfes an sonderpädagogischer Unterstützung zügig durchzuführen.

Wird ein Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung förmlich festgestellt, schlägt das Schulamt den Eltern mit Zustimmung des Schulträgers mindestens eine Schule vor, an der ein Angebot zum Gemeinsamen Lernen eingerichtet ist.

Entscheiden sich die Eltern für eine Förderschule, schlägt ihnen das Schulamt mindestens eine solche Schule mit dem für die Schülerin oder den Schüler festgestellten Förderschwerpunkt vor.

Weiteres Vorgehen

In einem ersten Abstimmungsgespräch zwischen dem Schulamt des Kreis Siegen-Wittgenstein und der Schulverwaltung der Stadt Siegen wurden die ersten Verfahrensschritte für die Einrichtung von Grundschulen im Gemeinsamen Lernen besprochen. Es wurde sich auf die oben beschriebenen Planungen verständigt.

Das Schulamt richtet unter Beachtung der Vorschriften aus dem Runderlass Gemeinsames Lernen in der Grundschule die oben genannten Schulen als Schulen des Gemeinsamen Lernens ein.

Im Rahmen dieses Verfahrens werden die Schulleitungen der Grundschulen angehört. Der Schulträger wird eine schriftliche Zustimmung erteilen.

Die Ausführungen zum Gemeinsamen Lernen in der Grundschule im Schuljahr 2021/2022 laut der Vorlage 143/2020, welche am 19.01.2021 dem Schulausschuss vorgestellt wurde, werden hiermit ersetzt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

| | | | | |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|
| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objektbezogene Einzahlungen | Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|

Veranschlagung

| | | | | |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> im Finanzplan | <input type="checkbox"/> im Ergebnisplan | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|

Klimaschutz

| | | | |
|--|--|---|--|
| Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf | Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung | Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt | Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja |
| Erläuterung Klimarelevanz | | | |

| |
|---|
| |
| Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) |
| |

Im Auftrag

gez.

A. Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Schulen
Bearbeitet von: M.Schumacher

Siegen, 11.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Kurzbezeichnung:

Anmeldeverfahren an der Hauptschule, den Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen für das Schuljahr 2021/2022

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt das Anmeldeverfahren der städtischen Hauptschule, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen für das Schuljahr 2021/2022 und die Bildung von Eingangsklassen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Gesamtschulen

In der Zeit vom 01.02.2021 bis 04.02.2021 hat das Anmeldeverfahren der Gesamtschulen in einem vorgezogenen Anmeldeverfahren stattgefunden.

Das Ergebnis des Anmeldeverfahrens der Gesamtschulen zum Stand 11.06.2021 ist in der beiliegenden Anlage 1 dargestellt.

Für das Schuljahr 2021/2022 sind an den städtischen Gesamtschulen insgesamt 469 Anmeldungen eingegangen. Verglichen mit dem Anmeldeverfahren zum Schuljahr 2020/2021, in welchem 479 Anmeldungen eingegangen sind, zeigt sich eine Reduzierung um 10 Anmeldungen.

Zum Abschluss des vorgezogenen Anmeldeverfahrens lagen an der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule und der Gesamtschule Eiserfeld, wie bereits in den Vorjahren, mehr Anmeldungen vor als Plätze für die Jahrgangsstufe 5 zur Verfügung stehen.

Die Gesamtschule Auf dem Schießberg verfügt im kommenden Schuljahr über eine Aufnahmekapazität von 108 Plätzen in der Jahrgangsstufe 5. Zum Abschluss des vorgezogenen Anmeldeverfahrens gingen dort 108 Anmeldungen ein.

Im vorherigen Anmeldeverfahren war es Schülerinnen und Schülern, die von der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule oder der Gesamtschule Eiserfeld abgelehnt wurden, möglich, im verlängerten Anmeldeverfahren an der Gesamtschule Auf dem Schießberg anzumelden. Diese Möglichkeit bestand im diesjährigen Anmeldeverfahren nicht, da an der Gesamtschule Auf dem Schießberg bereits alle Plätze im vorgezogenen Anmeldeverfahren vergeben wurden.

Die Aufnahmekapazität der städtischen Gesamtschulen beträgt 14 Züge. Es wurden im aktuellen Anmeldeverfahren zum derzeitigen Stand 92 Kinder abgewiesen.

Bei 9 abgewiesenen Schülerinnen und Schülern konnte im Nachrückverfahren bzw. durch die Anmeldung an Gesamtschulen der Nachbarkommunen dem Schulformwunsch Gesamtschule entsprochen werden.

Damit erhielten im Anmeldeverfahren des Schuljahres 2021/2022 bislang insgesamt 83 Kinder keinen Platz an einer Schule der gewünschten Schulform Gesamtschule.

Hauptschule, Realschulen und Gymnasien

Das Anmeldeverfahren der Hauptschule, Realschulen und Gymnasien erfolgte für das Schuljahr 2021/2022 im Zeitraum 20.02.2021 bis 25.02.2021.

Die Ergebnisse dieses Anmeldeverfahrens (Stand 11.06.2021) sind der Anlage 2 zu entnehmen.

Hauptschule

Zur Achenbacher Schule lagen 16 Anmeldungen zum Ende des offiziellen Anmeldezeitraumes am 11.03.2021 vor.

Gemäß § 6 Abs. 4 der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) beträgt der Klassenfrequenzrichtwert in der Hauptschule 24. Es gilt die Bandbreite 18 bis 30.

Die Bandbreite wird mit ehemals 16 Anmeldungen nicht eingehalten. Entsprechend wurde mit der Bezirksregierung Arnsberg die Einrichtung einer Eingangsklasse unter Beachtung der tatsächlich vorliegenden Anmeldungen und der Erfahrungen aus den Anmeldeverfahren der letzten Jahre abgestimmt.

Mit der von der Abteilung Schulen vorgeschlagenen Eingangsklassenbildung hat sich die Bezirksregierung Arnsberg einverstanden erklärt.

Die Bandbreite wird mit 20 Anmeldungen zum Stand 11.06.2021 eingehalten. Es ist mit weiteren Anmeldungen bis zum Schuljahresanfang zu rechnen.

Realschulen

Zum 11.06.2021 wurden an den Realschulen 134 Anmeldungen verzeichnet (Realschule Am Oberen Schloss: 82 Anmeldungen; Realschule Auf der Morgenröthe: 52 Anmeldungen).

Der Klassenfrequenzrichtwert in der Realschule beträgt gemäß § 6 Abs. 5 der VO zu § 93 Abs. 2 SchulG 27. Es gilt die Bandbreite 25 bis 29.

Insofern sind für die Bildung von zwei Eingangsklassen mindestens 50 Anmeldungen erforderlich. Drei Eingangsklassen werden ab einer Anmeldezahl von 75 Schülerinnen und Schüler gebildet.

Mit Blick auf die Verteilung der Anmeldungen hat sich die Bezirksregierung Arnsberg mit der Bildung von fünf Eingangsklassen, davon drei an der Realschule Am Oberen Schloss und zwei an der Realschule Auf der Morgenröthe, einverstanden erklärt.

Gymnasien

An den städtischen Gymnasien liegen zum Stand 11.06.2021 insgesamt 303 Anmeldungen vor.

Gemäß § 6 Abs. 5 der VO zu § 93 Abs. 2 SchulG beträgt der Klassenfrequenzrichtwert für die Sekundarstufe I des Gymnasiums 27. Es gilt die Bandbreite 25 bis 29.

Entsprechend der Anmeldezahlen können am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und am Gymnasium Am Löhrtor drei Eingangsklassen eingerichtet werden. Am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium werden zwei Eingangsklassen gebildet.

Entgegen der festgelegten Zügigkeit können am Gymnasium Auf der Morgenröthe aufgrund der Anmeldezahlen drei Eingangsklassen eingerichtet werden.

Am Gymnasium Am Löhrtor wurden 34 Anträge auf Aufnahme abgelehnt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

| | | | | |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|
| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objektbezogene Einzahlungen | Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|

Veranschlagung

| | | | | |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> im Finanzplan | <input type="checkbox"/> im Ergebnisplan | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|

Klimaschutz

| Klimarelevanz | Veränderungen CO ₂ -Emissionen | Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen | Bestehen alternative Handlungsoptionen? |
|--|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf | <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung | <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt | <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja |
| Erläuterung Klimarelevanz | | | |
| Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) | | | |

Im Auftrag

gez.

A. Schmidt

Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anmeldeverfahren der Gesamtschulen](#)
2. [Anmeldeverfahren der Hauptschule, Realschulen, Gymnasien](#)

Anmelde- und Aufnahmezahlen der Gesamtschulen für das Schuljahr 2021/2022

(in Klammern Angaben des Vorjahres)

(Jgst. 5)

Anlage 1

Stand: 11.06.2021

| Schule | Anmeldungen | | | Aufnahmen | | | Abweisungen | | |
|---------------------------------|-------------|-------------|------------|-------------|-------------|------------|-------------|-----------|------------|
| | Insgesamt | Siegen | Auswärtige | Insgesamt | Siegen | Auswärtige | Insgesamt | Siegen | Auswärtige |
| Bertha-von-Suttner-Gesamtschule | 209 (194) | 167 (164) | 42 (30) | 135 (135) | 103 (115) | 32 (20) | 74 (59) | 64 (49) | 10 (10) |
| Gesamtschule Auf dem Schießberg | 108 (108) | 107 (107) | 1 (1) | 108 (107) | 107 (106) | 1 (1) | 0 (1) | 0 (1) | 0 (0) |
| Gesamtschule Eiserfeld | 152 (177) | 105 (127) | 47 (50) | 134 (133) | 92 (99) | 42 (34) | 18 (44) | 13 (28) | 5 (16) |
| Insgesamt | 469 (479) | 379 (398) | 90 (81) | 377 (375) | 302 (320) | 75 (55) | 92 (104) | 77 (78) | 15 (26) |

Auswärtige Schüler

| | Burbach | Freudenberg | Hilchenbach | Kreuztal | Netphen | Neunkirchen | Wilnsdorf | Kreis AK | Sonstige | Insgesamt |
|--|---------|-------------|-------------|----------|-----------|-------------|-----------|-----------|----------|-----------|
| <u>Bertha-von-Suttner-Gesamtschule</u> | | | | | | | | | | |
| Anmeldungen | () | () | () | 2 (1) | 38 (26) | () | 0 (3) | () | 2 (0) | 42 (30) |
| Aufnahmen | () | () | () | 1 (1) | 30 (18) | () | 0 (1) | () | 1 (0) | 32 (20) |
| Abweisungen | () | () | () | 1 (0) | 8 (8) | () | 0 (2) | () | 1 (0) | 10 (10) |
| <u>Gesamtschule Auf dem Schießberg</u> | | | | | | | | | | |
| Anmeldungen | () | () | () | () | () | () | 0 (1) | () | 1 (0) | 1 (1) |
| Aufnahmen | () | () | () | () | () | () | 0 (1) | () | 1 (0) | 1 (1) |
| Abweisungen | () | () | () | () | () | () | 0 (0) | () | 0 (0) | 0 (0) |
| <u>Gesamtschule Eiserfeld</u> | | | | | | | | | | |
| Anmeldungen | 8 (5) | 0 (1) | () | () | () | 5 (17) | 20 (12) | 14 (15) | () | 47 (50) |
| Aufnahmen | 8 (4) | 0 (0) | () | () | () | 5 (11) | 15 (7) | 14 (12) | () | 42 (34) |
| Abweisungen | 0 (1) | 0 (1) | () | () | () | 0 (6) | 5 (5) | 0 (3) | () | 5 (16) |
| <u>Insgesamt</u> | | | | | | | | | | |
| Anmeldungen | 8 (5) | 0 (1) | 0 (0) | 2 (1) | 38 (26) | 5 (17) | 20 (16) | 14 (15) | 3 (0) | 90 (81) |
| Aufnahmen | 8 (4) | 0 (0) | 0 (0) | 1 (1) | 30 (18) | 5 (11) | 15 (9) | 14 (12) | 2 (0) | 75 (55) |
| Abweisungen | 0 (1) | 0 (1) | 0 (0) | 1 (0) | 8 (8) | 0 (6) | 5 (7) | 0 (3) | 1 (0) | 15 (26) |

Anmeldeverfahren Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien für das Schuljahr 2021/2022

(Stand 11.06.2021)

Anlage 2

| | | Klasse 5 | | | | | | | | | | | | | | | | Schuljahr 2020/2021 | |
|--------------------------------|-----------------|------------------------------------|-------|-----|------------------------|--------|------------------------------------|-------------|-------------|----------|---------|-------------|-----------|----------|----------|----------|--------|--|--------------------------------------|
| | | Schüler aus Planungsbereich Siegen | | | | | Schüler aus anderen Herkunftsorten | | | | | | | | | | | | |
| Schulform | Schüler | Nord | Mitte | Süd | Sonstige* ₁ | Gesamt | Burbach | Freudenberg | Hilchenbach | Kreuztal | Netphen | Neunkirchen | Wilnsdorf | Kreis AK | Kreis OE | Sonstige | Gesamt | Anmeldungen zur Klasse 5* ₂ | Ist-Zahlen in Klasse 5* ₃ |
| Schule | gesamt Klasse 5 | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Hauptschulen | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Achenbacher Schule | 20 | 4 | 8 | 6 | 1 | 19 | | | | | | | | 1 | | | 1 | 13 | 19 |
| Gesamt | 20 | 4 | 8 | 6 | 1 | 19 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 13 | 19 |
| Realschulen | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Realschule Am Oberen Schloss | 82 | 22 | 56 | 1 | 3 | 82 | | | | | | | | | | | 0 | 76 | 80 |
| Realschule Auf der Morgenröthe | 52 | 1 | 13 | 24 | 6 | 44 | | | | | | | | 8 | | | 8 | 49 | 51 |
| Gesamt | 134 | 23 | 69 | 25 | 9 | 126 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 8 | 0 | 0 | 8 | 125 | 131 |
| Gymnasien | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium | 94 | 57 | 17 | | 7 | 81 | 1 | 2 | | 7 | 3 | | | | | | 13 | 80 | 79 |
| Gymnasium Am Löhrtor | 93 | 13 | 51 | | 9 | 73 | | 20 | | | | | | | | | 20 | 90 | 92 |
| Gymnasium Auf der Morgenröthe | 69 | 4 | 3 | 38 | 4 | 49 | | | | | | | | 19 | | 1 | 20 | 81 | 82 |
| Peter-Paul-Rubens-Gymnasium | 47 | 4 | 35 | | 3 | 42 | 1 | 1 | | | 1 | | 2 | | | | 5 | 49 | 51 |
| Gesamt | 303 | 78 | 106 | 38 | 23 | 245 | 2 | 23 | 0 | 7 | 4 | 0 | 2 | 19 | 0 | 1 | 58 | 300 | 304 |

*₁ Kinder mit Wohnort Siegen, aber von Grundschulen der Nachbarkommunen oder anderer Träger, *₂ Stand: 12.05.2020, *₃ Stand: Schulstatistik 2020/2021